

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18608

**Inserate** kosten die 7spaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Vorkauf 20 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 6.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die 181ige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Tageskalender.

Generalmajor v. Bethmann-Hollweg ist für seine Verdienste um die Hohenzollern zum Generalleutnant befördert worden.

Der **Ruhhandel** um die **Vestienervorlage** soll heute aus den Reichstagscouloirs in die Budgetkommission verlegt werden.

Die **französische Kammer** schloß die **Generaldebatte** über die dreijährige Dienstzeit und lehnte einen Antrag Bailants, die Kammer aufzulösen und die Wähler zu befragen, ab.

## Das Marconi-Geschäft.

Leipzig, 17. Juni.

Unser englischer Mitarbeiter schreibt uns:  
Seit mehreren Monaten gibt es in England ein neues politisches Schlagwort: Marconi. Das Wort verschwindet nicht aus den Spalten der Zeitungen und bildet den Gegenstand endlosen Klatsches in den politischen Klubs. Es hat auch schon zweimal zu Gerichtsprozessen geführt und flattert wie eine Taube über die Verhandlungen einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Was steckt in diesem unschuldigen Worte, bekanntlich dem Namen des berühmten Erfinders eines Systems der drahtlosen Telegraphie? Zwei Welten, hieß es einmal, stehen wegen des Namens Helena zusammen. Welches Unheil hat der junge Italiener den Engländern angetan?

Herr Marconi ist ein Erfinder und seine Erfindung wird von zwei Gesellschaften, einer englischen und einer amerikanischen, ausgebeutet. Die englische ist die Muttergesellschaft und ist die Besitzerin einer großen Anzahl Aktien in der amerikanischen Tochtergesellschaft. Sie hat auch drei Direktoren im amerikanischen Verwaltungsrat. Sonst aber macht jede Gesellschaft ihre eigenen Geschäfte. Am 19. Juli des vergangenen Jahres erhielt die englische Gesellschaft von der englischen Regierung eine Konzession für die Einrichtung von 18 Stationen für drahtlose Telegraphie an verschiedenen Stellen des britischen Reichs, darunter 6 Stationen sofort zum Preise von 1 200 000 Mk. pro Station. Das war ein großartiges Geschäft, das sofort zu wilden Börsenspekulationen Anlaß gab.

Geschäft ist Geschäft, und alles ginge gut, wenn nicht ein kleiner bedenklicher Umstand wäre. An der Spitze der beiden Marconi-Gesellschaften steht ein gewisser Godfrey Isaacs, ein Börsenjobber und Spekulant allerersten Ranges. Auch dies wäre natürlich kein Fehler, wenn er nicht einen Bruder im Kabinett hätte, den Generalstaatsanwalt Sir Rufus Isaacs. Das gab, und zwar den politischen Gegnern der Regierung, Anlaß zu Bedenken. Und wie, fragten sie sich, wenn der eine Bruder dem andern die Konzession ver-

schafft hat? Freilich hat der Generalstaatsanwalt nichts mit dem Vergeben von Konzessionen zu tun; in diesem Falle war das zuständige Ressort das Ministerium der Post und Telegraphen. Allein der Leiter des Ministeriums ist Herr Herbert Samuel, und sowohl er wie die beiden Isaacs sind Juden, und die Jeden ja stets zusammen. Der eine braucht eine Konzession, sein Bruder spricht zu dem dritten, und das Geschäft wird perfekt.

So wurde spekuliert, insinuiert und von Mund zu Mund getragen. Für die konservative Opposition war es ein geradezu dankbarer Stoff zum Klatschen. Alle ihre parlamentarischen und außerparlamentarischen Manöver, die verhasste Regierung, die Regierung des Budgets von 1909, des Verfassungstempes und der Homerule, zu werfen, hatten sich bis jetzt erfolglos erwiesen; um so eifriger ging man auf die neue Standaugesichte ein. Vielleicht erweist sie sich wirksamer als alle Ueberrumpelungsabstimmungen im Parlament und alle Agitationen gegen Homerule und das Versicherungsgesetz im Lande? Die schönen politischen Sitten, derentwegen England einst so berühmt war, sind eben schon lange eine Sache jener Vergangenheit, als das herrschende Bürgertum noch in allen seinen Teilen solidarisch war und sich mitten im heißesten Kampfe immer noch einig fühlte. Jetzt kämpft man schon ohne Handschuhe und man holt sich Waffen, wo man sie findet. So die regelmässige, die legitime Opposition, die Opposition Seiner Majestät. Es gibt aber in England noch eine andre Opposition der heutigen Regierung, eine ganz eigenartige, die sonst nirgends zu finden ist. Das ist die Opposition der „Intellektuellen“ jener intellektuellen Elemente, die vom Liberalismus enttäuscht worden sind. In Frankreich und in Deutschland haben sie zum großen Teile ins Lager der Sozialdemokratie über. In England wäre es wahrscheinlich dasselbe, wenn die Sozialdemokratie hier ähnliches Ansehen genösse. Das aber ist nicht der Fall, und so bleiben diese unzufriedenen Intellektuellen außerhalb jeder organisierten politischen Bewegung stehen. Manche gehören der Fabianer-Gesellschaft an und bilden dort den linken, den antiliberalen Flügel. Hauptsächlich aber treten sie als Solofänger auf, drapieren sich in einem revolutionären Mantel, kritisieren alle Bewegungen und alle Führer und versallen in — Antijemismus. Das bringt sie mit einer andern kleinen Clique der Intellektuellen, die dem Katholizismus und Klerikalismus nahe stehen, zusammen, und beide Arten der englischen Intelligenz bilden dann eine sonderbare Phalanx, die dem Liberalismus entgegentritt. Zu den Führern dieser doppelten Clique gehören die wohlbekannten jungen Schriftsteller Hilaire Belloc und G. R. Chesterton einer- und Cecil Chesterton, ein Bruder des letztgenannten, andererseits, die ersteren zwei bürgerliche Radikal-Klerikale und dieser ein Sozialist-Antijemite. Für sie waren die Gerüchte über die angebliche Mitarbeit der drei Juden an dem Zustandekommen der Marconi-Gesellschaft-Konzession eine heiß-

ersehnte Gelegenheit, ihrem antisemitischen Antiliberalismus Luft zu machen, und ihr wöchentliches Organ, der Eye-Witnes (Augenzeuge), später in New-Witnes (Neuer Zeuge) umgetauft, brachte Artikel über Artikel, in denen die Angelegenheit mit deutlichen Anspielungen gehörig ausgeschlachtet wurde.

Nun sind gewiß die Herren Minister in der gegenwärtigen Regierung keine Heiligen. Noch waren ihre konservativen Vorgänger Heilige. Geschäfte versteht jeder unter ihnen zu machen, und nichts in jenen Verdächtigungen litt an innerer Unmöglichkeit oder gar Unwahrscheinlichkeit. Allein die Entrüstung der Angreifer war nur allzu deutlich nicht von stillosen Motiven diktiert und beruhte obendrein auf richtigen Vermutungen. Die Regierung sah sich schließlich gezwungen, um dem Skandal ein Ende zu machen, eine parlamentarische Untersuchungskommission zu ernennen — dieselbe Kommission, die seinerzeit den Vertrag zwischen dem Ministerium der Post und der Marconi-Gesellschaft geprüft hatte. Da sie eine gemischte, aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzte Körperschaft war, schien keine Gelegenheit zur Vertuschung gegeben. Sie begann ihre Arbeit, untersuchte den Vertrag, stellte gewisse Daten fest, verhörte gewisse Zeugen, und nichts schien herauszukommen. Da geschah ein Zwischenfall. Der Klatsch war von den Londoner Korrespondenten natürlich auch in die auswärtigen Blätter getragen worden, u. a. in den Pariser Matin. Um ein Exempel zu statuieren, klagte Sir Rufus Isaacs das Blatt an. Das konnte er um so unbefümmelter tun, als das englische Gesetz in bezug auf Ehrverletzungen (sofern Tatsachen behauptet und nicht bloß formale Beleidigungen verübt werden) und Verleumdungen äußerst streng gehandhabt wird und nur dokumentarische Beweise anerkennt. Herr Isaacs wollte offenbar durch einen leichterrungenen Sieg nicht nur den übrigen Angreifern den Mund schließen, sondern vielleicht selbst die Untersuchungskommission beeinflussen. Tatsächlich wurde der Prozeß von ihm glänzend gewonnen, aber im Verlauf seines Verhörs stellte sich heraus, daß er zusammen mit Lloyd George und Lord Murray (damals Master of Exchequer), der zu jener Zeit der Hauptkämpfer, also Sekretär und Organisator der liberalen Partei und ein Mitglied der Regierung war, von seinem Bruder Isaacs der amerikanischen Gesellschaft gekauft und mit diesen spekuliert hatte. Das war eine Ueberraschung, denn als im Oktober v. J. die Angelegenheit im Unterhause debattiert und dabei auf den oppositionellen Banken die umlaufenden Gerüchte erwähnt wurden, erklärten sämtliche Minister und Herr Asquith selbst, kein Mitglied der Regierung habe mit der Marconi-Gesellschaft etwas zu tun gehabt. Warum wurde dann verschwiegen, daß Isaacs, Lloyd George und Murray wenigstens an der amerikanischen Gesellschaft interessiert waren? Ist es nicht möglich, daß sie auch an der englischen Gesellschaft interessiert waren und vielleicht noch an der Spekulation im Sommer vorigen

## Feuilleton.

### Vom Waisenhaus bis zur Fabrik.

21] [Nachdruck verboten.]  
Der erste Tag war also nun glücklich hinter mir. In der folgenden Nacht plagten mich auch keine Zahnschmerzen mehr, so daß ich ungestört die ganze Nacht über schlafen konnte. Aber am andern Morgen hing die Plageerei mit dem verkehrten Schreiben von neuem an. Der Meister Pulver, der kein Frühlingsstehler war, schaute, als er herunterkam, glücklich nach mir hin und machte sich dann auf den Weg nach seinem vor der Stadt gelegenen Garten, wo er sich mit Bienenzucht abgab, während er zu Hause sich die Zeit mit der Zucht von Kanarienvögeln verkürzte. Diese Dinge lagen ihm weit mehr am Herzen, als seine lithographischen Steine und die Sorge um seine Lehrbuben, deren er sich immer zwei hielt, einen jüngeren und einen älteren, wobei dem älteren die „Ausbildung“ des jüngeren übertragen wurde. So war das auch bei mir. Fritz mußte sich meiner annehmen. Der Lehrmeister kümmerte sich so gut wie gar nicht um mich. Er tat, als ob er keine Ahnung davon hätte, wach einen heftigen Widerwillen ich vor der Erlernung der Lithographie hatte. Als meine vier Wochen Probezeit um waren, schickte er mich zum Stiftungsekretär Enle, der die Beförderung der Angelegenheiten des Kreis-ausschusses in Händen hatte. Ohne viele Umstände zu machen, fragte mich der Herr Sekretär, warum ich nicht Lithograph werden wolle. Als ich ihm sagte, daß ich keine Neigung dazu hätte und auch keine Lust, vier Jahre zu lernen, daß ich sobald als möglich Geselle werden und in

die Welt hinaus wandern wolle wie mein Vater, da erklärte er brutal: „Ich will dir was sagen, entweder wirst du Lithograph, oder du wirst gar nichts. Wenn du nicht Lithograph werden willst, dann kannst du wieder zu den Bauern gehen. Jetzt weilst du, was du zu tun hast. Mach, daß du fortkommst.“ Dießem letzten „Wunsche“ kam ich schleunigst nach; ich eilte wegzukommen, um Fritz, der einzigen mitfühlenden Seele, der ich mich anvertrauen konnte, mein Leid zu klagen. Der wußte aber auch keinen Rat, und so biß ich denn in den sauren Apfel und gab die Erklärung ab, daß ich Lithograph werden wolle. Denn mir graute davor, wieder aufs Dorf zu den Bauern zurückgehen zu müssen. Das Leben dort war nun einmal nicht nach meinem Sinne, und das Leben eines Bauernknechts erst recht nicht. Welches Interesse der Herr Stiftungsekretär daran haben konnte, mich in dieser Art zum Lithographenlehrling zu pressen, ist mir nicht klar geworden. Ich habe mir die Sache so zurechtgelegt, daß mein Lehrmeister und der Herr Sekretär ein abgetarntes Spiel miteinander gespielt haben, daß der Stiftungsekretär meinem Lehrmeister zu Gefallen, der höchstwahrscheinlich auf eine billige Arbeitskraft spekulierte, mich zum Lithographenberuf zwang, trotz ausgesprochener, offenkundiger Abneigung und Unbegabtheit. Die Spekulation schlug allerdings fehl, und mein Lehrmeister hat nur Ärger und Verdruß mit mir gehabt. Ein besonderer Nutzen dürfte ihm aus dem Lehrvertrag kaum erwachsen sein. Später, als die Geschichte ein böses Ende nahm, leugnete der Stiftungsekretär rundweg ab, mich in der geschilderten Weise in die Lehre gezwungen zu haben. Auch der Lehrmeister Pulver wollte es nicht wahr haben, daß er von meiner Abneigung gegen den Lithographenberuf Kenntnis gehabt hätte. Es ist aber trotzdem wahr, und diese beiden Männer haben allein schuld, daß ich zwei kostbare Jugendjahre nutzlos vergeuden mußte. Egle hat es verdient, daß er am Höllenspieß darum gebraten wird. Sein Verhalten ist nichts andres gewesen, als ein frecher Mißbrauch der Macht, die er über mich in Händen hatte,

Weil er wußte, daß mir niemand schützend zur Seite stand, glaubte er sich diesen „Spaß“ erlauben zu können.  
Der zwischen meinem Lehrherrn und dem Kreis-ausschuß abgeschlossene Lehrvertrag lautete auf eine vierjährige Lehrzeit. Als Entschädigung bekam mein Lehrherr 250 Mk. und 50 Mk. für Besorgung der Wäsche. Die sämtlichen Kleider, Schuhe, Wäsche usw. lieferte der Kreis-ausschuß. Ich hatte, wenn Bedarf eintrat, eine Eingabe an den Kreis-ausschuß zu richten, die Richtigkeit der Angaben vom Lehrherrn bestätigen zu lassen und den Brief dem Stiftungsekretariat einzuliefern, das die Geschichte dann weitergab. Es dauerte oft sehr, sehr lange, bis eine Einwilligung zurückkam. Gelegentlich kam es auch vor, daß Abstriche gemacht wurden, die keineswegs am Plage waren. Kam die Eingabe zurück, dann wurde mir vom Stiftungsekretär mitgeteilt, daß ich da und da, bei dem und jenem Gewatter Krämer, Schuster und Schneider das Gewünschte erhalte. Ich würde die Unwahrheit aussprechen, wenn ich sagen würde, daß es prima Qualität war, die ich zugeteilt erhielt. Möglich, daß die Preise der Ware entsprechend waren. Tatsache ist, daß ich vielfach Lumpengeug bekam, das schon nach Jahresfrist für den Lumpensack reif war. Dazu kam noch, daß ich fortgesetzt in die Höhe schoß, daß mir alles, was ich erhielt, bald zu kurz war, so daß ich oft wie eine Vogelscheuche herumliefe.  
Als ich nach fünf langen Jahren endlich Geselle geworden war, stand ich in bezug auf Kleidung mehr wie armfelig da. Mein letztes Ansuchen um Kleider und Wäsche, das ich ein paar Monate vor Beendigung der Lehrzeit einreichte, blieb überhaupt ohne jede Antwort. Vermutlich dachte man in Konstanz, man habe für mich so viel getan, daß zu tun nichts mehr übrig bliebe. Ich habe mich knurrend in das Unvermeidliche gefügt und meine Lumpen mit so viel Würde, wie ich sie in jenen Tagen aufbrachte, getragen.  
Je länger ich in der Lehre als Lithograph war, um so weniger gefiel mir die Geschichte. Ich lernte auch nicht das allgeringste. Die Abneigung gegen den mir aufgezungenen Beruf war zu groß. Ich wollte Steinrunder werden



Jahres teigegenommen hatten? Lloyd George und Jaacs (Murray war und ist noch immer verreis) erschienen sofort vor der Untersuchungskommission und erzählten die ganze Geschichte ihrer Verbindung mit der amerikanischen Gesellschaft. Der Vertrag mit der Regierung war schon abgeschlossen, als ihnen Godfrey Jaacs eine Anzahl amerikanischer Aktien angeboten habe; sie kauften und verloren dabei Geld. Nichts mehr. Die Kommission war zufrieden, aber der Verdacht blieb: warum hatten diese Herren und auch der Premierminister, der davon Kenntnis hatte, diese Tatsache im Parlament nicht erwähnt? Zwar hatte die amerikanische Gesellschaft mit der Angelegenheit nichts zu tun, aber es wäre doch natürlich, daß die Minister im Verlauf der Debatte ihr amerikanisches Geschäft erwähnt hätten. Sei es nicht möglich, daß die Minister noch etwas verheimlicht? In der Tat, ein paar Wochen später wurde wieder eine Entdeckung gemacht: Lloyd George und Murray hatten, außer in Gemeinschaft mit Jaacs, auch noch selbstständig auf eigene Rechnung in amerikanischen Aktien spekuliert und davon erst im Januar d. J. dem Premierminister Mitteilung gemacht. Nun wurde die Öffentlichkeit doch ruhig. Warum, so sagte man sich, haben die Minister nicht wirklich beim ersten Verhör vor der Kommission alles offenerherzig ausgedehnt, wie sie versprochen hatten? Gibt es etwa noch mehr? Und siehe da, es gibt noch mehr. Kurz darauf entdeckte die Untersuchungskommission, daß außer in Gemeinschaft mit Jaacs und Lloyd George und in Gemeinschaft mit Lloyd George allein Murray auch noch mit Parteigeldern auf eigene Rechnung spekuliert hatte, wovon der Premierminister Ende Mai zufällig erfuhr! Der Skandal überstieg alle Erwartungen, und jetzt ist jedermann überzeugt, daß in der Sache noch viel zu prüfen und untersuchen sei.

Die Gegner der Regierung triumphierten. Mit Recht legen sie keinen Wert darauf, daß Cecil Chesterton, der von Godfrey Jaacs wegen Verleumdung letzters verklagt worden war, seine Behauptungen nicht beweisen konnte und zu einer Strafe von 100 Pfund Sterling nebst Kosten verurteilt wurde. Solche Beschuldigungen lassen sich von einem Privatmann nicht beweisen, und dazu eben ist eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt. Die Untersuchungskommission aber hat bereits etwas festgestellt, nämlich, daß die Minister Lügner und an der Vertuschung der Wahrheit interessiert sind. Arbeitet sie weiter, so findet sie vielleicht noch etwas Wichtigeres.

Die Regierung und ihre Gefolgschaft fühlen sich begreiflicherweise stark blamiert. Korruption ist bis jetzt nicht nachgewiesen worden, aber daß die Herren Jaacs, Lloyd George und Murray nicht über jedem Verdacht stehen, läßt sich nicht ablegen. Diese Tatsache ist aber für Minister schon schlimm genug, und man fragt sich, ob nicht schließlich der Feldzug der konservativ-kerikal-antisemitischen Koalition seinen Zweck auf einem Umwege erreichen wird!

## Die Balkankrise.

### Die Verständigungskonferenz.

Belgrad, 16. Juni. Die serbische Regierung hat die offizielle Einladung der russischen Regierung zu der möglichst bald abzuhaltenden Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten in Petersburg mit Dank angenommen.

### Die Finanzkommission.

Paris, 16. Juni. Die Finanzkommission hat heute den Geschäftsordnungsentwurf angenommen. Die Kommission billigte namentlich einstimmig Artikel 2, der bestimmt, daß Beschlüsse nur in Einmütigkeit sämtlicher vertretenen Staaten gefaßt werden können. Die österreichisch-ungarische und die italienische Delegation stimmten jedoch nur vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung ihrer Regierungen zu. Die deutsche Delegation nahm denselben Artikel ohne Vorbehalt an, lehnte jedoch die Verantwortung für die Schwierigkeiten ab, die aus der Verpflichtung, die Fragen einstimmig zu entscheiden, entspringen könnten.

### Der Krieg unter den „Verbündeten“.

Belgrad, 16. Juni. Die Zusammenstöße zwischen Serben und Bulgaren dauern trotz der russischen Intervention fort. Wie die Politika meldet, kam es am letzten Sonnabend bei Branja zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem die serbischen Truppen von den Bulgaren, die sich in der Übermacht befanden, zurückgeschlagen wurden. Die Bulgaren besetzten sofort mehrere strategisch wichtige Punkte und warfen für ihre Artillerie Beschießungen auf.

### Bulgariens Antwort auf den Demobilisierungsvorschlag.

Sofia, 17. Juni. Nach Mitteilungen von zuständiger Stelle ist die Antwort auf den serbischen und den griechischen Vorschlag, betr.

Die Demobilisierung, gestern überreicht worden. Die Antwortnote erklärt, die Demobilisierung nur für den Fall anzunehmen, daß die Verbündeten einem Soudominium (gemeinsame Verwaltung) in den strittigen Gebieten zustimmen.

### Oesterreichische Sorgen.

Frankfurt a. M., 16. Juni. Der Korrespondent der Frankfurter Zeitung meldet aus Wien: Die europäischen Großmächte sind davon verständigt worden, daß Oesterreich-Ungarn in dem Telegramm des Rates kein glückliches gemächtes Mittel zur Lösung der Balkankrise erblickt.

Oesterreichs Bedenken richten sich sowohl gegen die Sache, als auch gegen die Form. Diese sind sowohl auf die Sonderaktion Rußlands, die Oesterreich bereits veranlaßt hat, seine Teilnahme an dem Kollektivschritt der Mächte zurückzuführen, um seinerseits freie Hand gegenüber den Balkanvorfällen zu erlangen, als auch auf die Anrufung der slowenischen Sache zurückzuführen, die den Balkan zu einem Anhängsel Rußlands und zum Werkzeug des aggressiven Panславismus zu machen suchen.

Es steht noch nicht fest, ob dieser Standpunkt bei Gelegenheit einer Interpellation auch öffentlich im Reichstag vertreten werden wird. Die Ansicht der diplomatischen Kreise geht dahin, daß Rußland durch ein peremptorisches gefordertes Schiedsgericht sich vor eine schier unlösliche Aufgabe gestellt sieht. Sollte wider Erwarten ein Schiedsgericht gefaßt werden, und es zu einem Abschluß einer Zoll- und Militärkonvention zwischen den Balkanstaaten kommen, so würde Oesterreich vor schwerwiegenden Entschlüssen stehen.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Eine Schwentung im Bund technisch-industrieller Beamter?

Zu den jüngsten Vorgängen im Bund technisch-industrieller Beamter, dem ungewollten Ausscheiden des bisherigen Bundesführers Lüdemann, erhalten wir nachstehende Zuschrift:

#### Nachwehen zum „Falle Lüdemann“.

Das „Ausscheiden“ Lüdemanns, des langjährigen Führers des Bundes der technisch-industriellen Beamten, scheint ein Teil der Mitglieder dieser Organisation doch nicht so ruhig hinzunehmen, als vielleicht angenommen wird. In einer von der Ortsgruppe Leipzig dieser Organisation am Mittwoch, den 11. Juni, einberufenen Mitgliederversammlung, deren harmlose Tagesordnung allerdings nicht einen so erregten Verlauf erwartete, wie es der Fall war, sollte das Ausscheiden Lüdemanns zu lebhaften Auseinandersetzungen führen. Ein Hilfssekretär des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Herr Ingenieur Budich-Berlin, hatte für diese Versammlung ein Referat übernommen, das, wie sich erst vor der Versammlung herausstellte, mehr für Schüler der hiesigen technischen Lehranstalten bestimmt war. Nachdem dieser Punkt und auch die beiden andern zur Tagesordnung stehenden Punkte erledigt waren, hatte die Versammlungsbildung auf Wunsch einiger neuerer Mitglieder nachträglich einen 4. Punkt: Verschiedenes, angehängt, und so bot nun dieser Punkt das interessanteste vom ganzen Abend.

Zunächst nahm Architekt Beyer das Wort. Durch das Ausscheiden Lüdemanns aus dem B. L. I. B. seien interessierte Kreise mit Recht beunruhigt. Diese Beunruhigung wäre nicht ohne weiteres abzuweisen, wenn man den Fall Lüdemann weniger in persönlichen, wie es immer geschieht, sondern mehr in prinzipiellen Differenzen suche. Es sei mehrfach die Befürchtung ausgesprochen worden, daß durch das Ausscheiden Lüdemanns der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten einfluß auf die Bundespolitik gewonnen habe. Diefem Gebanten hätten auch Mitglieder der General-Kommission der Gewerkschaften-Bundesabgeordneten gegenüber Ausdruck gegeben, wogegen auch der Leipziger Bundesabgeordnete glaubig, beratige Ansichten als abern und blamabel zu bezeichnen. Gegen diese Auffassung ist nun allerdings von Bundesseite nichts unternommen worden, obwohl die Zeitung sehr genau wußte, daß diese Anschauung gerade aus jenen Kreisen kam, denen in gewerkschaftlichen Dingen schon Sachkenntnis zugeschrieben werden muß. In dieser Beziehung sei ein Artikel in Nr. 28 der Industrie-Beamten-Zeitung, dem Organ der technisch-industriellen Beamten, interessant. Dieser mit „Quertreibern“ überschriebene Artikel beschäftigt sich mit Paul Lange, dem Reaktor der Handlungsgehilfsenzettel. Lange hatte einen Artikel Kuboff Eggermanns in dem vom Bunde herausgegebenen Jahrbuch herausgegriffen, in dem für eine Änderung des Reichstagswahlrechts eingetreten wurde. Die J. B. Z. brachte dann gegen Schluß ein Blatt aus dem Langenschen Artikel:

Nachdem seit der Beseitigung Lüdemanns nun der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten einen entscheidenden Einfluß auf die Leitung des Bundes der technisch-industriellen Beamten gewonnen hat, ist es selbstverständlich, daß das Jahrbuch sich für die Wünsche der Handelskammern zum Reichstagswahlrecht ins Zeug legt.

Der diesen Darlegungen angefügte Kommentar nimmt die hier so günstige Gelegenheit, einmal eine Verächtigung in Sachen des Reichsvereins zu bringen, nicht wahr. Um diesen Punkt geht man, meinte der Redner, herum. Eine Erklärung, was an diesem Verächte eigentlich wahr sei, wäre aber sehr angebracht, und ebenso,

dem ich absolut nichts zu danken habe. Weber im Guten noch im Bösen. Während Friß es sich angelegen sein ließ, mich in jeder Art zu fördern, rührte der Meister Pulver keine Hand. Er war überhaupt kein Freund der Arbeit, dagegen ein um so größerer Freund der Geselligkeit im Wirtshause, wobei er mit Vorliebe „Ceggo“ spielte, ein Kartenspiel, von dem ich nichts weiter als den Namen kenne. Geistige Bedürfnisse hatte er absolut nicht, auch keine solche künstlerischer Art. In seinem Hause fand sich nicht ein einziges Buch. Ob er sich je einmal den Kopf beschwerte mit Gebanlen über irgendeine Tagesfrage, wage ich billig zu bezweifeln. Er war nationalliberal, das war damals so Mode, unter-schrieb den „nationalliberalen Adresskalender“, wie man nach der Radolfzeiler schwarzen Freien Stimme spottend die nationalliberalen Wahllauftrüge mit ihrer Fülle von Unterschriften nannte, wahrscheinlich auch nur deshalb, weil der Oberamtmann mit seinem Namen an der Spitze des „Adresskalenders“ prangte. Am Sonntag ging er in das Münster, um im Hochamt zu singen, ohne daß er sich deswegen besonders zur Kirche hingezogen fühlte. Er war religiös gleichgültig, ganz im Gegensatz zu seiner Frau, die geradezu bigott war. Um meine geistige Weiterbildung hat er sich absolut nicht gekümmert. Nie hat er den Versuch unternommen, meinen Hunger nach Büchern in irgendwelche Bahnen zu leiten, meine geistige Bildung zu fördern. Im Gegenteil! Er verlagte mir direkt die Erlaubnis zur Entnahme von Büchern aus der städtischen Leihbibliothek. Und ohne seine Einwilligung bekam ich von daher keine Bücher. Ich war also bei der „Auswahl“ der Bücher, mit deren Inhalt ich meinen Wissensdurst stillen wollte, auf mich selber angewiesen. Man kann sich da so ungeschick denken, was das für „ausgewählte Werke“ waren, die ich mir, als fünfzehnjähriger Bub, auswählte. Pulvers Lebensauffassung war: „Genieße“. Sein hauptsächlichster „Genuss“ war, wie gesagt, Abend für Abend zum Bier zu gehen und mit zwei gleichgesinnten Freunden „Ceggo“ zu spielen.

(Fortsetzung folgt.)

daß endlich eine offene und klare Antwort von Bundesseite herbeifolge.

Ingenieur Budich-Berlin nahm hierauf das Wort und erging sich in aufgeregten Ausführungen, die eine teilweise säkularisierte Debatte einleiteten. Anfangs stellte er die Angelegenheit mit dem Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten als äußerst harmlos hin. Es sei gar nicht daran zu denken, daß dieser Einfluß auf den Bund habe. Allerdings seien einige Herren in der Bundeszentrale dieser Organisation angeheftet. Auch er sei bis vor kurzer Zeit Mitglied des Reichsvereins gewesen, habe sich aber durch die Stellung des Vereins veranlaßt gesehen, auszutreten. Was nun den Artikel des Herrn Paul Lange in der Handlungsgehilfsenzettel anbetreffe, so müsse er erklären, daß dieser tatsächlich Quertreibern betreibe. Und wer noch behauptet, daß der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten entscheidenden Einfluß auf die Leitung des Bundes der technisch-industriellen Beamten ausübe, der sei ein Lügner. Paul Lange wäre übrigens nicht erst zu nehmen, gerade in der letzten Nummer der Handlungsgehilfsenzettel schreibe er auf der ersten Seite so, auf der zweiten Seite das Gegenteil, auf der dritten Seite anders und auf der vierten Seite noch anders.

Während für Herrn Ingenieur Budich mag in Betracht kommen, daß er sich dieser vorläufigen Beleidigungen nicht bewußt war. Der nächste Redner, Architekt Krause, hatte sich aber durch diese maßlosen Ausführungen nicht beirren lassen und hielt die Anschauung, daß der Bund jetzt tatsächlich eine Schwentung vornimmt, für durchaus nicht unberechtigt. Er müsse es zurückweisen, daß ein Bundesbeamter die Kühnheit habe, in einer öffentlichen Versammlung in einer so wichtigen Angelegenheit leben, der eine ähnliche oder gleiche Meinung habe, als Lügner zu bezeichnen. Er behauptet, daß Lüdemann das Opfer einer Intrige ist! Damit hatte der Redner aber so ziemlich alles gegen sich aufgebracht und erregte Zwischenrufe machten sich am Vorstandstische bemerkbar. Der Vorsitzende glaubte hierbei dem Redner eine Rüge erteilen zu müssen, die aber von diesem als unberechtigt zurückgewiesen wurde. Er gefielte, meinte er, daß er mit Lüdemann nicht auf einem Boden stehe. Es sei aber bedauerlich, daß eine so übertragende Persönlichkeit wie Lüdemann, der sich so außerordentlich viel Verdienste um den Bund erworben, auf solche Weise hinausgeschoben worden sei. Man hätte viel früher gegen Lüdemann vorgehen müssen, wenn gegen ihn wirklich etwas vorlag. Aber er mußte beiseite werden, man fürchte seine Persönlichkeit zu sehr. Soviel stehe für ihn fest, und soviel müsse auch für jeden andern feststehen, daß eine Schwentung des Bundes nicht gleich auf der Stelle erfolge.

Architekt Beyer nagelte sodann noch Herrn Budich darauf fest, daß jeder, der behauptet, der Bund der technisch-industriellen Beamten stehe jetzt unter dem Einfluß des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellten, ein Lügner sei. Damit mußte Paul Lange getroffen werden. Im übrigen verwarfte er sich entschieden gegen die Beleidigungen und den von Herrn Budich angelegenen erregten Ton, der ganz unangebracht sei. Er führte dann weiter aus, daß die Diskussion auf dem Bundestage über den Fall Lüdemann wenig erhebelnd gewesen sein müsse, wie das jetzt herausgegebene Protokoll des neunten ordentlichen Bundesstages beweise. Es sei geradezu besammerndwert, wenn ein Redner nach dem andern auf-trete und behauptet, er habe unter dem Einfluß Lüdemanns gestanden und gehandelt. So habe ein Bundesabgeordneter gesagt:

Ich gehöre dem Bundestage seit acht Jahren an und wenn ich so vor meinen Augen alles vorübergehen lasse, so komme ich zu der Ansicht, daß ich doch immer Recht behalten habe: daß wir durch die Persönlichkeit des Herrn Lüdemann hypnotisiert worden sind. Es ist ohne Zweifel richtig, wir haben unter einem gewissen Einfluß des Herrn Lüdemann gestanden. Das ist traurig, gewiß, aber ich behaupte, wenn Herr Lüdemann hier wäre, da möchte ich den sehen, der sich nicht auch in dieser Sache in irgendeiner Weise beeinflussen ließe. Das mag im Charakter des Herrn Lüdemann begründet sein.

Das ist so der Grundton, der durch die Ausführungen aller Diskussionsredner gegangen ist. Er, Redner, habe in der Ortsgruppe schon seit Jahren zu den Bundes- und Gaufragen Anträge gestellt, die auf eine Demokratisierung des Bundes hinausläufen. Die Anträge seien aber bis zum letzten Bundesstages stets von der Ortsgruppe abgelehnt worden. Erst da war es möglich, gegen eine erhebliche Minderheit einen entsprechenden Antrag zum Bundesstages durchzubringen. Nur in der ungewollten Besetzung des Bundes konnte der Fall Lüdemann sich entwickeln. Jetzt haben die Mitglieder so gut wie gar keine Rechte im Bunde.

Ingenieur Rogge meinte, daß Lüdemann schon seinerzeit, als der Fall Tischendörfer sich ereignete, mit diesem hätte gehen müssen. Architekt Krause nahm dann nochmals das Wort, um nachzuweisen, daß Lüdemann das Opfer seiner überragenden Persönlichkeit geworden sei. Das trete einem beim Lesen des Protokolls in jeder Zeile entgegen. Es werde sich ja nun zeigen, was für eine Richtung der Bund einschlägt. Herr Budich, der inzwischen eingeschoben haben möchte, daß er hier energischen Widerspruch gegenüberstand, befehligte sich im Schlußwort eines äußerst verständlichen Tones. Es muß aber doch einiges aus diesem Schlußwort festgehalten werden. Durch Ausführungen des Vorredners veranlaßt, müsse er erklären, daß der Hilfssekretär Böttcher allerdings im Vordergrund gegen Lüdemann gestanden habe. Böttcher sei aber einer derjenigen gewesen, die mit am meisten unter dem Willen Lüdemanns gelitten hätten. Weiter gebe er zu, daß die Bundesbeamten seit längerer Zeit das Material gegen Lüdemann zusammengetragen haben und daß sie aus dem Material alles das ausgeschieden, was sich nicht nach jeder Seite hin habe vertreten lassen. Durch diese Bemerkung des Redners wurde natürlich der gedrückte Architekt nur noch mehr bekräftigt. Aus ihr ging klar hervor, daß der Sturz Lüdemanns planmäßig seit längerer Zeit vorbereitet worden ist. Der Redner meinte dann noch, der Fall Lüdemann scheine sich doch nicht so zu erledigen, wie man anfangs geglaubt hätte, und er deutete geheimnisvoll an, daß man dann „noch ganz anderes Material“ gegen Lüdemann habe. Vorläufig halte man aber noch zurück, um diesen „nicht unmöglich“ zu machen. Wenn das aber so weiter ginge, so wäre doch noch zu überlegen, ob man nicht „dieses Material hervorhole“.

Es ist unangebracht, zu dem Vorstehenden noch einiges hinzuzufügen. Objektiv betrachtet hat sich Lüdemann eigentlich seinen Sturz selbst bereitet. Der Fall Lüdemann wurde von Kennern schon lange vorausgesehen. Der Bund technisch-industrieller Beamten hat von Lüdemann in der Öffentlichkeit den Stempel einer radikalsten gewerkschaftlichen Organisation aufgebracht erhalten. Das Radikale entsprach aber gar nicht dem inneren Wesen dieser Organisation. Die Mitgliedermasse des Bundes der technisch-industriellen Beamten ist noch weit entfernt, den Voraussetzungen der Lüdemannschen Theorien und der Meinung, die man teilweise in Gewerkschaftskreisen für den Bund findet, zu entsprechen. Lüdemann hat vermöge seiner ausgeprägten Führereigenschaft und seines rücksichtslosen, despotischen Auftretens dem Bund technisch-industrieller Beamten eine Politik vorgezeichnet, die dieser nur äußerlich, nicht aber innerlich verfolgen konnte. Hierin hat sich Lüdemann in ehrlicher Absicht eine Täuschung zuschulden kommen lassen. Die Mitgliedermasse konnte in dieser Beziehung Lüdemann nicht erfassen: sie ist noch gar nicht reif für eine konsequente Gewerkschaftspolitik, die nicht allein darin zu bestehen hat, mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln die Interessen der Mitglieder zu wahren, sondern auch den Charakter und die Ausbeutungsformen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu kritisieren, deren Zusammenhänge zu erklären, um so ein tieferes Verständnis für den gewerkschaftlichen Kampf zu erzeugen. Eine solche Aufklärung der Mitgliedermasse muß sich aber der Bund technisch-industrieller Beamten aus begreiflichen Gründen verweigern. Die Organe und Herrlichkeit der „neutralen“ Gewerkschaft würde damit ohne weiteres direkt in Frage gestellt. Daraus ist es auch mit zu erklären, daß Lüdemann in den Reihen der Mitglieder immer weniger Anhänger fand und daß die Mitgliedermasse mehr und mehr von Lüdemann abgerückt, oder genauer gesagt, zurückgeblieben ist. Das tritt gegen-

und weiter nichts. Nach Jahr und Tag war ich noch nicht imstande, das verkehrte Alphabet zu schreiben. Von andern Dingen, die ich noch dazulernen sollte, ganz zu schweigen. Viel lieber las ich Räuber- und Indianergeschichten; vor allem aber habe ich die schwindigen Ritterromane von Spieß und Cramer gelesen, „Werke“, in denen es von Saff, Völlerei, Hurerei, Ehebrüchen, Notzucht, Schandungen und ähnlichen Ungeheuerlichkeiten geradezu wimmelt. Friß, der wohl ein sah, daß es doch nichts nützte, mich zur Arbeit anzuhalten, ließ mich schließlich machen, was ich wollte. Weil nun der Lehrmeister die halbe Zeit nicht zur Stelle war, hatte ich freie Zeit genug zum Lesen. Schließlich kam er aber doch dahinter. Ich las gerade wieder einen „schönen“ Roman von Spieß, Cramer oder einem gleichgestimmten Geistesriesen, der den Titel trug: „Der Ritter von Unna“, als ich den Auftrag erhielt, einen Gang auf die Post zu unternehmen. Während meiner Abwesenheit fiel es dem Meister ein, die Schachtel, in der ich mein „Kunst“handwerkszeug aufbewahrte — es war eine ordinäre Zigarrenkiste, die ihren Beruf erfüllt hatte — einer Durchsicht zu unterziehen. Er sagte kein Wort. Aber als ich zurückkehrte, stand groß auf meinem Stein geschrieben, zum Nachschreiben: „Aus Unna.“ Ich verstand und schwieg. Aber aus was deswegen doch nicht. Die Unlust zu dem Berufe stekte nun einmal in mir und war nicht herauszubekommen. Jede nur denkbare Gelegenheit ergrieff ich, um von dem verhassten Steine loszukommen, und selbst das langweilige Abschleifen der Steine behagte mir besser, als die verkehrten Schreibübungen am Stein, die nicht vorwärtskommen wollten. Friß, der sich anfänglich besondere Mühe gegeben hatte, mir außerhalb der Geschäftszeit Sinn für das Zeichnen beizubringen, überlegte sich bald, daß ich auch nicht das mindeste Zeichentalent hatte. Er gab daher seine Versuche auf und ließ den Karren laufen, wie er wollte. Viel mehr Dank wußte ich ihm, wenn er ein neues Buch beibrachte.

Ueberhaupt verdanke ich meinem Lehrkameraden Friß viel, sehr viel, ganz im Gegensatz zu meinem Lehrmeister,



Sticht so recht zutage, wo die Mitglieder dem Sturze Adenmanns gar nicht das rechte Verständnis entgegenbringen und mit ziemlicher Interesslosigkeit diesen Fall hinstimmen. Es wird in der Bundesbewegung eine Reaktion eintreten, die vorantreibt, bis dahin führen wird, daß dem eigentlichen Charakter der Mitglieder mehr entsprochen wird. In diesem Sinne wird die propagandistische Schenkung des Bundes der technischen Industriellen Beamten mit aufzufassen sein. Es wird sich empfehlen, die Bundesbewegung jetzt mehr denn je zu beobachten.

### Leipzig und Umgebung.

#### Hausflüchter gegen freizugorganisierte Gesellen.

Als im vorigen Jahre die Fleischerrinnung den Beschluß faßte, die dem Zentralverband angehörenden Gesellen aus ihrem Arbeitsnachweis nicht mehr zu verzeichnen, berührte es eigentümlich, daß aus den Reihen der Hausflüchter kein Ton des Protestes kam, obwohl die Hausflüchter dazu alle Ursache hätten. Sind sie doch vielfach wegen ihres Alters aus Mangel geworbenen Gesellen, mußte doch so mancher von ihnen hören: „Sie sind mir zu alt, ich muß einen Jüngeren haben!“ — Jetzt zeigt sich nun, was der Grund der Zurückhaltung ist: Der Verein der Hausflüchter liebte mit den Innungsmeistern, denn die Hausflüchter haben sich zum Teil selbst die Ausbeutungspraktiken der Innungsgrößen zugelegt. Sie halten jetzt selbst wieder Gesellen und Vorkünder. So ist es denn gekommen, daß sich einige unter ihnen zu unbilligen Denunziationen herabließen, daß sie Gesellen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Zentralverband denunzierten. Und nicht nur Gesellen, sondern auch ihre eigenen Kollegen, Hausflüchter. Und wie uns versichert wird, soll der Verein der Hausflüchter noch ein übriges planen, nämlich eine Eingabe an die Steuerbehörde, sie möge auf diejenigen mehr Obacht geben, die an Schlachthäusern auf dem Schlachthofe arbeiten, die übrige Zeit aber als Hausflüchter ihr Brot suchen. Die Herren möchten sich so anscheinend eine unbequeme Konkurrenz vom Hals schaffen.

Dieses Verfahren wurde in einigen Versammlungen gekennzeichnet, die dem Verein der Hausflüchter anscheinend sehr im Wege lagen. Denn es waren — Posten ausgesetzt worden, um die Interessenten vom Besuch der Versammlung abzuhalten. Einer der Posten war das Vorstandsmittglied des Hausflüchtersvereins namens Köppling, Vorsitzender des L. S. Mittelvereins ehemaliger 72er, Leipzig, Hausbesitzer in L.-K.-Höfcher, Limburger Straße 35. Dabei ist Köppling in seinem Tätigkeitsfeld, dem Westen Leipzigs, sehr stark auf Arbeiterkundschaft angewiesen, das heißt, die Grünstranggeschäfte, Gastwirte usw., für die Köppling schlägt, werden es sich doch wohl überlegen, ob sie ihre Waren von einem ausgesprochenen Gegner gewerkschaftlicher Organisation subventionieren lassen, die schließlich den organisierten Arbeitern nicht schmeckt. Der Arbeitsnachweis des Zentralverbandes (Sidonienstr. 49, Tel. 16 288) wird mittelbar jederzeit tüchtige und der Organisation angehörende Hausflüchter.

#### Zentralverband der Fleischer und Berufsangehörigen Deutschlands, Mitgliedschaft Leipzig.

#### Unternehmerterrorismus.

Die Leipziger Schlofferinnung erläßt an ihre Mitglieder folgende Mitteilung:

Leipzig, den 18. Juni 1918.

#### An unsere Mitglieder!

Es ist uns zur Kenntnis gekommen, daß verschiedene Kollegen bei dem gegenwärtigen Streik der Schlofferanschläger trotz des einstimmigen Beschlusses der Innungsversammlung vom 25. März a. c. den neuen Tarif der Anschläger nicht anzuerkennen, diesen trotzdem durch Unterschrift bewilligt haben. Hierin liegt nicht nur eine große persönliche Taktlosigkeit, sondern auch ein großer Verstoß gegen den § 10 unseres Statuts, und wir werden in jedem einzelnen Falle ohne jede Rücksicht die hierfür festgesetzte Strafe von 20 Mark einziehen.

Wir ersuchen alle Mitglieder, ganz gleich ob dieselben Beschlagsarbeiten ausführen oder nicht innerhalb zwei Tagen an die Adresse des unterzeichneten Obermeisters wahrheitsgetreu mitzuteilen, ob und welche Sondervereinbarungen sie mit der Anschlägerkommission getroffen haben.

Besäumt ein Mitglied innerhalb dieser Frist die Mitteilung, wird es ausnahmslos mit 10 Mark Strafe belegt.

Wir sind durch das schwankende Verhalten der Kollegen zu diesen Maßnahmen gezwungen und führen dieselben streng durch, sofern die Beschlüsse der Innungsversammlung und die Vorschriften des Vorstandes nicht beachtet werden.

Im Anschluß an obiges verweisen wir auf § 153 der Gewerbeordnung, nach diesem ist das Vorgehen der Innung ungesetzlich. Weiter haben wir zu bemerken, daß laut Gerichtsentscheid Unternehmerrorganisationen das Recht, Strafen zu verhängen, abgesprochen ist.

Es sind folgende Bauten und Firmen gesperrt: Turnhalle, Zepfstraße (mehrere Unternehmer); Rural, Meyerische Häuser, Kleingehöcker; Wagnitz, Elisabethstraße, Bau Tostleben; Greifenstein u. Hennig (Bauverein Wühner Straße).

#### Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig.

#### Deutsches Reich.

#### Christlicher Byzantinismus?

Die christlichen Gewerkschaften haben gestern dem Kaiser durch eine Abordnung (Giesberts, Behrens, Siegerwald) die nachstehende Adresse überreichen lassen:

Wir, Kaiserlichen Königlich Majestät nahen sich die Vertreter von 300 000 in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen mit den aufrichtigsten Glückwünschen zu Allerhöchster Ihrer Jubelfeste. Das vierhundertjährige Allerhöchste Ihrer Regierung bedeutet für das deutsche Wirtschaftsleben einen Zeitabschnitt ungeahnt glänzender Entwicklung. Unter Ew. Majestät Friedensregiment feierte die deutsche Arbeit gewaltige Triumphe auf dem Kampffeld des Weltmarktes. Betragen von dem steigenden Wohlstand im Vaterlande entfalteten sich Erfindungsgeist und Kunstsinne, um in jähem, erfolgreichem Ringen den heimischen Erzeugnissen einen bedeutsamen Platz in den Ländern und auf den Meeren des Erdballes zu sichern. Neben diesen großen Errungenschaften einhergehend ist unter Ew. Majestät Regierung auch der Lage der wirtschaftlich Schwächeren Reich warme Sorgfalt zugewandt worden. Ganz besonders schätzen es die christlichen Gewerkschaften, daß ihnen die Vorsehung beschlicht ist, wenn durch Krankheit, Invalidität und Alter die Kraft zu eigenem vollen Schaffen verlagert. Die in den christlichen Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen halten unverbrüchlich an der Ueberzeugung fest, daß in entscheidenden Fragen alle Glieder des deutschen Volkes, ohne Unterschied ihrer sozialen Stellung, geschlossen zusammenstehen müssen. Sie werden, wie bisher, so auch in der Zukunft, zu ihrem Teil daran mitwirken, daß die Freude am deutschen Vaterlande und die Treue zu Kaiser und Reich auch in der deutschen Arbeiterschaft sich ständig mehrt. So erlösen wir am heutigen Jubeltage auf Ew. Majestät und das gesamte Kaiserhaus, Gottes reichsten Segen, auf daß noch viele, viele Jahre lang Ew. Majestät zarter Geist und entscheidender Wille das deutsche Volk durch alle staatlichen und sozialen Vährnisse hindurch zu weiterer arbeitstrotziger Wirksamkeit geleiten möge.

Wir, Kaiserlichen Königlich Majestät alleruntertänigster, treuehuldigster Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

#### Kommentar überflüssig!

#### Eine Lohnbewegung auf den Schiffswerften.

Die Arbeitsverhältnisse auf den Werften sind weniger geregelt als in verschiedenen anderen Betrieben. Die letzte größere Bewegung der Werftarbeiter im Jahre 1910 hat keine befriedigende Regelung der Arbeitsverhältnisse gebracht. Es hat deshalb nach ihr eine ganze Anzahl Differenzen zwischen den Arbeitern und den Betriebsleitungen gegeben, denen in der Hauptsache die zu niedrig angelegten Einstellungsgehälter, die ungerade Affordfrage, die Ueberzeitarbeit und die Handhabung der Bestimmungen über die Arbeiterauschüsse zugrunde lagen. Die Arbeiter wünschen, daß diese Regelung herbeigeführt wird. Sie sind zu diesem Zwecke durch ihre Organisation mit bestimmten Vorschlägen an die Werften herantreten.

Die Forderungen der Werftarbeiter sind in der Hauptsache: Die tägliche Arbeitszeit soll 9, an den Sonnabenden in Hamburg 7 und auf den Werften an anderen Orten 8 Stunden betragen. Bis jetzt besteht noch auf den Hamburger Werften die 55stündige, auf den anderen Werften die 58stündige wöchentliche Arbeitszeit. An den Tagen vor den hohen Festen soll eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Eine, nach den örtlichen Verhältnissen bemessene Erhöhung der Einstellungsgehälter bis zu 8 Pfa. pro Stunde. Die Erhöhung ist einschließlich des Lohnausgleichs für Verkürzung der Arbeitszeit gedacht. Festlegung der Einstellungsgehälter für Minderjährige. Der Einstellungslohn soll nur vorübergehend in Anwendung kommen, deshalb soll nach vierwöchiger Beschäftigung die Erhöhung und Festlegung des eigentlichen Lohnes mit dem Arbeiter vereinbart werden. Der Betrag, um den der Stundenlohn erhöht werden soll, ist ebenfalls nach den örtlichen Verhältnissen bemessen und schließt auch den Ausgleich des Lohnes für Verkürzung der Arbeitszeit in sich. Die verlangte Erhöhung bewegt sich bis zu 7 Pfa. pro Stunde. Die Entschädigung für Ueberzeitarbeit ist heute sehr verschieden. Technisch verhält es sich mit der Bezahlung der Nachtarbeit und der Beschäftigung. Die Vorschläge zur Regelung der Nachtarbeit gehen dahin, daß es dem Arbeiter ermöglicht wird, unter den gegebenen Verhältnissen auch einen angemessenen Affordüberschuß erzielen zu können. Wenn der Afford zu niedrig kalkuliert ist, soll dem Arbeiter ein Einspruchsrecht zustehen. Differenzen sollen durch eine unparteiische Kommission geschlichtet werden. Nachtarbeit soll nicht aus reiner Preisdrückerei herabgesetzt, der Uebetriedienst soll für jeden Afford besonders berechnet und ausbezahlt werden. Langfristige Affordarbeiten sollen geteilt und, wo dies nicht möglich ist, soll alle 14 Tage eine Abschlagszahlung von der Affordsumme in bestimmter Höhe zum Lohn ausbezahlt werden. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses soll dem Arbeiter sein volles Anrecht auf den verdienten Ueberlohn der noch unvollendeten Nachtarbeit verbleiben. Die Lohnzahlung soll am Schluß der Arbeitszeit beendet sein, das erforderliche Werkzeug den Arbeitern von der Werft geliefert werden. Die Arbeiterauschüsse sollen von den Werften beschleunigt und größtenteils Arbeiter nach der Verhältniswahl gewählt werden, alle arbeitsfähigen Arbeiter sollen ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung wählbar sein. Den Einrichtungen zum Schutze von Gesundheit und Leben wird in den Forderungen besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Die Unfallgefahr ist im modernen Schiffbau recht groß. Das Erlernen der Arbeiter, ihnen das Recht zuzugestehen, Vorschläge für die erforderlichen Einrichtungen zu machen, ist durch die verschiedenen Vorfälle begründet. Schließlich wünschen auch die Arbeiter einen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Es ist wohl das erste Mal, daß die Werftarbeiter mit dieser Forderung an die Unternehmer herantreten. Sie ist durchaus zeitgemäß. Die Einrichtung ist übrigens keine Neuerung mehr, in vielen Staats- und Privatbetrieben hat sie bereits Eingang gefunden.

Soweit der wesentliche Inhalt der Forderungen, die den Werften am Dienstag, den 17. Juni, zugehen. Vertreten werden die Forderungen von den auf Werften beteiligten freien Gewerkschaften, denen sich die Ditzsch-Dückerischen Gewerkschaften angeschlossen haben. Dieses, was in den Forderungen enthalten ist, bedeutet ja weiter nichts als eine Regelung im Arbeitsverhältnis und kann, ohne nennenswerte Auswirkungen zu verursachen, von den Werften erfüllt werden. Es wäre also zu wünschen, daß bei den voraussetzlichen stattfindenden Verhandlungen zwischen den Parteien ein friedlicher Abschluß erzielt wird.

Weitere Folgen des Kresfelder Gelbfieberstreiks. Eine Vertrauensmännerversammlung in Darmen beschloß, da die Textilarbeiter für die Baumwolle und Kunstseidenfabriken Streikarbeit verrichten sollen, die Genehmigung zum Aufstand beim Zentralvorstand einzuholen.

#### Ausland.

#### Die Kämpfe im Birminghamer Industriegebiet.

Die unter Londoner Korrespondent am 11. Juni schreibt, dauern die Kämpfe im Birminghamer Industriegebiet fast unvermindert fort. Die Streiks erstrecken sich auf die verschiedensten Gewerbe, und in fast allen überwiegt die Beschäftigung ungelerner Arbeiter. In der letzten Woche ist die Arbeit in einer Anzahl von Betrieben wieder aufgenommen worden, nachdem die betreffenden Forderungen bewilligt wurden. Einen derzweifelhaftesten Kampf führen die Arbeiterinnen in den Ziegelbrennereien von Stourbridge, die eine zehnprozentige Erhöhung der Affordbühne fordern, eine Verbesserung, die den Wochenlohn Erwachsener auf zehn Schilling (1) erhöhen würde. Auch dort hat eine Anzahl Unternehmer bereits nachgegeben.

Da es sich durchweg um ganz jämmerlich bezahlte Arbeiter handelt, die bisher keiner Organisation angehört, hat der Kampf die ganze Bevölkerung in furchtbares Elend gestürzt. Allein, es scheint, daß auch die schwersten Entbehrungen die Arbeiter nicht dazu bewegen werden, bei den alten Bedingungen ins Joch zurückzutreten. Eine große Anzahl von Gewerkschaften und andere Organisationen leisten den Streikenden finanzielle Hilfe, aber bei der Masse der Streikenden reicht das nicht weit. Die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen hat in den sechs Wochen des Kampfes außerordentliche Fortschritte gemacht; es treten täglich Hunderte der Workers Union bei.

Der Streik droht sich jetzt auf die Gemeindegewerkschaften von Wolverhampton auszudehnen, die einen Minimallohn von 25 Schilling die Woche fordern.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Sächsische Industriebeamtenrat (D. I. S.) findet am 30. und 31. August in Leipzig statt.

#### Eingelaufene Schriften.

Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das Jahr 1912. Erstattet zu Händen des zehnten ordentlichen Generalkongresses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 16. bis 18. Juni 1918 in Dresden. Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes von dessen Mitglied Heinrich Kaufmann. Hamburg, Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Preis 8 Mark.

## Von Nah und Fern.

#### Das Erdbeben in Bulgarien.

Sofia, 16. Juni. Die Bevölkerung von Tirnowo und Umgebung, die noch immer nicht zur Beruhigung gekommen ist, wurde heute früh durch einen neuen schwachen Erdstoß, der jedoch nicht die Stärke des ersten erreichte, in große Erregung versetzt. Das Beben ging jedoch vorüber, ohne weiteren Schaden anzurichten. Da Post- und Bahnverbindungen gestört sind, sind über die Katastrophe vom letzten Sonntag immer noch wenig Einzelheiten zu erfahren. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Meldungen haben die

Städte Tirnowo, Gorna, Oradowija und Leskomeh am meisten gelitten. Sehr viele Häuser sind eingestürzt, eine große Anzahl von Gebäuden mußten geräumt werden, da Einsturzgefahr vorhanden ist. Von den Nachbarorten gehen Hilfszüge mit Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken ab, da sich in den vom Erdbeben heimgesuchten Gegenden besonders Mangel an Badwaren bemerkbar macht, weil die meisten Bädereien der Ortschaften eingestürzt sind. Die Behörden haben umfassende Maßnahmen getroffen, aus den umliegenden Ortschaften Brot für die Hilfsbedürftigen herbeischaffen zu lassen.

#### Liebestragödie.

Mannheim, 17. Juni. Gestern nachmittag wurde im Walde bei Waldhof ein Liebespaar, der 25 Jahre alte Heinrich Junk aus Frankenberg in Hessen und die 20jährige Konstanze Helene Ziegler aus Höchst am Main, erschossen aufgefunden. Junk hat zuerst das Mädchen und dann sich selbst getötet. Aus hinterlassenen Notizen geht hervor, daß beide freiwillig aus dem Leben scheiden wollten.

#### Schweres Automobilunglück.

Kresfeld, 17. Juni. Gestern abend gegen 9 Uhr stießen auf der Chaussee bei Buderich fünf Automobile zusammen, die vom Kresfelder Rennen kamen. Das aus einer Seitenstraße biegende zweite Auto fuhr auf das erste, während die drei nachfolgenden auf diese beiden fuhrten. Es sollen drei Personen tot und vier oder fünf Personen schwer verletzt sein.

#### Großfeuer.

Bremerhaven, 17. Juni. Auf der Werft von Tecklenburg in Geestemünde, der größten deutschen Segelschiffwerft, brach ein Kleinfener aus. Der Tischlereibetrieb ist völlig vernichtet worden. Der Schaden wird auf über eine Million Mark geschätzt.

Hamburg, 16. Juni. Ein großes Schadenfeuer zerstörte heute morgen die Karbolineumfarben- und Schmierölfabriken der Firma Emil Caroux vollständig. Die Feuerwehre war mit 8 Löschzügen herangerückt und konnte nur mit Mühe ein Ueberspringen des Feuers auf die benachbarten Grundstücke verhindern. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf über 200 000 Mk.

#### Die Cholera auf dem Balkan.

Sofia, 17. Juni. In der letzten Zeit sind in Serres einige Cholerafälle festgestellt worden. Am 4. Juni wurden zehn, am 11. Juni vier und am 14. Juni zwei Cholerafälle verzeichnet. In den anderen Ortschaften des Bezirks zeigte die Epidemie eine weit geringere Verbreitung. Die erforderlichen Maßnahmen sind getroffen.

#### Wieder eine Minenexplosion im Hafen von Smyrna.

Konstantinopel, 17. Juni. Das Segelschiff Mikaria geriet nach dem Verlassen des Hafens von Smyrna gestern morgen in die Minenzone und wurde durch die Explosion einer Mine zum Sinken gebracht. Die ganze Besatzung ist gerettet worden; ein Matrose wurde verwundet.

#### Ein Ballon ins Meer gefallen.

Paris, 17. Juni. Von den am Sonntag in St. Cloud aufgestiegenen zwanzig Freiballons haben fünfzehn den Kermis Kanal überfliegen und sind in England gelandet. Die Luftschiffer Duponnet und Jourdan wurden von einem holländischen Dampfer, im Meere treibend, an die Trümmer ihres Ballons geklammert, aufgefunden und nach Southampton gebracht.

#### Unwetter in Nordfrankreich.

Paris, 17. Juni. Ein furchtbarer Sturm ist über die Gegend Luchez niedergegangen. Ein Hagelschlag, dessen Körner ungewöhnlich groß waren, hat die Ernte vollkommen vernichtet. Besonders das kleine Städtchen Montauban ist außerordentlich in Mitleidenhaft gezogen worden, da ein durch das Städtchen führendes Flüsschen zum reißenden Strome anschwellt, der bald so große Verheerungen anrichtete, daß die Bewohner flüchten mußten und nur noch das nackte Leben retten konnten. In der ganzen Umgebung wurden die Scheunen mit fortgerissen und das darin aufgespeicherte Getreide vollkommen vernichtet. Die Bevölkerung war den einsetzenden Elementen gegenüber vollkommen machtlos, so daß der Bürgermeister des Städtchens sich dringend an die Regierung um Hilfe gewandt hat.

## Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Wien, 17. Juni. Aus Galizien in Südrussland wird telegraphiert: Einer hier eingetroffenen Meldung zufolge hat die bulgarische Regierung die Disposition getroffen, den Warenverkehr zwischen den bulgarischen und den rumänischen Häfen infolge der ersten Ereignisse bis auf weiteres einzustellen.

Sofia, 17. Juni. Einer Privatmeldung zufolge sollen sieben griechische Bataillone im Golfe von Orfano eine Landung versucht haben, jedoch von Bulgaren unter Verlusten zurückgeschlagen worden sein.

Konstantinopel, 17. Juni. Mehrere hohe Militärpersonen, die unter dem Verdacht verhaftet wurden, an dem Anschlag gegen Mahmud Schemket Pascha beteiligt gewesen zu sein, wurden gestern wieder freigelassen, da sich der Verdacht als unbegründet herausgestellt hat.

Paris, 17. Juni. Der sozialistische Deputierte Rouanet hat zu dem Gesetz über die dreijährige Dienstzeit einen Zusatzantrag eingebracht, in welchem die Amnestierung der wegen der jüngsten Militärkundgebungen bestraften Soldaten verlangt wird.

Paris, 17. Juni. Der Leiter des statistischen Amtes Bertillon teilt mit, daß im Jahre 1912 die Ziffer der Geburten in ganz Frankreich (750 651) die Ziffer der Todesfälle (692 740) nur um 57 911 überlegen habe. Die Jahre 1911 und 1912 seien in dieser Hinsicht die schlechtesten seit dem Jahre 1800 gewesen.

München, 17. Juni. In der vergangenen Nacht ist unerwartet der Reichs- und Landtagsabgeordnete Freiherr von Malfen-Baldkirch (Zentr.) gestorben.

(v. Malfen vertrat den Wahlkreis Landshut in Niederbayern, der dem Zentrum bombensicher ist. Im Januar erhielten Stimmen: Zentrum 12 450, Sozialdemokratie 1871, Bauernbund 1770 und Fortschrittler 1482.)

#### Rüchzenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Mittwoch:  
Speisenkarte I (Johannstraße 4): Salat mit Pfefferfleisch.  
Speisenkarte II (Zepfstraße 1): Kartoffelsuppe und Röhren mit Schmelzkäse.  
Speisenkarte III (Mühlengasse 24): Wildgans mit Pfefferfleisch.  
Speisenkarte IV (Zepfstraße): Saure Kartoffelsuppe mit Röhren.  
Speisenkarte V (Wagnerstr. 35): Nudel mit Mischfleisch.  
Speisenkarte VI (Neub. Hallische Straße 10): Spina mit Schmelzkäse.  
Speisenkarte VII (Wallenstr. 4): Saure Röhren mit Pfefferfleisch.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.







Politische Uebersicht.

Ein verbranntes Geheimdokument der preussischen Monarchie.

In der Berliner Universitat gab es natuerlich in diesen Tagen auch eine Jubilaeumsfeier und ein sicherer Professor Hynke hat dabei die Festrrede geschwungen. Nach dem Bericht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung war sie im ersten Teile eine Pause zur Verherrlichung des Imperialismus. Im zweiten Teil, der sich mit der inneren Politik in den letzten 25 Jahren befaeste, gab der Herr Professor einen "historischen" Vorgang bekannt, den er bisher im verschwiegenen Busen verborgen hatte. Er will aus dem Munde Wilhelm II. folgendes erfahren haben: Als Kaiser Friedrich I. in den letzten Juergen lag, teilte der Justizminister Kronprinz Dr. Friedberg Wilhelm II. mit, dae ihm alsbald "ein fuer diesen Fall bereit gehaltenes verschlossenes Schriftstueck von groeher Wichtigkeit vorgelegt werden wuerde." Das geschah. Das weitere erzaehlt der Herr Professor so:

Er oeffnete es und erkannte sofort die charakteristischen Schriftzuege Koenig Friedrich Wilhelm IV. mit vielen Unterstreichungen und Ausrufungszeichen, wie dieser zu schreiben pflegte. Es war ein politisches Testament, das jedem Thronfolger beim Regierungsantritt vorgelegt werden muessig; und es enthielt eine in den staerksten und beweglichsten Wendungen gehaltene Mahnung, die Verfassung nach vor der Vereidigung umzueroeffnen. Koenig Friedrich Wilhelm IV. hatte ja, wie man weis, zeitweilig an dem Gedanken gehangen, die im Sturm und Drang des Revolutionsjahres geborene, von der Regierung zwar erst akzeptierte, dann aber auf dem Wege der Vereinbarung mit der Volksvertretung revidierte Verfassung zu erloeschen durch einen aus koeniglicher Machtvollkommenheit verliehenen Freibrief, der gar nichts von dem revolutionaeren Charakter moedertiger Konstitutionen haben sollte. Es war die Wurzel der vielfaetigen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und seinem Ministerpraesidenten Otto von Bismarck gewesen, dae dieser die Hand dazu nicht hatte bieten wollen. Nun hatte Friedrich Wilhelm IV. noch ueber seinen Tod hinaus auf seine Nachfolger einzuwirken gesucht mit aller Macht, die ein Toter auf Lebende ausueben kann, um diesem Koenigswunsch in Zukunft doch noch einmal Erfuellung zu verschaffen. Kaiser Wilhelm II. hatte ebensowenig wie seine beiden Vorgaenger irgendwelche Regelung, diesem Appell seines koeniglichen Groeohohelms zu folgen; aber er ging weiter. Er erwarb, dae die Moeglichkeit nicht ausgeschlossen sei, dae in Zukunft einmal ein junger unerfahrener Herrscher zur Regierung kaeme, auf den dieses Testament doch vielleicht einen verhaengnisvollen Eindruck haette machen koennen: "Und seitdem", sagt Seine Majestaet, "war es mir, als ob ich ein Pulverfae im Hause haette, und es liee mir keine Ruhe, als bis das Testament vernichtet war." Es wurde verbrannt und das Kuvert an das koenigliche Hausarchiv abgegeben, mit der Bemerkung: "Inhalt vernichtet".

Der Herr Professor ist tief geruehrt. Er sieht in diesem Vorgang einen Beweis dafuer, "mit welcher Entschiedenheit sich der Kaiser von Anfang an auf den Boden der Verfassung gestellt hat."

Wenn die Geschichte wirklich wahr ist, beweist sie in dessen hange etwas anderes. Vor allem ist es bekannt, dae Friedrich Wilhelm IV. geisteskrank war. Hat er jenes "Testament" noch bei gesunden Sinnen geschrieben, dann war es ein Verbrechen, hat er es verfaescht, als er schon in geistige Anmuetung verfallen war, dann liegt jedenfalls ein Verbrechen des Justizministers und Kronprinzen Friedberg vor, der es ueberhaupt wagte, ein solches Schriftstueck vorzulegen. Im besten Falle koennte man annehmen, dae dieser Mann ein Schriftstueck vorlegte, dessen Inhalt er nicht kannte. Auch dann lag ein unqualifizierbarer Schritt eines Ministers vor, dessen Aufgabe es war, die Verfassung als hoehstes Gesetz zu waehren und der deshalb seine Mitwirkung bei Manipulationen mit geheimen Schriftstuecken, deren Inhalt er nicht kannte, zu versagen hatte. Deshalb ist erstaunlich, dae es mit der Verbrennung des Schriftstueckes sein Bewenden hatte, dae nicht der pflichtvergeessene Minister auf die Anklagebank kam.

Erstaunlich ist ferner, dae doch jemand die Vorlegung jenes mysterioesen Schriftstueckes angeordnet haben muessig, jemand, der es jedenfalls kannte. Bekannt haben muessig es jedenfalls der Kaiser Friedrich. Diesem kann man verfassungseindliche Plaene wohl kaum zuschreiben, er hat offenbar das Schriftstueck als eine Kuriositaet behandelt.

Es liegt auf der Hand, dae auch im Jahre 1888 jeder Versuch, die Verfassung einfach auaeher Kraft zu setzen, eine Donquixotterie gewesen waere. Ist jene Geschichte wahr, dann wuerde sie beweisen, welche staatsgefuehrlichen Dinge sich hinter den monarchischen, an das Mittelalter erinnernden Kuriositaeten, wozu das Manipulieren mit geheimen Schriftstuecken gehoert, verbergen. Sie wuerde ein Beweis mehr dafuer sein, dae die Monarchie eine ueberlebte Form ist, die durch die Republik ersetzt werden muessig.

Deutsches Reich.

Was wird?

Die Budgetkommission des Reichstages tritt heute nach dreitaegiger Pause wieder zusammen. Da die Vorlagen ueber den Wehrbeitrag, das Erdoerbe des Reichs und den Kriegsschatz bereits durchberaten wird, wird die Kommission nun an das schwierigste Stueck Arbeit, die sogenannte Besitzsteuer, herangehen muessen. Dabei muessig sich auch entscheiden, ob fuer das Kompromiss, von dem in den letzten Tagen so viel die Rede war, wirklich eine Mehrheit im Reichstag und in der Reichsregierung vorhanden ist. Vorlaeufig erseheint das noch recht zweifelhaft. Bekannt ist, dae die Mehrheit der Konservativen und auch der junkerlich-groehagrarischen Fluengel des Zentrums bisher noch nicht gewonnen sind. Herr Dertel versichert zwar in seinem Leitblatt, dae er sich im Interesse einer Einigung der bueurgerlichen Parteien mit der Reichsvermoegenszuwachssteuer abgefunden habe, und erteilt der saechsischen Regierung einen Kuessel, weil sie in so auaeherordentlich scharfer Form das Kompromissprodukt ablehnte. Diese verhoehliche Haltung ist aber wohl nur von der Erwartung eingegeben, die Zuwachssteuer werde im einzelnen so "ausgebaut" werden, dae sie in der Hauptfache vom mobilien Kapital getragen werden muessig und den Junkern nicht wehe tut. Das laesse erwarten offenbar auch die Hanjaebuehler und ihre Hintermanner, denn ihre Presse lehnt die Frucht des Kuesselhandels ganz energisch ab. Ja, selbst partei-offizielle Organe der Liberalen machen bereits dagegen mobil. So erklaert die Saechsisch-Nationalliberale Korrespondenz, die Vermoegenszuwachssteuer entbehre in gleicher Weise

soziales Empfinden wie wirtschaftliche Einsicht. Eine reine Vermoegenszuwachssteuer sei fuer Sachsen mit seiner aufstrebenden Industrie unannehmbar. Niemand sollte ein Interesse daran haben, ihre Entwicklung durch eine solche verkehrte Steuerpolitik zu unterbinden. Ebenso erklaert die Deutsche Industriekorrespondenz, die von dem Schriftfuhrer des Verbandes saechsischer Industrieller, Dr. Maerz, herausgegeben wird, dae die Annahme des geplanten Kompromisses auf das tiefste zu beklagen waere. Es gaebe kaum irgendeine Steuer, die derartig den Erfordernissen der Industrie widerstreite, wie die Vermoegenszuwachssteuer. Es sei unveraendlich, wie gerade die liberalen Fraktionen einer solchen Steuer zustimmen koennen. Das Zentrum koennte sich derartige Experimente leisten. Fuer den Liberalismus und vor allem die Nationalliberalen koennte sie geradezu politisch verhaengnisvoll werden. Man begreift danach, dae die nationalliberale Presse bereits alle Haende voll zu tun hat, um die entruesteten Protestler im eignen Lager zu befaestigen. Es waere den liberalen Steuerdozenten vielleicht gar nicht einmal so sehr unangenehm, wenn das Konstrum der Vermoegenszuwachssteuer wieder sang- und klanglos von der Bildtaeche verschwinden wuerde.

Zunaechst ist man freilich noch an die Kompromissabmachungen gebunden. Die Koenigliche Zeitung bringt eine Zuschrift aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion, die die Zuwachssteuer verteidigt und die Rechte dafuer zu gewinnen sucht, indem sie ihr mit der Erbschaftsteuer droht. Am Schluß der Zuschrift heisst es naemlich:

Am Dienstag werden die Beratungen auf Grund gewisser Einigungen ueber die Besitzsteuererhebung beginnen und hoffentlich zum Ziele fuehren. Gelingt die Einigung nicht, dann bleibt den liberalen Fraktionen nichts anderes uebrig, als ihre Antraege wegen der Erbschaftsbesteuerung einzubringen. In der nationalliberalen Fraktion ist darueber voellstaendige Einigkeit vorhanden. Es steht indes zu erwarten, dae eine Einigung in der Kommission zwischen Zentrum und den beiden liberalen Fraktionen erfolgt, dae sich die Sozialdemokratie, und wenn sie nicht uebel beraten ist, auch die Deutschkonservative Partei anschliessen werden. Dae einer solchen Einigung gegenueber sich die verbluendeten Regierungen abluendend verhalten koennen, muessen wir als ausgeschlossen erachten, dae sich fuer die Regierungsvorlage keinesfalls eine Mehrheit finden wird. Das ist die gegenwaertige Lage. Die naechsten Tage werden in der Budgetkommission die Maerung bringen.

Dae die sozialdemokratische Fraktion dem Zuwachssteuer-Kompromiss zustimmt, halten wir aus den schon frueher dargelegten Gruenden fuer ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie hat gar keine Ursache, den Junkern die Steuerbruendebergerei zu erleichtern, ganz abgesehen davon, dae die Besteuerung des Vermoegenszuwachses bei Freilassung des Vermoegensgrundstuecks ein steuerrechtlicher Widerspruch und eine Halbheit ist. Bleibt dann aber auch die Rechte auf ihrem Standpunkt stehen und broeckeln von den liberalen Parteien infolge der Agitation der Hansaebuehler selbst noch Mitglieder ab, so duerfte es mit der erforderlichen Mehrheit Effe sein. Die vielbejubelte Einigung in der "Deckungsfrage" schwebt also, wie Figura zeigt, vorlaeufig noch voellig in der Luft und die Kuesselhaender duerften in der naechsten Zeit noch ausgiebig zu tun erhalten.

Um die Jesuiten.

Eine Zeitungskorrespondenz, von der es heisst, dae sie haeufig offiziell bedient wird, brachte die Nachricht, dae die Antworten der einzelnen Bundesregierungen auf den Beschluß des Reichstages wegen Aufhebung des Jesuitengesetzes eingelaufen seien. Aus ihnen ergebe sich, dae der Aufhebung des Jesuitengesetzes vom Bundesrat nicht zugestimmt werden wird. Die Germania bemerkt dazu:

Wir geben diese Mitteilungen der offiziellen Korrespondenz, die uns am heutigen Jubilaeumstage des Kaisers zuehrt, hier zunaechst unter allem Vorbehalt wieder, koennen aber nicht umhin, zu bemerken, dae die letzten Saehue fuer den Fall, dae eine Mehrheit im Bundesrat tatsaechlich den Beschluß des Reichstages ueber die Aufhebung des Jesuitengesetzes ablehnen sollte, geradezu wie John Kingen. Eine bemerkenswerte Ergaenzung dieser Mitteilungen der offiziellen Korrespondenz bildet die telegraphische Nachricht, die uns soeben aus Koefeld in Westfalen zuehrt, wonach gestern abend eine dort abgehaltene "Jesuitenmission" durch Verfuegung des Regierungspraesidenten von Minister "aufgeloeset" worden sein soll.

Den erfahrenen Kuesselhaendlern kommt diese Meldung sicherlich unangenehm, da auf diese Weise die Welt daran erinnert wird, dae das Zentrum noch "prinzipielle" Forderungen an die Regierung hat, diese aber bei einem solchen Geschaefte, wie die Mittaerverlage, nicht vorbringt. Indessen weis man ja allgemach, dae es dem Zentrum mit der "prinzipiellen" Forderung nicht ernst ist. Denn sobald sie bewilligt waere, bliebe ja kein Mittel mehr, den katholischen Schaeftelein vorzureden, sie muessigen treu zum Zentrum halten, weil die Kirche in Gefahr ist.

Uebrigens: Im Januar, als das Zentrum in der Duellfrage seige zurueckwaerch, erklaerte die Zentrumspresse, das Zentrum sei keineswegs, wie hoese Leute behaupten, der groeher Bauwau, der nur bestelle, aber nicht beisteht. Es werde schon noch zeigen, was es kann. Matthias Erzberger aber erklaerte siegesbewusst: in einem halben Jahre wollen wir sehen! Das halbe Jahr ist um, und wir sehen nur, dae das Zentrum regierungsfromm ist wie noch nie. Wenn also die Germania zu der Kunde ueber die Jesuiten nichts weiter zu sagen hat, korrigieren wir unsre damals ausgesprochene Meinung. Wir sagten, das Zentrum koenne nur noch bellen und wassern; jetzt beisteht es nicht einmal mehr!

Die Gnadenbeweise.

Neben dem Ordensregen, den Titelverleihungen und den "Standeserhoehungen", die das Kaiserjubilaeum den durch Verdienst ohne oder mit metallischem Beigeschmack ausgezeichneten Maennern Deutschlands gebracht hat, ist auch eine Amnestie ergangen oder eigentlich keine Amnestie, sondern das Versprechen einer Reihe von Begnadigungen, die in einiger Zeit erfolgen sollen. Anstatt naemlich die Strafen fuer bestimmte Vergehen oder bis zu einer bestimmten Hoehue zu erlassen, wie das sonst bei Amnestien geschieht, so dae sie alle Verurteilten ohne Ausnahme innerhalbe des gewaehlten Rahmens erfahrt, sollen diesmal ohne Ruksicht auf die Art der Straftat und die Hoehue der Strafe diejenigen begnadigt werden, "die zu ihren Straftaten durch Not, Leichtsin, Unbesonnenheit oder Verfuehrung veranlaest worden sind".

Das kann, je nachdem der Justizminister verfaehrt eine Ausdehnung des Rahmens der Begnadigungen gegen die Amnestie bei der 25jaehrigen Jubelfeier des Reichs im Jahre 1895 sein, die nur Strafen bis zu sechs Wochen Gefaengnis erfahrt. Das muessig aber andererseits eine erhebliche Einengung bewirken. Denn die Bedingung, dae der Erlass vorsteht, schluesselt die Straftaten politischer Charakters und die Streikvergehen so gut wie voellstaendig aus, wie nicht erst weiter dargelegt zu werden braucht, ob das der Zweck war?

Man kann die Vermutung nicht abweisen, wenn man sieht, dae die Amnestien in Deutschland immer winziger werden. Eine umfassende Amnestie, die auch die politischen Straftaten ausnahmslos erfahrt, erging zum letztenmal 1860, als Wilhelm I. den Thron bestieg. Die Amnestie, die Friedrich III. erließ, schluesselt bereits die Vergehen wieder zwei Paragraphen, auf Grund deren die Geheimbundsprojekte unterm Sozialistengesetze gefuehrt wurden, vom Straferlass aus. Die Amnestie Wilhelm II. im Jahre 1895 bei der 25jaehrigen Jubelfeier des Reichs erweiterte das Ziel der Ausschliesung der politischen Verbrechen im allgemeinen durch die Begrenzung des Straferlasses auf Strafen bis zu sechs Wochen Gefaengnis. Die heutige geht noch weiter, indem sie jeden einzelnen Fall unter die Lupe nimmt. Dae dabei der Gefaengnis des Bestraften nicht vergesen werden wird, versteht sich. Duellanten und aehnliche Herren gelbe Arbeiter werden Chancen haben, vom Justizminister zur Begnadigung empfohlen zu werden, Streikfuhrer weniger. Wir sagen das nicht, um uns zu beklagen. Wir stellen das nur fest zur Kennzeichnung des herrschenden Kurzes.

Uebrigens haben die meisten Bundesfuhrer und Senate der Hansestaedte ebenfalls eine Amnestie nach wilhelminischem Muster erlassen. Nur Sachsen fehlt auffaelliger Weise noch. Von den sonstigen Gnadenbeweisen sind erwaehnungswuert die militaerische Befoerderung des Reichskanzlers, der vom Generalmajor zum Generalleutnant, die Berufung Dernburgs und des Bankiers des Zaren, v. Mendelssohn, ins Herrenhaus, sowie die Verleihung des Roten Adlerordens an Herrn Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach. Die letztere, weil die Praktiken der Firma Krupp zurzeit noch der Gegenstand amtlicher Unterfuehung sind.

Besonders pikant ist, dae gleichzeitig mit der Meldung von dieser Ordensverleihung Genosse Suedelum in der Friedenswarte die Mitteilung macht, dae die Firma Krupp infolge der Liebknechtischen Entfaellungen jetzt durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes aus dem Verband zur Bekampfung des Schmiergeldveruwesens ausgeschlossen worden ist.

Patriotismus — ja, Steuernzahlen — nein!

Die schwarzblaue Minderheit der Budgetkommission hat, unterfuert von den nationalliberalen Handlangern des Groehtkapitals, beschlossen, den staedtischen und laendlichen Grundbesitz nur mit dem 20fachen Betrag des pro Jahr erzielten Reinertrags zum Wehrbeitrag heranzuziehen. Wie dieser Beschluß in der Praxis wirken muessig, dafuer macht der Abg. Gothein in der Koeniglichen Zeitung das folgende Beispiel auf:

Ein Gut im Verkaufswert von 800 000 M. ergebe ein landwirtschaftliches Einkommen von 30 000 M. = 3,75 v. H. Der Besitzer rechnet sich fuer seine und seiner Frau Taetigkeit beiseitenerweise nur 5000 M. an (als "Behalt" oder "Lohn", was nach dem Kommissionsbeschluß zulassig ist. D. Red.). Der Wert des Gutes wird daher zu dem 20fachen von 25 000 M. = 500 000 M. festgestellt. Mit 500 000 M. ist das Gut aber hypothekaerisch belastet, bleibt ein Vermoegen ueberhaupt nicht uebrig. Und da der Besitzer sein Arbeitseinkommen mit nur 5000 M. angerechnet hat, kann er auch nicht einmal davon herangezogen werden. Obgleich er also ein effektives Vermoegen von 300 000 M. besitzt, braucht er keinen Pfennig Wehrbeitrag zu zahlen.

Gothein bemerkt zu diesem Beispiel:

Es ist dies das Unerhoerliche, was von agrarischer Seite bisher geleistet worden ist. Es bestaetigt aufs neue, dae die Agrarier seige bereit sind, dem Vaterland alles zu bewilligen, vorausgesetzt, dae es aus anderer Leute Taschen geht. Vom Reichsschatzamt wurde der Steueranfall allein daraus, dae an Stelle des Reinertrags das 20fache gesetzt wurde, auf 30 Millionen geschlaegt; dabei sind aber die andern unerhoerlichen neuen Vergueltigungen, so der Abzug des Wertes der eignen Arbeitsleistung, noch gar nicht beruecksichtigt.

Und so etwas machen Nationalliberale mit. Sie machen dieses Gesetz mit Zentrum und Konservativen, obgleich sie es mit einer Mehrheit der Linken in gerechter Form machen koennten! Tritt der Reichstag diesem Beschluß der Budgetkommission bei, so wuerde er damit noch unter das Niveau des preussischen Dreiklassenparlaments sinken.

Massenstreik und Groehtloedpolitik.

Mit seinem Wilmersdorfer Massenstreik-Referat ist der Genosse Dr. Frank bei seinen bueurgerlichen Groehtloed-Kompagnonen in Baden hoese angeockt. Im Mannheimer Generalanzeiger, dem Wasserermann-Organ, wird ihm entgegengehalten, dae er sich mit seinen Anschauungen in scharfen Widerspruch zu dem Genossen Kolb-Karlstruebe gesetzt habe. Dieser hatte noch drei Tage vor der Frankischen Rede in einem Volksfreund-Artikel, getrieben von der Sorge, dae "der politische Massenstreik in Preussen die ohnein schon groeheren Gegenjaehue zwischen dem "liberalen" Buergertum und dem Proletariat geradezu auf die Spitze treiben" koennte, das "Experiment des Massenstreiks" als "das untauglichste Mittel im Kampfe um die Wahlreform" in Preussen verworfen. Dem Wasserermann-Blatt gefaellt natuerlich diese "gemuelligte" Haltung viel besser, als der so ueberraschend gekommene Frankische Radikalismus, immerhin will es fuer milbernde Umstaende plaedieren, solange sich Genosse Frank mit seinen Ratschlaegen nur an das "preussische Sozialdemokratentum" wendet. Etwas ganz anderes aber ist es, wenn Frank in seinem revolutionaeren Eifer so weit geht, auch das genuemuetige Sueddeutschland und ganz besonders das liberale Mutterlaendchen Baden in die Massenstreikhaendel verstricken zu wollen. Dagegen muessig auf das entschiedenste Verwaehrung eingelegt werden:

In der denkbar scharfsten Weise wird also die Inszenierung des Massenstreiks vom Volksfreund abgelehnt. Ein Massenstreik liegt nicht im Sinne der Sueddeutschen Sozialdemokratie, denn diese weis ganz gut, dae in Sueddeutschland die bueurgerlichen liberalen Parteien energische Bekampfer des preussischen Dreiklassenwahlrechts, des



Vollständigen aller Wahlrechte, sind. Es muß dann auch gesagt sein, daß Dr. Frank mit seiner Berliner Rede bei uns in Baden keine besonders freundlichen Gefühle ausgeht hat, vorab bei den Einheitspartei, die jetzt daran sind, bei ihren Landesversammlungen die Genehmigung für das Wahlkommen einzuholen. Das Wahlkommen soll abgeschlossen werden als ein Schuß- und Trugbündnis gegen Zentrum und Reaktion. Da sollte dann doch von einem Führer der badischen Sozialdemokratie alles vermieden werden, was auf neue Meinungsversteinerungen wegen des Wahlkommens anzuwenden läßt. Es ist von einem Führer der badischen Sozialdemokratie wenig Klug, in Norddeutschland als Schatzmacher aufzutreten, wenn er im gleichen Augenblick in Baden, also damit in Süddeutschland, ein wahlaktives Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien befürwortet.

Siehe — das kommt davon!

### Um die Kavallerie.

Der Reichstag hat bekanntlich in seiner Freitagssitzung beschlossen, an dem Votum der Budgetkommission auf Streichung von drei Kavallerieregimentern festzuhalten. Zuvor war ein Antrag der Konservativen, anstatt der von der Regierung geforderten sechs Kavallerieregimenter acht zu bewilligen, abgelehnt worden. Für diesen Antrag stimmten 57 Abgeordnete, und zwar Konservative und Reichspartei, ferner die Nationalliberalen Lase und Schwabach, die Zentrumsmitglieder Dr. Preuß und Capletta, der Antisemit Rupp (Marburg) und der „Wilde“ Freiherr Seyl zu Herrnsheim. Der Stimme enthielten sich: Dr. Krenndt (Freikonservativ), Graf v. Sacken (Antil.), v. Söcher (Freikons.), Berner-Hersfeld (Antil.) und Bruhn (Antil.). Der Rest der Antisemiten hat mit nein gestimmt.

Bei der Abstimmung über Wiederherstellung der gestrichenen drei Kavallerieregimenter stimmte nur das Zentrum gespalten. Es stimmten nämlich im Gegensatz zu ihren Fraktionskollegen mit ja: Dr. Pell, Birkenmeyer, Ehrmann, Duffner, Fahrenberger, Fehrenbach, Graf Galen, Dr. Gerlach, Giesbergs, Glonowski, Gerold, Dr. Götze, Hubrich (Halsenber), Frhr. v. Kerckring zur Borg, Rohmann, Krings, Krix, Rudloff, Dr. Vender, Vejer, Fürst v. Wismar, Dr. Marcour, Marx, Pauli (Cohem), Dr. Pfeiffer, Dr. Pieper, Poppe Graf v. Prastma, Dr. Preuß, Richter, Fürst Salin, Capletta, v. Savigny, Schiffer, Schwarz (Kippstadt), Stittart, Dr. Spahn, Sperlich, Trimborn, Wallendorf, Wellstein, Dr. Werr, Dr. Zehner. Der Stimme enthielten haben sich die Fortschrittler Ahlhorn, Bruchhoff, Dr. Heßler, Dr. Raampf, Dr. Rerschensteiner, Dr. v. Schulze-Gadernitz. Die tapferen Fortschrittler trauten sich nicht die Courage zu, die Verantwortung für die durch die Streichung der drei Regimenter bedrohte „Sicherheit des Vaterlandes“ auf sich zu nehmen.

Ein Bund, der uns noch fehlt. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend der „Preußenbund“ gegründet. Nach der Kreuzzeitung ist die Gründung dieses Bundes „nicht zuletzt eine Folge der maßlosen Angriffe, welchen Preußen seit geraumer Zeit ausgesetzt ist“. Das neue Organisationsgebilde soll sich demnächst durch einen Aufruf in der Öffentlichkeit bemerkbar machen. Warten wir also ab, was dieser Bund zur Konservierung preussischer Reaktion verspricht.

Eine Antwort, die nicht gefallen wird. Auf die Rede gegen das Breslauer Jahrhundertfestspiel Gerhart Hauptmanns hat der hiesige Ausschuss für die Jahrhundertfeier in Breslau die Preise für alle Plätze in der Festhalle auf die Hälfte herabgesetzt, um weiteren Kreisen der Bevölkerung den Besuch des vielangekündigten Werkes Hauptmanns möglich zu machen. — Das war die einzig vernünftige Antwort, die auf das hyperpatriotische Respektreiben gegeben werden konnte.

Der Aufhebung der Versammlungsfreiheit kommt eine Verfügung gleich, die von der Lippischen Regierung erlassen bestätigt wurde. In einem Verlangen des Fürstentums Lippe sollte eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden, in der ein sozialdemokratischer Redner über die Wehrevorlage zu reden gedachte. Von der zuständigen Behörde wurde die Genehmigung zu dieser Versammlung mit der Begründung verweigert, daß eine solche Versammlung an einem Platze, der vom Publikum viel besucht werde, einer provokatorischen Demonstration gleichkomme, und daß diese Provokation entrüstete Gegendungen heraufbeschwöre und somit die öffentliche Sicherheit gefährden könne. Das lippische Staatsministerium hat auf die eingeleitete Beschwerde hin diese Verfügung bestätigt und, da das Gesetz bekanntlich „liberal“ gehandhabt werden soll, sich auch die Gründe des Verbots zu eigen gemacht.

Die konservative Wahlen zuhandeln. Aus dem Wahlkreis Waldeck-Pyrmont, in dem am 19. Juni die Stichwahl zwischen den Fortschrittler und der antisemitischen Dilschtruppe der Konservativen vorzunehmen ist, teilt die Frankfurter Zeitung mit: „Der Druck, welchen die Antisemiten auf die liberalen Wähler auf dem Lande ausüben, ist geradezu unerträglich. Die für Wetmeyer tretenden Bauern sagen offen, daß sie für die in Frage kommenden keinen Cente- und Feldbestellungsühren machen wollen, wenn Raumann in dem betreffenden Dorfe Stimmen bekommen sollte. In den Dörfern Albershausen, Dehringhausen, Welleringhausen, Ober-Werde, Hilerhausen wurde Wetmeyer einstimmig gewählt, in sehr vielen andern Dörfern sind die freisinnigen Stimmen zurückgegangen, weil nur ganz unabhängig dastehende Erntezinsen es wagen dürfen, eine liberale Stimme abzugeben.“

Keine politische Nachrichten. Die Anhängerin des Frauenstimmrechts Frau Vanthurk ist gegen Bürgerschaft aus dem Gefängnis entlassen worden.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Das neue Majestätsbeleidigungsgesetz.

Aus Budapest wird geschrieben: Der bereits erwähnte Gesetzentwurf, den der Justizminister dem Reichstag vorgelegt hat und dessen Annahme sicher ist, führt den Titel „Gesetzentwurf gegen Majestätsbeleidigungen und gegen Angriffe auf das Königtum“. Er hat folgenden Wortlaut:

Wer den König beleidigt oder die Maje des Königs auf eine beleidigende Art der Kritik unterzieht, wird wegen Vergehens mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft.

Wer die im obigen Absätze bestimmte Tat im Wege eines Druckwerkes, durch öffentliche Ausstellung in Schrift oder Bild oder öffentlich mit Worten begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, mit einer Geldstrafe bis zu 4000 Kronen und mit dem Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft.

Wer eine Bewegung zur Aufhebung der Institution des Königtums anregt, organisiert oder leitet oder an einer solchen Bewegung teilnimmt, wer die Institution des Königtums in Wort oder Schrift oder bildlich angreift oder gegen diese Institution aufwiegelt, begeht ein Vergehen und wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe bis zu 4000 Kronen, weiter mit dem Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft.

Das in den vorstehenden Paragraphen bestimmte Vergehen fällt, ohne Rücksicht darauf, ob dies auf dem Pressewege oder auf andere Weise verübt worden ist, in den Wirkungsbereich der ordentlichen Gerichte.

Die ganze Schwere des Gesetzes liegt in dem letzten Absätze, der die Vergehen den ordentlichen Gerichten zuweist, sie also den Schwurgerichten entzieht. In der Motivierung sagt der Minister offen, weshalb diese Änderung in dem Verfahren vorgenommen

werden soll. Er gibt zu, daß die in dem Gesetze bedrohten Vergehen in den Wirkungsbereich der Schwurgerichte gehören. Nach den Erhebungen der letzten Jahre habe jedoch das Schwurgericht dem König gegen Beleidigungen keinen Schutz geboten. Es unterliege daher keinem Zweifel, daß die freisprechenden Urteile andere Personen ermutigten und daß sie geeignet sind, die Autorität des Königs zu schmälern. Dies soll das neue Gesetz verhindern.

### Frankreich.

#### Der Kampf um die drei Jahre.

Paris, 16. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer kämpfte Albert Thomas, Mitglied der Vereinigten Sozialisten, die dreijährige Dienstzeit vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, denn diese würde der Landwirtschaft und der Industrie noch 200 000 Arbeiter entziehen, welche dann durch fremde ersetzt werden müßten, was für die Provinzen im Osten eine neue Gefahr bedeute.

Der Ministerpräsident versicherte, daß der Oberste Kriegsrat alle vorgeschlagenen Lösungen, die den deutschen Alliierten begebenen, geprüft habe, daß er alle Einwendungen erzwungen und sich einmütig und frei für die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen habe. Das Gericht, daß der Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstzeit insoweit im letzten Sommer zwischen dem Kaiser von Rußland und dem Präsidenten der Republik abgeschlossenen Uebereinkommens eingebracht worden und Frankreich sich seiner Freiheit begeben habe, sei unbegründet. Ferner erklärte der Ministerpräsident, die von Frankreich geforderte Anstrengung sei keine Herausforderung, sondern eine Erwiderung. (Lebh. Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Banken.) Barthou sagte noch hinzu, daß das veränderte Rußland gleichfalls die nötigen Anstrengungen mache, damit die französische und die russische Armee bereit seien, allen Eventualitäten zu begegnen. (Langanhaltende Bewegung auf allen Banken und Beifall.)

Kriegsminister Etienne erklärte: Ein Kriegsminister, der nicht sofort Gegenmaßnahmen gefordert hätte, nachdem er erfahren hätte, daß die deutsche Armee von 700 000 auf 850 000 Mann gebracht werde, würde gegen seine Pflicht verstoßen haben. (Lebh. Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Banken.) Der Minister schloß: Wollen Sie, daß das Land einer Gefahr entgegenzutreten kann, die es jeden Tag bedrohen kann, oder wollen Sie es der Gnade der Gegner ausliefern? Wenn man gegen unsern Willen Krieg führen will, so wollen wir dann eine Armee besitzen, die wirksam ist, ihn daran zu hindern, daß wir unsern Platz in Europa behaupten können. Wenn das verlangte Instrument nicht vorhanden ist, wird es dem Lande den Frieden garantieren, für den es so viele Opfer gebracht hat. Wollen Sie ein lebenskräftiges Frankreich oder ein Frankreich, das ein gedemütigtes Dasein führt? Sie werden darüber zu entscheiden haben. Wir befinden uns in einer feierlichen Stunde. Wir sind überzeugt, daß es sich um das Heil des Landes handelt. (Lebhafte Beifall auf verschiedenen Banken.)

Darauf wurde der Schluß der Debatte mit 435 gegen 125 Stimmen beschlossen.

Bailant brachte einen Antrag ein, in dem die Auflösung der Kammer gefordert wird, um die Wähler über die Rückbehaltung der Jahreklasse unter den Fahnen und über die Verlängerung des Militärdienstes zu befragen. Der Antrag wurde mit 412 gegen 140 Stimmen abgelehnt und die Sitzung aufgehoben.

### Italien.

#### Hundert Millionen für Sibgen bewilligt.

In zwölfster Stunde, in der letzten Sitzung vor dem Eintritt in die Sommerferien, hat die italienische Kammer Glottti noch den Beschlüssen, den geforderten Kolonialkredit von 100 Millionen für die Ausgaben in Sibgen zu bewilligen. Gegen das Gesetz stimmten nur die Sozialisten, die Reformisten und einige Republikaner. Dieses Votum ist die letzte Leistung dieser Kammer. In den 4 1/2 Jahren ihres Wirkens hat sie nichts Gutes geleistet außer der ihr vom Ministerpräsidenten ausgesetzten Wahlreform, die hoffentlich ein für allemal mit einer Kammer dieses Schlages aufräumen wird.

#### Der Generalstreik in Mailand.

Ueber die Durchführung des Mailänder Generalstreiks vom Montag liegen noch keine vertrauenswürdigem Meldungen vor. Der Mailänder Korrespondent versichert, daß die Aktion mißlungen sei. Das Woffische Telegrammbureau verbreitet folgende Depesche: Mailand, 17. Juni. Infolge des für gestern beschlossenen Generalstreiks hatten die Behörden alle Maßregeln getroffen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nach einer Versammlung in der Straße Francesco Sforza kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden, die sich nach dem Demoplag begeben wollten, und der Polizei. Kavallerie griff die Manifestanten an. Ein Leutnant der Kavallerie wurde durch einen Messerstich, mehrere Soldaten wurden durch Steinwürfe und Stockschläge verletzt. Von den Manifestanten wurden drei leicht verwundet. Schließlich wurde die Menge auseinandergetrieben und viele Verhaftungen vorgenommen. Gegen 10 Uhr abends gelangten neuerlich kleine Gruppen Manifestanten auf den Demoplag, wurden aber bald wieder von der Polizei zerstreut. Das Leben in der Stadt ist ganz normal. Die Beleuchtung war nicht gestört, nur der Straßenbahnverkehr wurde nach 6 Uhr abends eingestellt.

### Niederlande.

#### Der dritte Tag der Provinzialwahlen.

Amsterdam, 14. Juni. Auch am dritten Tage der Provinzialwahlen hat die sozialdemokratische Partei gut abgeschnitten. In Amsterdam z. B. liegt ihre Stimmenzahl im dritten Kreis von 3044 auf 6824, im fünften Kreis von 2036 auf 4086, im neunten Kreis von 4170 auf 7061, in Rotterdam im ersten Kreis von 1951 auf 3510, im zweiten Kreis von 1301 auf 3164, im vierten Kreis von 1310 auf 3850, im Haag von 3820 auf 8891, in Utrecht im ersten Kreis von 728 auf 1925, im zweiten Kreis von 589 auf 2504, in Haarlem von 804 auf 3001, in Groningen von 1208 auf 2758 usw. Es gibt eigentlich keinen Wahlkreis im ganzen Lande, in dem nicht ein überwältigender Stimmenzuwachs zu verzeichnen ist.

### Marokko.

#### Die Spanier bei Tetuan.

Paris, 16. Juni. Wie aus Tetuan gemeldet wird, haben die Spanier am 14. d. M. nach erbittertem Kampfe die Höhen von Boufekren genommen. Die spanischen Verluste beliefen sich auf fünf Offiziere und etwa 80 Mann, die der Mauren auf über 300 Tote.

### Brasilien.

#### Eine Polizeimeuterei oder ein politischer Putz?

Rio de Janeiro, 17. Juni. Die Polizei hat gemeutert. Der Kommandant ist verletzt worden. Der Gouverneur ist mit seiner Familie und Freunden in das Hauptquartier geflohen.

Rio de Janeiro, 17. Juni. Die Reuterer von Manaos drangen in die Geschäftsräume der Manaosimprovements Company ein und zerstörten sie.

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Arbeiterbildung auf dem Lande.

Die Landesversammlung in Plauen wird sich mit einem Antrage beschäftigen, in einzelnen Bezirken Lehrkräfte anzustellen, deren Aufgabe es sein soll, in den ländlichen und kleinstädtischen Orten wissenschaftliche Vortrags- und Unterrichtskurse abzuhalten. Es wäre zu wünschen, daß der Antrag Annahme findet. Der Gedanke, durch

systematische Lehrkurse die Arbeiterbildung zu fördern, hat seit langem Anerkennung gefunden; am nachdrücklichsten ist bei der Anstellung von Wanderlehrern, die das ganze Deutsche Reich bereisen. Die Berichte sowohl des Zentralbildungsausschusses in Berlin als auch die der lokalen Bildungsausschüsse lehren, daß auf der betretenen Bahn weitergegangen werden muß. Leider scheiden bei der Inanspruchnahme der Lehrkräfte des Zentralbildungsausschusses die allermeisten Parteiorde aus. Im Geschäftsjahr 1911/12 — der letzte liegt noch nicht vor — sind im Deutschen Reich vom Bildungsausschuß 128 Kurse veranstaltet worden. Zweifelslos wäre ihre Zahl größer, wenn nicht die Reichstagswahlen mitten in den Zeitraum der Veranstaltungen hineingefallen wären. Immerhin bleiben gegenüber Hunderten die Tausende von Orten, in denen Lehrkurse mit bestem Erfolge abgehalten werden könnten, unberücksichtigt. Die Lehrtätigkeit des Zentralbildungsausschusses bleibt fast ausschließlich auf die wenigen Großstädte beschränkt. Sicher haben alle Parteigenossen den Wunsch, daß diesem Uebelstande abgeholfen werden möge. Es fragt sich nur, wie das am besten zu erreichen ist. Mit einer einfachen Vermehrung der Lehrkräfte des Zentralbildungsausschusses wäre es noch nicht getan.

Für die allermeisten kleineren Parteiorde — und diese stellen in der Parteioorganisation noch die weit überwiegende Mehrzahl dar — sind die bisherigen Kosten zu hoch. Sie betragen 1911/12 pro Vortrag 33 Mk. oder pro Kursus von sechs Abenden rund 200 Mk. im Durchschnitt. Das können große Städte mit mehreren hundert Teilnehmern aufbringen; nicht aber die kleinen Ortschaften, die im günstigsten Falle ein halbes Hundert zu stellen vermögen. Hier müssen, wie es der vorerwähnte Antrag will, die Bezirkskassen eingreifen. Werden für Bezirke Lehrkräfte angestellt, so würde auch ein Teil der jetzt notwendig entstehenden Unkosten in Wegfall kommen. Das kleinere Tätigkeitsgebiet der Bezirkswanderlehrer würde es ihnen ermöglichen, in den meisten Fällen abends ihre Wohnung wieder zu erreichen, so daß ein großer Teil der jetzt für Uebernachtung und Beköstigung außerhalb des Hauses zu leistenden Diäten gespart würden. Die Kursteilnehmer hätten selbstverständlich einen bestimmten Betrag zu zahlen. Was dann an Ausgaben verbleibt, müßte die Bezirkskassen tragen. So wäre es möglich, den Kreis der an den Kursen beteiligten Personen um ein Erkleckliches weiter zu fassen.

Auch aus andern Gründen wäre die Anstellung von Lehrkräften für die „kleinstädtischen und ländlichen Orte“ zu wünschen. Auf dem Lande fehlt es leider bis jetzt so gut wie in allen Bildungsmitteln der Arbeiter. Gewiß gibt es in einer Anzahl von Ortschaften kleine — meist sehr dürftige — Bibliotheken. Aber es fehlt an der nötigen Anregung, sie zu benutzen. In dieser Beziehung würde ein Kursus wenigstens für einige Monate Wandel schaffen. Und wo alle Jahre ein Kursus abgehalten wird, würde sich, das haben die bisherigen Erfahrungen bestätigt, das Lesebedürfnis bald beträchtlich steigern. Das wieder müßte die Werbekraft unserer tätigen Genossen heben. Wie oft hört man sagen: es fehlt nicht an Eifer zur Agitation; wohl aber ist es uns nicht möglich, den Einwänden der noch Fernstehenden mit durchschlagenden Argumenten entgegenzutreten. Das ist weder zu verwundern noch ein Zufall. Auf dem Lande wurzelt die bürgerliche Denkwiese fester als in der Stadt. Der stetig gleichmäßige Gang täglichen Schaffens und Geschehens, enge Bekanntschaft von Kindesbeinen an mit den aus bürgerlichen Interessen rein bürgerlich denkenden Leuten des Ortes; die immer noch große Anziehungskraft der bürgerlichen Sport- und Klubbvereine und viele andre Umstände können nichts anderes bewirken. Zu solchem Milieu gehört vielleicht nicht nur mehr Zügigkeit, sondern auch eine größere Beschlagenheit und Schlagfertigkeit zu erfolgreicher Agitation, als beim Großstadtproletariat. Wohlan, die Bildungskurse können die Wege zu diesem Ziele ebnen helfen.

Durch Vorträge wird ja schon jetzt versucht, bis in die kleinsten Dörfer zu dringen. Die Arbeit war, wie wir alle wissen, nicht ohne Erfolg. Aber die Zahl und die Zeit der dieser Arbeit zur Verfügung stehenden Genossen ist auch nicht allzu groß. Sparjamkeitsgründe, eingegeben durch die geringen Mitgliederzahlen und winzigen Kassenmittel, halten auch manche Ortsverwaltung davon ab, das zu tun, was sich auf diesem Gebiete tun ließe. Ueberdies wird ein einziger Kursus, richtig angelegt, mehr Nutzen bringen, als allmonatlich gegebene, sich naturgemäß über eine ganze Reihe von Gebieten erstreckende Vorträge es vermöchten. Die eingehende Behandlung eines bedeutend beschränkten Gebiets muß naturgemäß bessere Früchte tragen. Sicher müßte in den Landorten, wo weber Arbeiterbildungsvereine noch andre vorgearbeitet haben und zudem die Ueberwindung des bürgerlichen Denkens weit größere Schwierigkeiten macht, weit weniger Gewicht auf die Mitteilung eines großen Tatsachenmaterials als auf die Erweckung klarer Vorstellungen auf den vorher mit weitem Bedacht begrenzten Gebieten gelegt werden. Es gilt zunächst eine Brücke zu bauen, die hinüber- und herüberleitet. Ist das auch gerade keine leichte, so doch eine aufs höchste lohnende Arbeit.

Daß die in den Landorten wohnenden Arbeiter derartigen Veranstaltungen Interesse entgegenbringen, darüber wird es wohl keine großen Zweifel geben. Wenn doch, so beweisen eine Reihe von Beispielen, daß sie nicht berechtigt sind. Aus dem achten Reichstagswahlkreise, wo der Genosse Rühle eine Reihe von Kursen abgehalten hat, wird man das bestätigen. In diesem Winter fand auch in Pilsnith-Großhörsdorf-Breitnig ein sechs Abende umfassender Kursus des Genossen Rühle statt. Daran waren bis zu 100, nie unter 75 Personen beteiligt. Desgleichen wurde in andern Orten der sächsischen Lausitz, aus der ja der Antrag kommt, ein wirtschaftsgeschichtlicher Kursus abgehalten; so in Zittau, Seiffenrersdorf, Ruppersdorf, Reichenau, Ostritz, Neugersdorf, Taubenheim, Ebersbach, Kamenz, Demitz. In diesen zehn Orten nahmen 638 Personen teil, von denen im Durchschnitt der sechs Abende 403 anwesend waren. (Näheres Neue Zeit, 31. Jahrgang, Band 2, Seite 316.) Ungünstiger als in der Lausitz, dürfte es in dieser Beziehung in andern Teilen Sachsens kaum liegen. Waren hier die Beteiligungsziffern auch nicht gerade hoch — sie könnten es in Anbetracht der geringen Zahlen organisierter Arbeiter auch nicht sein — so zeigt doch die durchschnittliche Beteiligungsziffer, daß sich so der Bildungstätigkeit ein dankbares Feld eröffnet.

Selbstverständlich wird die Landesversammlung es nicht ohne weiteres allen Bezirken zur Pflicht machen wollen, auf



alle Fälle Lehrkräfte anzustellen. Auch hier ist zunächst ein schrittweises Vorgehen zu empfehlen. Es genügt, wenn in einigen Bezirken der Anfang gemacht wird. Es wird sich dann ganz von selbst zeigen, daß eine planmäßig und systematisch betriebene Bildungstätigkeit, bewirkt von Genossen, die neben dem erforderlichen Wissen auch über einiges pädagogische Talent verfügen, die außerdem ihre ganze Kraft dieser hohen Aufgabe widmen können, weit bessere Früchte trägt, als die bisherige, die nebenamtlich zu bewältigen versucht und infolgedessen unter einer Ueberlast anderer Berufsarbeiten erdrückt wurde.

#### Streit um Almosen.

Er. Die 1880 geborene ledige Fabrikarbeiterin B. verzog am 1. Oktober 1910 von Leipzig, wo sie ihren Unterstüßungswohnort hatte, nach Glauchau zu ihrem Vater, an den sie, zugleich für ihren am 10. Februar 1900 geborenen Knaben, für Kost und Wohnung wöchentlich 10 Mk. abgab. Am 29. April 1911 hat sie den Stadtrat zu Glauchau um eine Unterstüßung aus öffentlichen Mitteln, da sie wöchentlich nur sechs Mark verdiene, der außerordentliche Vater aber für sein Kind nichts zahle. Glauchau hat dem auch für einige Zeit Unterstüßung gewährt, die von Leipzig erstattet wurde. Später kam es jedoch zwischen den beiden Ortsarmenverbänden zu Differenzen. Die Kindesmutter war erkrankt und am 8. Januar 1911 zwecks geeigneter Behandlung auf Kosten der Ortskrankenkasse Glauchau ins Krankenhaus gebracht worden. Trotzdem hatte auch der Ortsarmenverband Glauchau wieder unterstüßt, weil für das Kind gefordert werden mußte. Diesmal wies Leipzig den Gestaltungsanspruch zurück; es wurde bestritten, daß eine Hilfsbedürftigkeit im armenrechtlichen Sinne vorliege, und außerdem geltend gemacht, daß die B. inzwischen ihren Unterstüßungswohnort in Leipzig verloren habe. Die Kreisshauptmannschaft erkannte auf Abweisung des Klageanspruchs, indem sie die Hilfsbedürftigkeit auf die fragliche Zeit verneint. Das Kind habe an die Kasse einen rechtlichen Anspruch von 2,70 Mk. wöchentlich (Angehörigenunterstüßung) gehabt. Davon hätte es ganz gut unterhalten werden können. Wenn der Armenverband Glauchau diesen Anspruch bei der Kasse nicht geltend gemacht habe, so sei es seine Schuld gewesen. Hinzu komme, daß der Großvater wöchentlich 27 Mk. verdiene, also ebenfalls in der Lage war, für sein Kind etwas abzugeben. Gegen diesen Urteil legte Glauchau Berufung ein; die B. sei auch nach dem 8. Januar 1911 noch Hilfsbedürftig gewesen. Die ihrem Kinde von der Kasse zustehende Unterstüßung hätte nicht zur Befreiung des notwendigen Unterhalts ausgereicht und wäre überdies auch erst nach der Entlassung der Mutter aus dem Krankenhaus ausbezahlt worden. In der Zwischenzeit habe also das Kind nichts gehabt und hätte daher unterstüßt werden müssen. Der Großvater werde für sein Entgelt nichts abgeben können, da in dem Wochenlohn von 27 Mk. noch der Verdienst eines Gehilfen stecke. Leipzig machte demgegenüber geltend, daß die 2,70 Mk. Angehörigenunterstüßung für das Kind sehr wohl ausgereicht hätten. Die Unterstüßungssätze des 1870er Tariffs seien sogar bedeutend niedriger. Glauchau habe keine ersichtlichen Schritte bei der Kasse unternommen, sonst würde die Unterstüßung für das Kind ausbezahlt worden sein. Leipzig hätte schon die im Sommer 1911 gewährte Unterstüßung nicht erstatten brauchen, wenn es nicht von Glauchau durch unrichtige Angaben über die Verdienstsverhältnisse der B. irregeführt worden wäre. Das Oberverwaltungsgericht hat die Berufung verworfen, indem es in der Hauptsache den Anschauungen des Leipziger Ortsarmenverbands beitrug.

#### Aus den Organisationen.

s. Die Generalsversammlung des 20. sächsischen Reichstagswahlkreises fand am Sonntag in Pöckau-Lengsfeld statt. Nach dem Berichte des Kreisvorstandes geht es auch in diesem schwarzen Winkel des Erzgebirges, wenn auch langsam, so doch sicher vorwärts. Trotz der nach der letzten Reichstagswahl allgemein eingetretenen Stagnation ist die Zahl der Mitglieder sowohl als die der Abonnenten auf die Erzgebirgische Volksstimme im Steigen begriffen. Lebhaftes Interesse erweckten die Gemeinderatswahlen. Bei einer Beteiligung von 28 Orten errangen wir 16 neue Mandate, so daß sich unsere Vertreterzahl auf 84 beläuft. Die Gebiete der Frauen- und Jugendbewegung sind besonders im Erzgebirge sehr schwierig zu bearbeiten, da es vielfach noch an den geeigneten Kräften fehlt. Der Anfang ist aber gemacht, und es ist Aussicht vorhanden, die Schwierigkeiten, die sich bisher in den Weg gestellt haben, zu überwinden. Das Bildungswesen hat sich gut entwickelt und die Bibliotheken zählen etwa 1000 Bände. Eine der schwierigsten Fragen ist die Volkshilfe. In 89 Orten stehen uns nur 28 Votale zur Verfügung. Nach dem Berichte der Prehominmission ist die Volksstimme in der besten Entwicklung begriffen. Die in den letzten Jahren erkannten hohen Strafen haben nicht vermocht, der Entwicklung des Unternehmens Einhalt zu tun. Es wurden sodann noch die Landesversammlung und der Parteitag in Jena besprochen und die Delegierten hierzu gewählt.

Ein zweiter Gnadenakt. König Friedrich August hat aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers auch 86 Zivilpersonen die Strafe erlassen oder zum Teil gemindert. Näheres über den zweiten Gnadenakt erfährt man aus dem Dresdner Journal nicht.

Abgelehnte Subvention. Die sächsische Regierung hat bei der Reichsregierung beantragt, die 1915 stattfindende deutsche Danzwerkausstellung mit 100 000 Mk. zu unterstützen. Sachsen und die Stadt Dresden haben sich zu einem gleichen Betrage bereit erklärt. Das Reichsamt des Innern hat jedoch diesen Wunsch abgelehnt. Das Reichsamt des Innern hat jedoch diesen Wunsch abgelehnt, da einer finanziellen Unterstüßung inländischer Ausstellungen grundsätzliche Bedenken entgegenstünden.

Dresden. Das Landgericht verurteilte den 61 Jahre alten Oberlehrer Reichel wegen Sittlichkeitsverbrechen, deren er sich an Schulkinder schuldig gemacht hatte, zu 1 Jahr und 4 Monaten Gefängnis. Wegen Mordverdachts wurde er sofort in Haft genommen, jedoch nach Hinterlegung von 3000 Mk. Kaution auf freien Fuß gesetzt. Reichel ist nach ärztlichem Gutachten ein durch Alkoholgenuss degenerierter Mensch. Bis in die letzte Zeit hinein erfreute er sich aber eines großen Ansehens.

Großhain. Die Ärzte des Bezirks Großhain, wozu die Orte Großhain, Kiesa, Gröba, Gröbke, Priestewitz und Zerschwitz gehören, geben bekannt, daß sie Sprechkunden an Sonn- und Feiertagen nicht mehr abhalten. Dringende Fälle werden jederzeit, also auch Sonn- und Feiertags, behandelt.

Burgstädt. Das hiesige Amtsblatt enthielt kürzlich ein Eingekandt vom Bürgermeister Roth, das sich mit dem Kaiserjubiläum beschäftigt. Daraus geht hervor, daß der Stadtrat beschloffen hatte, für einen Kommerz die Kosten der Musik aus städtischen Mitteln zu übernehmen. Da das Zahlen eine schwache Seite der Herren Patrioten ist, so regten sie an, die Stadt möge die ganzen Kosten übernehmen. Dazu hatte aber der Bürgermeister keinen Auftrag und er gab den Herren anheim, eine mögliche Geldhilfe für die Programme zu erheben, er werde einem entsprechenden Gesuche keine Schwierigkeiten bereiten. Daraus hat der Bürgermeister die Mitteilung erhalten, daß die vereinigten Militärvereine mit Rücksicht auf die Kostenfrage keinen Kommerz veranstalten könnten, zumal auch auf die Unterstüßung durch andre Vereine nicht zu rechnen sei. Mit den „andern“ Vereinen hat es eine eigne Bewandnis. Es war nämlich der „Major“ der Schützengesellschaft geforscht. Der Mann war auch Weiser. Nun erheben die Schützen sowohl als auch der Militärverein das Recht, über das Grab zu schießen. Zur Stunde der Beerdigung stellte der Militärverein den Schützen noch

ein Ultimatum, von ihrem freudigen Unternehmen, die Salutschüsse abgeben zu wollen, abzusehen. Vergeblich. Darauf kommandierte der Militärverein regimenterweise. Die Mitglieder, die sich dennoch beteiligen wollten, hatten Orden und Ehrenzeichen abzulegen. So war die Eintracht aller Patrioten in die Brüche gegangen und es konnte kein Kommerz zu Kaiserjubiläum stattfinden, weil der „Major“ zu unrecht Zeit gestorben war.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Von der Friedrich-August-Brücke in Dresden stürzte sich ein Herr, der sich in der Begleitung zweier Damen und eines andern Herrn befand, in die Elbe. Von einem Pionier und einem Wundarmen gemachte Rettungsversuche blieben erfolglos. Die Begleiter hatten sich in dem Augenblicke des Selbstmordes schleunigst nach der Altstadt zu entfernen und konnten nicht ermittelt werden. — In einer Zwirnfabrik geriet in Dresden ein Saalaufer beim Entfernern einer zerrissenen Spindelschnur mit dem rechten Unterarm auf die Trommel einer Spinnmaschine und erlitt einen doppelten Knochenbruch und eine Zerletzung der Fieschen. — In Oberquitz bei Baugen tödete der 23jährige Pentik seine Geliebte, die 17jährige Krentz aus Baugen, durch zwei Schüsse in die Schläfe. Darauf erschoss er sich selbst. Eifersucht soll das Motiv zur Tat sein. — Beim Weg von Zementzieblen stürzte auf dem Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses in Plauen der Handarbeiter Richard Schubert drei Meter tief ab und brach den linken Unterarm. — In Limbach i. B. starb der Feuerwehrmann Oswald Seifert an Blutvergiftung. Er hatte sich bei einer Feuerverhütung an einer Viehhofe eine Verletzung zugezogen und der Wunde keine Bedeutung beigelegt. — Der 37 Jahre alte Tuchfabrikant Rudolph Hübner aus Pitzkau unternahm am Sonntag mit Frau und Tochter sowie einem Onkel, dem Direktor Thomas und dessen 11jähriger Tochter, einen Automobilausflug nach Böhmern. Zwischen Weißwasser und Hainrawasser sprang ein heißgelaufenes Rad vom Wagen. Das Automobil überschlug sich und die Insassen wurden herausgeschleudert. Hübner war sofort tot, Thomas brach den linken Arm, Frau Hübner soll eine Gehirnverletzung davongetragen haben. Die übrigen Insassen kamen mit unerschütterlichen Hautabschürfungen davon.

### Aus den Nachbargebieten.

#### Ein dreifacher Terrorismuswindel enthüllt.

Aus der in Sangerhausen erscheinenden Ruffhauerzeitung ging vorige Woche in konservativer und andre „staatsbehaltende“ Blätter die schauerliche Terrorismandate über, daß am Tage vor der Landtagswahl zu einem konservativ-nationalliberalen Lager, vom dem Bierverleger Traubert, eine Deputation der Sozialdemokratie gekommen sei und ihm die Frage vorgelegt habe, ob er sein Mandat als bürgerlicher Wahlmann ausüben wolle. Als das bejaht worden sei, wäre ihm bedeutet worden, daß er dann wohl in die Lage kommen würde, sein Bier selber zu trinken. Daraus sei der Kaufmann nicht zur Wahl nach Kertzen gefahren. Der Kernste soll so arg in Schrecken versetzt worden sein, daß er zu dem national-liberalen Landtagsabgeordneten Knoblauch, dem Bürgermeister und Polizeigewaltigen Sangerhausens, lief, und diesem sofort Meldung von der schweren Wahlbeeinflussung der sozialdemokratischen Deputation machte. Doch bald wurde die ganze Geschichte als blauer Schwindel enthüllt. Auf Grund des Zeitungsausschnitts ging jetzt wirklich eine sozialdemokratische Deputation zu dem Bierverleger, um ihn über den Fall zu befragen. Und da erklärte er, daß zwei betrunkene Junge Leute, die er nicht näher kenne (!), die Uebelthäter gewesen seien. Er unterzeichnete außerdem folgende Erklärung: „Befehliche hiermit, daß eine Deputation der Sozialdemokratie nicht bei mir gewesen ist; von welcher Partei die beiden Herren waren, welche mich auf der Straße, vor einem Geschäft ansprachen, weiß ich nicht.“ Diese Erklärung legten unsere Genossen nun dem „Hauptkürstler“ der Ruffhauerzeitung, einem Herrn von Floitzell, vor und verlangten auf Grund derselben eine Verächtlichung. Statt einer solchen Verächtlichung brachte der eifrigste Herr die neue verleumderische Behauptung, daß der Kaufmann Traubert die obige Erklärung nur unter dem Druck unserer Genossen abgegeben habe.

Um dieser ungläublichen Dreifaltigkeit entgegenzutreten, veranstalteten unsere Genossen eine große öffentliche Versammlung, in der nach einem Reserät über: Terrorismandate und Landtagswahl der Fall Traubert behandelt werden sollte. Herr v. Floitzell, der Abg. Bürgermeister Knoblauch und der Kaufmann Traubert wurden dazu eingeladen. Es kam jedoch nur der letztere. Nach einer ausführlichen Besprechung der Entwicklung der Schauermärkte stimmte Traubert folgender schriftlich niedergelegten und öffentlich verlesenen Erklärung zu: „Der Bierverleger Traubert erklärt hiermit, daß die Mitteilungen der Ruffhauerzeitung über den sozialdemokratischen Terrorismandat unwahr sind. Er erklärt insbesondere, daß er dem Bürgermeister Knoblauch nicht gefolgt habe, daß eine Deputation der sozialdemokratischen Partei bei ihm gewesen ist.“ Herr Traubert, der in der Diskussion schon wiederholt erklärt hatte, daß die Mitteilung der konservativen Zeitung unwahr sei, stellte nach Verlesung der schriftlichen Erklärung nochmals ausdrücklich fest, daß er die Wendung von der sozialdemokratischen Deputation dem Landtagsabgeordneten Bürgermeister Knoblauch gegenüber nicht gebraucht habe.

Interessant ist auch, daß Traubert überhaupt gegen sein Wissen als Wahlmann aufgestellt war.

Altenburg. Die das Amts- und Nachrichtenblatt meldet, hat der Herzog aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers das Ministerium für Justizangelegenheiten beauftragt, ihm geeignete Vorschläge zu Straferlassen zu unterbreiten. Diese Vorschläge sollen vornehmlich auf solche Personen gerichtet werden, die zu ihren Straftaten durch Not, Leichtsinns, Unbesonnenheit oder Verführung veranlaßt worden sind.

Halle a. S. Als der erst Ostern aus der Schule entlassene Sohn des Bergmanns Siebide in Nietleben den Jung auf dem dortigen Bahnhofs bestieg, um seine hiesige Arbeitsstätte aufzusuchen, rutschte er aus und kam unter die Räder, so daß ihm Kopf und Fuß gepaltes wurde. Er war sofort tot.

Gera. Die Regierung von Meuß i. L. gibt bekannt, daß der Fürst aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers eine Amnestie erläßt, die Gefängnisstrafen bis zur Höhe von sechs Wochen, Haft und Geldstrafen einbezieht.

Andolstadt. Die Rudolstädter Landeszeitung meldet, der Fürst von Schwarzburg-Andolstadt habe anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers Strafen in weitem Umfang erlassen oder gemindert. Die Gnadenurteile sollen vornehmlich solche Personen treffen, die durch Not, Leichtsinns, Unbesonnenheit oder Verführung zu Straftaten veranlaßt worden sind.

Greiz. Auf dem Schützenfeste in Pohlitz hatte auch eine Sektzüngruppe ihr Werk aufgestellt. Als der Sektzüngr auf dem 14 Meter hohen Turm sein Könnst zeigte, stürzte plötzlich das Gerüst in sich zusammen. Eins der spannenden Drahtseile war gerissen. Beim Einsturz wurde der siebenjährige einzige Sohn des Wärdmeisters Pempel von einem Mast so unglücklich getroffen, daß das Kind einen schweren Schädelbruch erlitt. Auch der abgestürzte Sektzüngr ist schwer verletzt, da er außer Fleischwunden eine Verstauchung des Rückgrates erlitt.

Nordhausen. Als in den letzten Jahren die von den städtischen Körperschaften beschlossene Ortszulage für die Lehrer an den Volks- und Mittelschulen von der Regierung zu Erfurt nicht genehmigt wurde, wandten sich die Lehrer an den Unterrichtsminister von Troit zu Solz, der die Genehmigung der Ortszulagen ausgesprochen hat.

## Gerichtssaal.

### Landgericht.

Der schlaue Stallschweizer. In einer Versammlung des Stallschweizerbundes, die am 20. April tagte, hatte der Stallschweizer Jakob Wächter einen alten Bekannten, den Oberstallschweizer Ludwig L., wiedergelesen. Bei dessen Bruder hatte er logiert. Am folgenden Tage machte W. die betrübliche Beobachtung, daß sein Geld alle geworden war. Da soll ihm von zwei Bekannten der Rat gegeben worden sein, an die Frau des Oberstallschweizers aufzusehen als ihr Mann um Geld zu telegraphieren. Er tat es, indem er ein Telegramm folgenden Inhalts aufgab: „Bitte telegraphisch 60 Mk. postlagernd Marktberg, kann nicht weiter. Ludwig.“ Die Frau ließ dann den verlangten Betrag auch anweisen. Das Geld will W. mit dem Bekannten geteilt haben. Wegen Urkundenfälschung und Betrugs wurde W. zu 2 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Bauernfänger. Für einen bereits wegen Bauernfängerlei bestraften Menschen, einen gewissen Merck, hat der Erdarbeiter Ludwig Kwapin mehrere Male den Zutritt gemacht. In seiner Wohnung ist dann mit den unerfahrenen Opfern 17 und 4 gespielt worden, wobei einem von diesen, einem Arbeiter, 105 Mark betrügerischerweise abgenommen worden sind. Kwapin ist später als sein Komplize ermittelt worden, weshalb er sich erst jetzt vor Gericht zu verantworten hatte. Er wurde mit drei Monaten Gefängnis bestraft.

Rauchwaren Diebstähle. Die Markthelfer Otto Hermann Reinisch, 39 Jahre alt, Oskar Richard Böbel, 38 Jahre alt, und Heinrich Wazwig, 28 Jahre alt, haben gemeinschaftlich den Rauchwarenfirma Rosenfelder und Sohn große Posten Felle gestohlen. Die Anklage nimmt einen Wert von 18 750 Mk. an. Die Angeklagten gestanden die Diebstähle ein, sie bestritten jedoch, daß der Wert und die Zahl der Felle so hoch seien. Das Gericht legte denn bei seinem Urteil auch nur denjenigen Wert zugrunde, den die Angeklagten selber zugestanden. Danach wurde R. zu 1 Jahr 3 Monaten, W. zu 1 Jahr und B. zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der 24 Jahre alte Händler Wenzel Gottlieb, der die Felle geholt hatte, wurde wegen gewohnheits- und gewerbmäßiger Fehler zu 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Ehrenrechte wurden den Angeklagten auf 3 resp. 2 Jahre aberkannt.

Ein patriotischer Vereinskassierer war der 38 Jahre alte Brauereibesitzer Robert Alwin Jägsche in Pöhlitz bei Vorna. Er war Mitglied in fünf Vereinen, darunter im Gesangsverein Liebertal, im Vobstädter Turnverein, im Militärverein, bei der Feuerwehr und noch einem andern Verein. Im Gesangsverein und im Turnverein bekleidete er Vorstandämter. Seine Vereinskassierei hat ihm viel Geld gekostet, so daß er mit seinem Verdienst nicht auskommen konnte. Er unterschlug deshalb als Kassierer des Gesangsvereins 92,57 Mk. und 14,10 Mk.; um die letztere Unterschlagung zu verdecken, fälschte er eine Quittung des Armenamtes. Als Vorstand des Turnvereins hat er für die Mitglieder von einer Firma eine Anzahl Turnerschuhe auf Kredit bezogen, hat von den Mitgliedern auch die Beträge einkassiert, sie aber nicht an die Firma abgeliefert. Dadurch ist die Firma um 93,92 Mk. betrogen worden. Als die Unterschlagungen ans Licht zu kommen drohten, sagte J. den Turnvereinsmitgliedern, daß er für die Mitglieder von einer Firma eine Geldkassette zu stellen. Einem Nachts, nachdem er bis dahin Karten gespielt hatte, stieg er bei Boigt ein und stahl die Kassette, in der sich 612 Mk. befanden. Das Geld versteckte J. in seinem Polstuhle, die Kassette warf er in die Pleiße. Der Verdacht des Diebstahls lenkte sich jedoch auf J. und schon am andern Tage ist das gestohlene Geld bei ihm gefunden worden. Er gab zu seiner Entschuldigung an, daß er neben den vielen Ausgaben für die Vereine auch häufig in Wirtschaften verkehrt habe, weil er mit seiner zweiten Frau in Unfrieden lebe. Der bis hierher noch nicht bestrafte Mann wurde wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und schweren Diebstahls zu acht Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Zuhälter. Der 28 Jahre alte Dachdecker Eduard Paul Böwe aus Lindenau wurde wegen Zuhälterei zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Ferner wurde Ueberweisung an die Landespolizeibehörde und Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Eine Schwindlerin ist die 45 Jahre alte Wirtschaftlerin Elisabeth Auguste geschiedene Berger, die wegen Betrüglerien bereits zweimal je ein Jahr Gefängnis absolviert hat. Sie hatte neuerdings bei einem Lokomotivführer D. in Lausitz eine Stelle als Wirtschaftlerin angetreten, benutzte aber nach zwei Tagen die Abwesenheit ihres Diensthebers, um mit dem Wirtschaftselde von 20 Mk. und einer Damenuhr zu verschwinden. Außerdem hatte sie dem Lokomotivführer unter schwindelhaften Angaben noch ein Darlehen von 45 Mk. entlockt. Das selbe war ihr bei dem Friseur G. in Grimma gelungen, der ihr 63 Mk. leih. Einer Witwe N. in Leipzig ist sie 22 Mk. für Kost und Logis schuldig geblieben. Die Betrügerin wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Auch ein Vertrauensmann. Herr Moses A., der Inhaber einer Wäsche- und Schürzenfabrik, hatte seit 1908 ein Juwel in der Person seines 44 Jahre alten Buchhalters Walter Hugo Besser, der jede Verschönerung eines Untergebenen dem Chef mitteilte und Abmündung forderte. Der Buchhalter genoss daher das höchste Vertrauen des Chefs, so daß es ihm leicht wurde, den Chef um mehrere tausend Mark zu bestehlen. Der Buchhalter unterschlug nicht nur bedeutende Summen, sondern er stahl auch direkt mit Hilfe eines nachgemachten Schlüssels Geld aus dem Kassenschrank. Ein Bücherrevisor hat zweifelsfrei ein Defizit von 11 771,78 Mk. nachgewiesen, der Chef ist aber der Ansicht, daß ihm etwa 23 000 Mk. gestohlen worden sind. Der Buchhalter, der 2400 Mk. Gehalt bezog, hat ein flottes Leben geführt, auf Kennplätzen verkehrt und viel Poterie gespielt. Er war 1000 Mk. und durch Pfändung von Möbeln und durch Zahlung von Vermandten zurückerstattet worden. Der Angeklagte wurde wegen Unterschlagung, schweren Diebstahls und Vergehens gegen das Lotteriegesez zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Ehrenrechte wurden ihm auf drei Jahre aberkannt.

## Arbeiter! — werbl neue —

Volkszeitungsleser.

Beifall überall

Revue Cigaretten

mit seidenen Sammel-Wappenbildern







Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. Juni.

Geschichtskalender. 17. Juni 1719: Der Dichter Joseph Addison in London gestorben (\* 1672). 1780: Dritter Stand erklärt sich als Nationalversammlung. 1810: Der Dichter Ferdinand Freiligrath in Detmold geboren († 1870).

Sonnenaufgang: 3,39, Sonnenuntergang: 8,28. Monduntergang: 1,49 vorm., Mondaufgang: 8,1 nachm.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. Juni. Wechselnde Winde, vorwiegend heiter, warm, Gewitterneigung.

Gewerkschaftsfest 1913.

Am Sonntag, den 27. Juli, wird in L.-Stötteritz das diesjährige Gewerkschaftsfest abgehalten. Wie immer zu dieser Zeit, so sind auch diesmal die Vorarbeiten zum Fest so weit gediehen, daß man im wesentlichen einen Ueberblick über die geplanten Veranstaltungen gewinnen kann. Nach dem jetzt in der Hauptsache vorliegenden Programm ist anzunehmen, daß die größten Anstrengungen gemacht werden, am den Alten und den Jungen, um den Großen und den Kleinen einen recht genussreichen und der organisierten Arbeiterschaft würdigen Festtag zu bereiten.

Mehr als sonst wird diesmal darauf Gewicht gelegt, den Kindern unserer Gewerkschaftsmitglieder einige recht frohe Stunden zu bereiten. Zu den sonst üblichen Belustigungen durch Kinderspiele aller Art gesellen sich diesmal noch ganz besondere Ueberrassungen. Auch die proletarische Jugend rüstet zum Fest. Sänger, Turner und Radfahrer treffen Vorbereitungen, um am Festtage Proben ihres Könnens abzulegen. Auch in einzelnen Gewerkschaften wird das bevorstehende Fest mehr als in früheren Jahren zum Gegenstand der Aussprache gemacht, schon deshalb, um möglichst bald über den Umfang der Mitwirkung an dem geplanten Umzug zu beschließen.

Früher als sonst ist diesmal das Gedendblatt zum Gewerkschaftsfest erschienen, zeitig genug, um schon vor dem Fest alle Gewerkschaftsmitglieder mit diesem Gedendblatt versehen zu können. Auch hier zeigt sich, daß das Festkomitee bemüht war, etwas Gutes und künstlerisch Vollendetes zu bieten, sowohl was die Zeichnung zu diesem Gedendblatt als auch die Ausführung desselben anbelangt. Mit Goldschrift ist auf dunklem Untergrunde der Zweck des Gedendblattes angedeutet und zum Ausdruck gebracht, daß die Leipziger Arbeiterschaft in diesem Jahre zum zwanzigsten Male ihr Gewerkschaftsfest begeht. Inmitten der ornamentalen Umrahmung erscheinen in einem Durchbruch Hammer und Harze als Zeichen der Arbeit und der Freude, ein Zeichen der rauhen Wirklichkeit des Alltagslebens, wo in der schweligen Faust des Proletariats dröhnend der Hammer auf den Ambos niederfaßt und daneben ein Zeichen des Festes, der Erholung und des Genusses, das lieblichere Klänge verkündet, als sie im Einerlei des Werktags geboten werden. Hinter diesen beiden Zeichen aber erscheint als Silhouette der charakteristische Kuppelbau des Leipziger Volkshauses, als ein schöner Beweis für die Einheit und Geschlossenheit, für die kraftvolle Entwicklung der Leipziger Arbeiterschaft. Einig und geschlossen, wie sie den Widerwärtigkeiten des Alltagslebens entgegengetreten, so werden die Leipziger organisierten Arbeiter auch ihr Gewerkschaftsfest feiern. Darauf deutet die Festkarte hin, und sie ist wert, daß sie als wirksames Propagandamittel für das Gewerkschaftsfest eine große Verbreitung unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern findet.

Die Umwandlung von Versicherungen.

Bei den privaten Versicherungsgesellschaften verfielen im Jahre 1911 von den existierenden Volksversicherungen mehr als 50 Proz. ohne jede Vergütung: über 300 000 Personen blühten die von ihnen bezahlten Eintrittsgelder von 1,50 bis 2 M. pro Versicherung und ihre an die Versicherungsgesellschaft entrichteten Prämien ein. In den ersten drei Jahren wird bei den meisten Gesellschaften keine Vergütung für die eingezahlten Prämien gezahlt; erst nach drei Jahren können die Versicherten laut Gesetz verlangen, daß ihre Versicherung in eine prämiensfreie umgewandelt wird. Diese Umwandlung erfolgt in der Regel bereit, daß die Versicherungssumme im Verhältnis der eingezahlten Prämien zu der Gesamtsumme der für die ganze Versicherungsdauer zu leistenden Prämien herabgesetzt wird. Die Volksfürsorge hätte nun das schwierige Problem, den Verfall von Versicherungen nach Möglichkeit zu verhindern, ebenfalls nicht auf lösen können, wenn sie, wie die alten Gesellschaften, lediglich Kapitalversicherungen eingeführt hätte. Die Volksfürsorge hat aber neben dieser auch Sparversicherungen, deren Einführung die großen Gesellschaften fast ausnahmslos stets abgelehnt haben. Infolge Einführung der Sparversicherung ist die Volksfürsorge in der glücklichen Lage, schon im ersten Jahre des Bestehens einer Versicherung den Verfall fast ganz auszuschließen. In ihren Versicherungsbedingungen zu den Kapitalversicherungen heißt es:

Erfolgt die Zahlung der Prämien nicht binnen zwei Monaten vom Fälligkeitstage ab, so treten folgende Wirkungen ein:

- a) Ist auf die Versicherung noch nicht eine volle Jahresprämie gezahlt, so wird sie in eine Sparversicherung umgewandelt, wobei die eingezahlten Prämien abzüglich 20 Proz., mindestens aber von 1 M., dem Versicherten angerechnet werden.
b) Hat die Versicherung mindestens ein Jahr bestanden und ist die Prämie für diesen Zeitraum bezahlt, so wandelt sich die Versicherung von selbst in eine prämiensfreie um.

Die Umwandlung erfolgt in der Weise, daß an die Stelle der vereinbarten Versicherungssumme der Betrag tritt, der sich für das Alter des Versicherten ergibt, wenn die auf die Versicherung entfallende Prämienreserve als einmalige Prämie angesehen wird. Beide Arten der Umwandlung sind für die Versicherten die denkbar günstigsten; im ersten Jahre der Versicherung ist für die Versicherten die Umwandlung auf Sparversicherung am vorteilhaftesten, bei schon erfolgter Einzahlung größerer Prämiensummen wirkt für sie die zweite Art günstig.

Ohne irgendwelche Vergütung werden bei der Volksfürsorge also nur in wenigen Ausnahmefällen Versicherungen verfallen; der festgesetzte geringe Abzug im ersten Jahre der Versicherung von 20 Proz. der eingezahlten Prämien war notwendig, um nicht die Interessen der regelmäßigen Zahler zu schädigen. Die Volksfürsorge hat bei jeder Versicherung von vornherein Risiko zu tragen. Strebt der Versicherte im ersten Versicherungsjahre, so werden die eingezahlten Prämien zurückstattet, tritt der Tod infolge eines Körper-

lichen Unfalles ein, so wird die volle Versicherungssumme gezahlt. Für jede Versicherung entstehen außerdem Verwaltungskosten, so daß der Abzug von 20 Proz. der eingezahlten Prämien als ein sehr minimaler zu bezeichnen ist.

Zwei Zeppelin-Luftschiffe zur Eröffnung der Luftschiffhalle in Leipzig.

Durch die Leipziger Luftschiffhafen- und Flugplatz-Aktiengesellschaft ist die Deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft gebeten worden, zur Eröffnung der Luftschiffhalle außer dem Luftschiff Sachsen auch die Viktoria Luise hierher zu senden. Die Delag hat dieses unter Voraussetzung günstiger Witterung auch zugesagt. Die Luftschiffhalle würde also am Tage ihrer Eröffnung den Beweis zu erbringen haben, daß sie zur Aufnahme zweier Luftschiffe größten Systems eingerichtet ist. Wegen dieses außerordentlichen Ereignisses, bei dem besonders zahlreiches Publikum zu erwarten ist, bittet die Aktiengesellschaft nochmals ganz nachdrücklich den Anordnungen der Polizei und des Aufsichtspersonals auf das genaueste Folge zu leisten. Eine Faltung durch die Aktiengesellschaft kann unter keinen Umständen erfolgen, wenn nicht alle Vorschriften und Anordnungen auf das genaueste befolgt werden, da durch das Gerandrängen des Publikums über die Barrieren hinaus an das Luftschiff, dieses außerordentlich gefährdet und seine Landung sogar in Frage gestellt werden könnte.

Die Heilanstalt Bergmannswohl betraf ein Artikel, der in der Nummer 74 der Leipziger Volkszeitung vom 2. April abgedruckt wurde. In dem Artikel wurden eine Reihe von Beschwerden behandelt, die uns von Patienten, die dort zur Beobachtung ihres Gesundheitszustandes untergebracht waren, übermittelt wurden. Der Artikel gab Veranlassung zu einer Besichtigung der Anstalt, wobei sich herausstellte, daß die Anstaltsleitung manche der Ursachen, die zu den Beschwerden führten, beseitigt hatte. Andere Maßnahmen der Anstaltsleitung wurden aufrechterhalten, weil sich ihre Beseitigung, nach Ansicht der Anstaltsleitung, als mit dem Zweck der Anstaltsbehandlung unvereinbar erwies. Wenn wir auch die Notwendigkeit aller dieser Maßnahmen nicht einzusehen vermögen, so müssen wir doch den der Anstalt überwiesenen Arbeitern raten, sich der Behandlung in dieser Anstalt nicht zu entziehen. Denn die Berufsgenossenschaft kann nach der Reichsversicherungsordnung, ohne die Zustimmung des Verletzten, diesen einer Anstalt überweisen, wenn die Art der Verletzung eine Behandlung oder eine Pflege verlangt, die in der Familie des Verletzten nicht möglich ist und wenn der Zustand oder das Verhalten des Verletzten eine fortgesetzte Beobachtung erfordert. Wenn aber der Verletzte eine Anordnung, die das Heilverfahren betrifft, ohne gesetzliche oder sonst triftigen Grund nicht befolgt und dadurch seine Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflusst wird, kann ihm der Schadenersatz auf Zeit ganz oder teilweise verweigert werden. Er muß allerdings vorher auf die Folgen seiner Weigerung aufmerksam gemacht werden.

Den der Anstalt zugewiesenen Verletzten kann nur empfohlen werden, etwaige Beschwerden sofort dem Leiter der Anstalt oder auch dem Oberversicherungsamt mitzuteilen.

Vorsicht beim Kauf von Drogenschränken. In jüngster Zeit hat der Verkauf von Drogenschränken die Aufmerksamkeit der Verwaltungsbehörden auf sich gelenkt. Vom gesundheitslichen Standpunkt aus bietet er insofern Gefahren für die Allgemeinheit, als die sogenannten Schrankdrogisten gewöhnlich keine Fachbildung für den Drogenhandel besitzen und so regelmäßig mit den Waren in den Schränken, ihrer Pflege und ihren Wirkungen nicht vertraut sind. Diese Unkenntnis ist um so gefährlicher, als auch leicht falsche Mittel abgegeben und dadurch Gesundheitschädigungen herbeigeführt werden. Solche Irrtümer können für die Verkäufer der Mittel unangenehme Folgen haben, es ist nicht ausgeschlossen, daß sie sich vor dem Strafgericht verantworten müssen. Außerdem können die Erwerber solcher Drogenschränke selbst sehr fühlbare wirtschaftliche Nachteile erleiden, weil die Schränke viele Mittel zu enthalten pflegen, die fast unverkäuflich sind. Es ist deshalb gegenüber den Angeboten von Verkäufern solcher Drogenschränke, besonders an Nichtfachdrogisten, dringender Vorzicht und Zurückhaltung zu empfehlen.

Pfadbinderinnen im Widelsbett. Der Leipziger Pfadbinderinnenverein benutzte bei seiner Mitgliederwerbung offenbar die ständesammlischen Geburtenregister. So hat dieser Tage ein Elternpaar in Stötteritz ein Propagandaabblatt des genannten Vereins mit der Aufforderung erhalten, ihr Töchterchen dem Verein als Mitglied zuzuführen. Nun ist das Kind erst sechs Wochen alt, und da wird es doch einige Schwierigkeiten machen, dem kleinen Wesen die Bedeutung und Bestrebungen des Vereins klarzumachen. Heißt es doch in dem Blatt: „Unsere Bestrebungen sind für unsre weibliche Jugend und damit für unsre zukünftigen Frauen und Mütter so notwendige, daß wir glauben, auf Ihre Zustimmung und Unterstützung rechnen zu können.“ Bläher hat der Verein die Kinder von zehn Jahren an als Mitglieder zu ergattern versucht, wobei er offenbar nicht allzuviel Glück hatte, da er sonst seine Bemühungen nicht bei den Säuglingen beginnen würde.

Zwangsbinnungsplacierei fangen jetzt auch die Fahrradmechaniker in Leipzig an und haben damit beim reaktionären Stadtrat natürlich viel Glück. Fällt es da einigen der Herren ein, eine Zwangsinnung gründen zu wollen und beantragen dies beim Gewerbeamt. Dieses hat denn auch nicht eiligeres zu tun als schleunigst diese Gründung mit einer Unstimmigkeit im Voranjetzer und im Tagesblatt zu veröffentlichen. Die naiven Fahrradmechaniker, die von einer Zwangsinnung nichts wissen und auch nichts wissen wollen, haben keine Ahnung, erheben daher auch keinen Einspruch, und so nahm das Verhängnis seinen Lauf. Gestern hat die konstituierende Versammlung der Zwangsinnung bei Anwesenheit von etwa 70 Besuchern im Sophienbad stattgefunden. Alles Protestieren einiger Anwesenden gegen die Gründung hat nichts gefruchtet, die Gründung wurde perfekt, der Vorstand „gewählt“, so werden nun die etwa 120 Mechaniker in diese neue Zwangsinnung gepreßt, die nun das Handwerk in der — Fahrradindustrie haben soll.

Vielleicht gibt dies den Zwangsinnungsgegnern nun einen neuen Anstoß, eine Organisation gegen den Zwangsinnungssturm zu schaffen und mit diesem auszuräumen.

Von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksschulbildung erhalten wir auf eine Bemerkung in unserm Bericht über die Hauptversammlung eine Zuschrift, in der es heißt: „Wir haben einen großen Ballen Druckachen, der aus Jahresberichten der Gesellschaft entnommen, hier (in Berlin) als Entschuldig am 5. d. M. nach Leipzig auf. Der Ballen ist unerklärlicherweise dort nicht eingegangen. Eine Mitteilung der Speditionsgesellschaft besagt, daß die Recherchen über den Verbleib des Ballens eingeleitet worden sind. Damit wollen Sie es freundlichst einschubigen, daß auf der diesjährigen Hauptversammlung nicht, wie sonst, ausführliche Mitteilungen über die ganze Arbeit der Gesellschaft auslagen und auch bedauerlicherweise der Presse nicht ausgehändigt werden konnten.“

Leipzig im Blumenstand. Die Kommission des Verkehrsvereins für Blumenstand richtet an die Einwohner Leipzigs die herzlichste Bitte um rege Beteiligung am Stand der Häuser, Fenster und Balkone, damit eine der ganzen Sommer und Herbst andauernde Verschönerung der Straßen gesichert ist. Ein Schriftchen sowie ein Anmeldeformular zum Wettbewerb ist in der Geschäftsstelle des Verkehrsvereins, Handelshof, Naßmarkt, Laden 27/28 sowie in den meisten Blumen- und Samenhandlungen kostenlos zu haben.

Auskunftsstelle für Schulwesen. Eine Auskunftsstelle für Schulwesen ist in Berlin-Schöneberg eingerichtet worden. Die Stelle ist ermächtigt, Auskunft in allen Fragen zu geben, die das Schulwesen betreffen, die der Unterrichtsverwaltung untergeordnet sind. Dazu gehören auch die Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten. Besonders befaßt sie sich mit Unterrichtsvertrieb, Lehrplänen, Lehrbüchern, Lehr- und Anschauungsmitteln u. dergl. Die Stelle kann aber nicht nur über das preussische Unterrichtsweisen Auskunft geben, sondern hat auch das nötige Material zur Verfügung oder die Möglichkeit, näheres über Fragen mitzuteilen, die sich auf das Schulwesen in den deutschen Bundesstaaten, auf die deutschen Schulen im Auslande sowie auf ausländisches Schulwesen beziehen. Ausgeschlossen ist die Auskunftserteilung über Personen und persönliche Angelegenheiten sowie über Fragen, die noch nicht durch öffentlich bekannt gegebene Verfügungen der zuständigen Behörden entschieden sind. Die Stelle ist für Besucher täglich außer Sonnabends von 3 bis 5 Uhr nachmittags geöffnet. Sie erlegt gleichzeitig die Auskunftsstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswezens, die seit dem Jahre 1899 besteht und von Behörden, Schulen, Lehrern usw. schon häufig um Auskünfte angegangen wurde, die außerhalb des Rahmens ihrer Tätigkeit lagen. Auch sonst hat sich das Bedürfnis nach einer umfassenderen Auskunftsstelle fühlbar gemacht.

Weiterer Mähdang des Alkoholkonsums. Nach der amtlichen Statistik über den Branntweinverbrauch im Monat Mai d. J. wurden in genanntem Monat 150 750 Hektoliter Alkohol in den freien Verkehr gesetzt, gegen 150 333 Hektoliter im Mai 1912. Vom Oktober 1912 bis Mai 1913 wurden 1 201 305 Hektoliter in den freien Verkehr gesetzt, gegen 1 371 800 Hektoliter in der Zeit vom Oktober 1911 bis Mai 1912.

Polizeinachrichten.

Davongelaufener Knabe. Am vergangenen Sonntag wurde aus der Friedhofsallee zu L.-Thonberg ein etwa drei Jahre alter Knabe der Wache zugeführt, der sich hier verlaufen hat. Augenscheinlich stammt er vom Lande oder aus ländlichen Verhältnissen. Er hat hellblondes Haar, trägt dunkelgraue Matrosenanzug und blaue Matrosenmütze mit der Aufschrift Jacht Ozeana, sowie braune Halbschuhe. Da über seine Eltern noch nichts zu ermitteln war, ist er vorläufig ins städtische Waisenhaus, Elisenstraße 152, gebracht worden. Hinweise, die zu seiner Feststellung führen könnten, wolle man dorthin oder dem Polizeiamt, Zimmer 25, mitteilen.

Aus dem Fenster seiner Wohnung gestürzt hat sich gestern vormittag ein im 3. Stockwerk eines Hauses der Bauhofstraße wohnhafter 78 Jahre alter Korbmacher. Der Greis war sofort tot. Er soll in letzter Zeit an Verfolgungswahn gelitten haben und dürfte die Tat in einem solchen Wahnsinn ausgeführt haben.

Selbstmordversuch. Heute nacht, kurz nach 1 Uhr, wollte sich in der Würzner Straße ein Dienstmädchen von einem die Straße entlang kommenden Kraftwagen werfen, um sich überfahren zu lassen. Straßenpassanten hinderten das Mädchen an seinem Vorhaben und sorgten dafür, daß es einstellte in polizeiliche Schutzhaft genommen wurde.

Von der Straße. Auf der Johanneischen Straße wurde gestern nachmittag eine Verkäuferin mit ihrem 4jährigen Sohn von einem Straßenbahnwagen überrollen und ein kurzes Strohgeschleift. Zum Glück kamen beide mit geringen Hautabrisuren davon. Der Knabe war kurz vor dem heranrollenden Motorwagen auf das Straßenbahngleis gelaufen. Als die Mutter ihn zurückrufen wollte, wurden beide von dem Straßenbahnwagen erfasst. Der Wagenführer soll frei von Schuld sein.

Zur Warnung. In letzter Zeit sind wieder öfters Kindern, die zum Einkaufen ausgeschickt waren, die mitgegebenen Geldbeträge abgenommen worden. Die Eltern wollen deshalb vorsichtig im Mitgeben von größeren Beträgen sein, die keinen Voten vor unbekannten Personen warren und auf die fortgeschickten Kinder, soweit es irgend möglich ist, scharf Danks geben.

Wegen Verbrechen gegen das keimende Leben wurden gestern Tage ein Dienstmädchen und dessen Geliebter, ein hiesiger Fleischwarengeselle, sowie ein Schauspieler festgenommen. Der letztere wurde von einem Leipziger Kriminalbeamten in Delitzsch verhaftet, wo er während des dortigen Bundeschießens weilte. Der Schauspieler scheint in solchen Angelegenheiten seine Dienste gewerbdmählig geleistet zu haben.

Zu der Pleiße erkrankt aufgefunden. Gestern vormittag wurde ein im Westviertel in Stellung gewesenes 17 Jahre altes Dienstmädchen in der Nähe des Probsteitags tot aus der Pleiße herausgezogen. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor; der Grund davon ist jedoch noch nicht bekannt geworden. Der Leichnam wurde nach der Anatomie gebracht.

Feuer. In einer Stube in der Landstädter Straße brannte gestern abend auf noch nicht ausgeklärte Weise ein Bett an. Hausbewohner löschten das Feuer, so daß die Feuerwehr nur noch Aufräumarbeiten vorfand.

Im Hofe eines Grundstücks der Henricstraße steckte gestern ein siebenjähriger Schulknabe einige Ballen und Säcke mit altem Papier in Brand. Die herbeigerufene Feuerwehr löschte das Feuer mit einigen Eimern Wasser. Der Schaden ist gering.

Feuer auf der Ausstellung. Auf der Ausstellung geriet heute nacht auf unaufgeklärte Weise eine hinter dem Eingang A stehende Konifere in Brand. Die Ausstellungsfewerwehr wendete weitere Gefahr ab, so daß die danebenstehenden Konifere keinen Schaden erlitten. Der Wert des verbrannten Baums beträgt 300 M.

Schlägerei in einem Kabarett. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kam es in einem hiesigen Kabarett zu einer Schlägerei zwischen einigen Zuschauern. Es wurden verschiedene Personen, in der Hauptsache ausländische Handelshochschüler, zur Namensfeststellung der nächsten Polizeiwache zugeführt. Sie werden sich später wegen Hausfriedensbruchs gerichtlich zu verantworten haben.

So meldet der Polizeibericht, kurz und trocken. Die Anmahnungen aber bemühen dieses Vorkommnis wie gewöhnlich dazu, eine wüste alldayische Dege gegen die ausländischen Staudalmdader zu entfachen und zu verlangen, daß die Ausländer gleich über die Grenze gebracht werden. Und die Polizei ist soweit gekommen, den Perjurhändlungen zu folgen und anzukündigen, daß sie „mit größter Strenge gegen die Betreffenden vorgehen“ wird. Sie fügt diesen



Meldung hinzu: „Ein ähnlicher Vorfall hatte sich bereits vor einigen Monaten in einem hiesigen Nachtcafé abgespielt. In diesem Falle hat das Polizeiamt dem Wirte, der bei dieser Gelegenheit einen bedauerlichen Mangel an Energie den ausländischen Gästen gegenüber gezeigt hatte, die Sehung einer früheren Polizeistunde für den Wiederholungsfall angedroht. Das Polizeiamt wird sicher auch die Ausweisung der betreffenden Ausländer in Erwägung ziehen, wenn sich deren Schuld in dem behaupteten Umfang ergibt.“

Es ist wirklich weit gekommen!

**Schamloser Mensch.** Sonntag, den 15. Juni, zwischen 11 und 12 Uhr mittags, hat sich in dem Torweg des Hauses Elmer Straße 57 ein 34-jähriger Mann mehreren Schulmädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren gegenüber in schamloser Weise aufgeführt. Die Mädchen, die nicht bekannt sind, wollen sich zur Anzeigenerstattung bei der Kriminalabteilung melden.

**Eine Briefstafel mit 1000 M. abhandlungsgelommen.** Einem hiesigen Arzt ist am 5. Juni in seiner Wohnung eine schwarzeleberne Briefstafel mit 1000 M. in Banknoten abhandlungsgelommen. Da es jedoch auch nicht ausgeschlossen ist, daß die Briefstafel in einem hiesigen Café liegen gelassen worden ist, so wären Wahrnehmungen hierüber der Kriminalabteilung erwünscht.

**Wegen Darlehensschwändelungen** wurde ein 49 Jahre alter kaufmännischer Vertreter aus Seefeld verhaftet, der erst vor kurzem aus einer Strafhaft entlassen worden ist. Er hatte in der hiesigen Tagespresse ein Inserat erlassen, wonach ein deutscher Unterstufungsverein Darlehen an reelle Leute ohne Bürgen abgibt. Offerten waren unter der Chiffre E. N. 441 an Rudolf Rosse, Leipzig, zu richten. Tene, die sich auf Nicht-Antwort meldeten, nahm der Schwindler Speise in Höhe von 2 bis 12 M. ab, ohne ihm über den Verlauf zu machen, ihnen ein Darlehen zu vermitteln. Das Geld verwendete er für sich. Die Geschädigten wollen sich bald bei der Polizei melden, wo ein Bild des Verhafteten ausliegt.

## Aus der Umgebung.

### Sinnlose Kriegsspielerel.

Die Kriegsspielerelien der bürgerlichen Jugendwehren nehmen immer wahnwitzigere Formen an. Vor einigen Tagen war in der Provinzpresse zu lesen:

Einem vieljährigen Bunde nach Abhaltung einer Nachtübung soll endlich Grillsung erteilt werden. Der hiesige Wehrkreisverein Jung-Deutschland, Abteilungen Kurfürst, Wismar, Bismarck, rückt am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von Halle ab und bezieht am rechten Saaleufer Schloßpau gegenüber ein Bivouac. Der Kommandant der anderen 4 Abteilungen erfolgt abends 9 Uhr; diese suchen das Lager zu überfallen, werden aber wahrscheinlich zurückgeschlagen werden, ziehen sich zurück und verstärken sich durch 200 Jungmannschaften des Schützenjägerbataillons und 300 Mann der Merseburger Gruppe und erneuern morgens zwischen 5 und 7 Uhr den Angriff auf das Schloßpauer Lager. Am rechtzeitig zur Stelle sein zu können, rücken die Schützenjäger Jungmannschaften nachts 1/2 Uhr von hier ab. Der Marsch geht über Wehlitz, Ermlich, Oberhau, Rahms, Burg-Weidenau und Götzen. Versammlung 1/4 Uhr vor dem vorderen Schulgebäude. Zwischen 9 und 9 1/2 Uhr will die Abteilung zurück sein.

It schon die Kriegsspielerel an sich ein grober Unfug, so muß man es geradezu als sträfliche Leichtfertigkeit bezeichnen, wenn Schulkindern zugemutet wird, teilweise von Sonnabend nachmittags 4 Uhr bis Sonntag vormittag unterwegs zu sein, oder wenn die Kinder um Mitternacht aus den Betten gerissen werden, um zu den wahnwitzigen Spielerelien zur Befriedigung der Bedürfnisse einiger Wehrpatrioten verwendet zu werden.

Die Schleudiger Gruppe wurde von dem durch seine „pädagogischen“ Leistungen in der letzten Zeit berühmt gewordenen Rektor Michalski „ins Treffen“ geführt. Herr Michalski hatte einfach die drei ersten Knabenklassen zur Teilnahme kommandiert und erwartete eine Beteiligung von 200 Schülern. Die meisten Eltern waren aber vernünftig genug, die Gesundheit ihrer Kinder höher einzuschätzen als die Wünsche des strebsamen Rektors. Immerhin hatten sich nachts 1/2 Uhr 63 Jungen eingefunden, mit denen „General“ Michalski sich auf den Kriegspfad begab. Der Nachtmarsch war für die aus dem Schlaf gejaagten Kinder so anstrengend, daß auf dem Rückweg ein Teil nicht mehr mitkommen konnte. Einige der Knaben mußten völlig ermattet in Ermlich im Galtshof zurückbleiben. Drei davon gingen in die nebenanliegende Sandgrube und wurden durch niedergehende Sandmassen bis zum Kopf verschüttet. Sie konnten nur mit vieler Mühe wieder heraus geholt werden und hatten so schwere Verletzungen erlitten, daß sie mit einem Automobil nach Hause geschafft werden mußten, wo sie krank daniederliegen. Am Marktplatz in Schleuditz konnte man einige entkräftete Kinder auf Ladestufen sitzen sehen. Noch am Nachmittag liefen einige Eltern herum und suchten ihre Kinder.

Der Schleudiger Einwohnerschaft hat sich ob dieser neuesten Tat der bürgerlichen „Jugendzieher“ eine allgemeine Erregung bemächtigt. Besondere Empörung herrscht darüber, daß die ermatteten Kinder unterwegs ohne genügende Aufsicht ihrem Schicksal überlassen worden sind. Rektor Michalski, der es sehr eilig hatte, weil er 1/10 Uhr in der Kirche sein wollte, soll erklärt haben: „Wer nicht mit fortkommt, bleibt zurück.“ Er hat die Leitung der Zurückbleibenden einem andern überlassen, der aber ebenfalls seine stille Straße zog und sich nicht um die Kinder kümmerte.

Geradezu unbegreiflich ist, daß sich die Behörden nicht veranlaßt sehen, gegen diesen Unfug einzuschreiten. Wir leben in einer Zeit, in der von immer weiteren Kreisen Schutz für das Kind verlangt wird. Und hier wird in der allergrößtmöglichen Weise gegen Leben und Gesundheit der Kinder gestreift, ohne daß sich eine Aufsichtsbehörde — die sonst vielleicht über eine peinliche Befolgung der Bestimmungen des Kinderschutzes wacht — gedrängt fühlte, Einspruch zu erheben. Die bürgerliche Presse schweigt sich selbstverständlich über das traurige Ende des „glorreichen“ Feldzugs aus.

**Schönefeld.** In der Gemeinderatsitzung vom 10. Juni wurde Kenntnis genommen von einem Schreiben des Leipziger Rates und der ministeriellen Entscheidung in der Einverleibungsfrage. Der Leipziger Rat bedauert in seinem Schreiben das Scheitern der Einverleibung und zieht seine Beamten zurück. Die Stellen sind neu ausgeschrieben worden. — Zu der angeregten Parthenregulierung, von der Leipzig den Einbau der Bollbedingstraße abhängig macht, verhält sich Rodau erneut ablehnend. Trotzdem soll versucht werden, die Angelegenheit noch weiter zu verfolgen. — Beschlüssen wurde, mit Leipzig zu verhandeln, um einen Weg zum Föh- und Sonnenbad von der Bollbedingstraße aus zu erlangen. — Wegen der Düngeabfuhr aus den Wohnhäusern soll versucht werden, mit der Leipziger Düngerabfuhr-Aktiengesellschaft einen Vertrag zu schließen. — Die Einwohnerzahl betrug Ende Mai 10 840. — Herr Horn kritisierte das passive Verhalten der hiesigen Vertreter im Bezirksausschuß. Diese konnten ihm nur entgegenhalten, daß sie sich weder an den Beratungen noch an den

Abstimmungen beteiligt hätten. Wären die bürgerlichen Herren sich nur besser wieder erinnern, wenn erneut die Wahl von Vertretern in diese Körperschaft bevorsteht. — Auf die ausgeschriebene Bauamtsstellenliste waren 42 Bewerbungen eingegangen. Drei davon waren von Bauamtsstellen zur engeren Wahl gestellt worden. Ein Antrag des Genossen Müller, noch einen vierten Herrn aus Leipzig mit zur engeren Wahl zu stellen, wurde von der Mehrheit abgelehnt. Hierbei wurde die Handhabung der Bauamtsstellenverordnungen auf den hiesigen Neubauten von unierer Seite einer scharfen Kritik unterzogen. Gewählt wurde Baumeister Max Werler aus Buchholz. — Von den Angeboten auf die Ausschreibung der Auftragung von Erde im Erlenväldchen betrug die Mindestforderung 560 M., die Höchstforderung 1200 M. Die Arbeit wurde an den Mindestfordernden vergeben. — Zugestimmt wurde der Zurückgabe von Sicherheiten für die Pfasterarbeiten am Triftwege, in der Emil-Schubert-Straße und an der Schmuckplatzanlage am Stannebelplatz, wie der Beschaffung von Sand für die Kinderspielfläche. — Das Gesuch Beutigs um Erhöhung des Preises für Sonntagsfahrten wurde abgelehnt. — Bei der Vergebung der Malerarbeiten im Armenhause sind Angebote von 24 bis 48 M. eingegangen. Dem Mindestfordernden, Malermeister Zippel, wurden die Arbeiten übertragen. — Die Meinung und der Neuantrieb der Eisenländer an den Schmuckplätzen und am Pfaffenwege wurden an Vergamann vergeben. — Die beabsichtigte Neuanformierung der Schulleute wurde bis zum Herbst zurückgestellt. — Dem Ersuchen des Leipziger Rates um Aufstellung eines gemeinschaftlichen Bebauungsplanes für die Pöpscher Mark und das anschließende Schönefelder Gelände soll entsprochen werden. — Ein größeres Kaufangebot auf Kaupläge am Udenalleegele liegt vor mit dem Wunsch auf geschlossene viergeschossige Bauweise. Es wurde beschlossen, von der Aufsichtsbehörde hierzu die Genehmigung zu verlangen. — Der Erneuerung der Glashebenversicherung auf weitere drei Jahre wurde zugestimmt, da der hierzu angelegte Fonds noch nicht genügend ist. — Auf die Verfügung wegen Anschlußung der Gemeinde Schönefeld an den Bezirk der allgemeinen Ortskrankenkasse Leipzig-Land wurde einstimmig beschlossen, Refus einzulegen. — In einer der letzten Sitzungen war von den unansässigen Vertretern der Antrag gestellt worden, auf Hospitierung von Gemeinderatsmitgliedern in den Ausschüssen. Der Grund hierzu war die Anschlußung der unansässigen Vertreter aus fast allen Ausschüssen. Schon bei Stellung des Antrages konnte man das Unbehagen der bürgerlichen Vertreter merken. Der Verfassungsausschuß empfahl jetzt die Ablehnung. Mißtrauen und eine Kontrolle der Tätigkeit der Herren in den Ausschüssen glauben sie in dem gestellten Antrag erblicken zu müssen. Genosse Müller bezeichnet den Standpunkt der Mehrheit als verunmündet, was einige der Herren zur Abwehr auf den Plan rief. Der Antrag wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt. Beschlüssen wurde nur, daß es jedem Gemeinderatsmitglied freistehe, die Protokolle der Ausschüsse einzusehen.

**Thelma.** Gemeinderatsitzung. Die Umfierung der Grundstücke 301a und 301b für Thelma nach Seehausen ist vom Gemeinderat Seehausen abgelehnt worden. Es soll nun dem Bauer H. in Seehausen, der an der Grenze auf Thelmaer Flur zwei Wohnhäuser bauen will, aufgegeben werden, 400 M. Kaution für den Straßenbau zu hinterlegen, sowie den Flächenbetrag der Grundwerksteuer zu zahlen. Die Gemeinde Seehausen soll die Straße auf die Länge von etwa 35 Meter übernehmen. — Zwei Baugesuche des Architekten H. in Modau (Arbeiterwohnungen) wurden genehmigt. — Die Beschlußfassung über eine Verordnung der Amtshauptmannschaft wegen Aufstellung eines Statuts für den Gemeindeverband der Krankenversicherung wurde vertagt; es soll um Dispens beim Ministerium resp. um Vereinfachung nachgeholt werden. — Die Fenster und Treppen im Rathaus sollen fertig gestrichen werden. — Die Brücke an der Kreuzstraße soll einen Fußweg erhalten.

**Böhlitz-Oberebberg.** In der letzten Gemeinderatsitzung wurde der Kassenabluß vom Monat Mai in Höhe von 24 517,18 M. bekannt gegeben. — Nachdem der § 7 des Kaufvertrages wegen des Fortfalls des Areals durch persönliche Vorstellung beim Ministerium im Sinne des Gemeinderates geändert worden ist, wurde der Kauf als vollzogen betrachtet. — Man nahm davon Kenntnis, daß die Amtshauptmannschaft sich über das Sparkassen-Revisionsprotokoll in durchaus befriedigender Weise ausgesprochen hat; hauptsächlich über die gute Buchführung. — Von dem Rindigungsbescheid des Kontrolleurs Kaufmann wurde Kenntnis genommen. Seine Bitte, ihn am 1. Juli zu entlassen, und die ihm übertragene Kassiererstelle in Auerbach anreten zu können, wurde genehmigt. — Die Kontrollerstelle soll mit einem Anfangsgehalt von 1200 M., steigend in 20 Jahren bis 3000 M., ausgeschrieben werden. — Die Gesuche vom Gastwirt Richter wegen Erlass von Bauabgaben und Genehmigung zum Saalbau wurden abgelehnt. — Gegen die Errichtung der Ortskrankenkasse Leipzig-Land soll Refus eingeleitet werden. Der vorgelegene Entwurf soll vervollständigt und den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt werden. Ein Ortsgesetz hierzu soll noch nicht beschlossen werden. — Gegen eine Stimme wurden 10 M. für die Kaiser-Wilhelm-Stiftung bewilligt.

— Einem Antrag, dahin zu wirken, daß die Kontrollverfassungen hier im Orte abgehalten werden, wurde zugestimmt. — **Schulvorstandssitzung.** Für den Schulbau waren folgende Anschläge eingegangen: Für Maurerarbeiten von Verg 10 752,20 M., von Schirmer 17 221. — M., von Mading 17 850. — M.; für Zimmerarbeiten von Pfeiffer 8975,94 M., von Schirmer 3090,80 M.; für Eisenbeton von Richter 6322,50 M., von Wölle 6505,50 M., von einer Aktiengesellschaft 6872,50 M. Die Maurerarbeiten erhielt Herr Verg, die Zimmerarbeiten Herr Pfeiffer, die Eisenbetonarbeiten Herr Richter.

**Mitha.** Zur Lokalfrage teilt uns die örtliche Lokalkommission mit: Seit einiger Zeit macht sich bei einem Teil organisierter Arbeiter die Interessenslosigkeit in der Lokalfrage wieder recht bemerkbar. Am vergangenen Sonntag konnte man beobachten, wie es Organisierte fertigmachen, mit ihren stärksten wirtschaftlichen Gegnern Schulter an Schulter feste zu stehen, von denen sich jeder denkende Arbeiter fernhalten mußte. Immer noch sind gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter in bürgerlichen Gängen und Turnvereinen zu finden. Wenn schon derartige Leute es nicht lassen können, sich dieser Gesellschaft anzuschließen, sollten sie es wenigstens im Interesse der Organisation unterlassen, noch jüngere Leute zu verleiten, der Arbeiterchaft in ihrem Kampfe Anspitzel zwischen die Beine zu werfen. Die örtliche Lokalkommission ist durch das Treiben dieser Elemente gezwungen, der Deffentlichkeit einmal zu zeigen, wie verräterisch an der Arbeiterchaft durch Auforganisierte gehandelt wird. Bei diesen Querstreifen zeichnet sich vor allem ein Teil der Kirschners der Firma Paul Schielrich und Karl Meerboth aus. Diese Leute bringen es fertig, in einem der Mithaer Arbeiterchaft nicht zur Verfügung stehenden Lokale Regel- und Statut zu gründen. Wir werden in nächster Zeit noch näher auf die Angelegenheit zurückkommen.

**Eilenburg.** Feuer in der Zelluloidfabrik. Im Maschinenaal der Deutschen Zelluloidfabrik brach vorgestern abend Feuer aus, das arge Verwüstungen anrichtete. Es gelang, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der entstandene Schaden soll ziemlich erheblich sein. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

**Rügen.** Aus der Partei. In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Vereines gab Genosse Albrecht den Jahresbericht. Es sind 125 Mitglieder aufgenommen worden, abgegangen seien 48 Mitglieder, 24 sind verstorben, 18 getrieben, 2 abgemeldet, 1 gestorben. Somit zählt der Verein am Jahresabschluss 309 Mitglieder, darunter 65 Frauen. Sitzungen haben 13 stattgefunden, Mitgliederbesprechungen 10, öffentliche Versammlungen 5 und Frauenabende 4. Das hiesige Volksblatt wird in 105 und die Leipziger Volkszeitung in 82 Exemplaren gelesen. Flugblätter wurden viermal verteilt. Die Veranstaltungen der Arbeiterjugend haben sich wieder etwas gebessert. Es wurden der Jugend 10 M. bewilligt zur Anschaffung von Spielen. Der Vorsitzende erwähnte

die Parteigenossen, der Jugend mehr Interesse in der Agitation zu zeigen. In der Vorstandswahl wurden gewählt als Vorsitzender Albrecht, als Kassierer Jahn und als Schriftführer Boltz. Die bisherigen Unterassistenten wurden wiedergewählt. In die Zeitungs-Kommission wurden Oberbach, Deubel und Stod und als Bibliothekar Genosse Kroschwitz gewählt. Dem letzteren wurden für seine Mithewaltung jährlich 10 M. bewilligt.

## Bereine und Versammlungen

### Ortsverein Schönefeld.

Die am Donnerstag, den 12. Juni, im großen Saale des Schöfischen Hofes tagende Mitgliederversammlung war als Nachfeier zum 35-jährigen Parteijubiläum veranstaltet. Nach dem vom Gesangsverein Hoffnung stimmungsvoll vorgetragenen Liebes: Krönt den Tag, referierte Genosse Lippinck über: Die Gründung und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Unter Vereinsmittlungen gab Genosse Baudt bekannt, daß, um der patriotischen Geschichtsbildung entgegenzutreten, für die drei nächsten Vereinsversammlungen ein Reihewortrag des Genossen Schöning mit dem Thema: Vor hundert Jahren stattfinden soll. Die Vorträge finden statt am 11. Juni, 15. August und 19. September im Saale des Restaurants Stadt Leipzig. Wie alljährlich werden auch dieses Jahr wieder drei Ferienausflüge veranstaltet und zwar am 16. Juli nach dem Gutspark in Paunsdorf, am 23. Juli nach dem Gasthof Portitz und am 30. Juli nach dem Restaurant Froschburg in Großschäfer. Weiter wurde auf das Sonntag, den 3. August stattfindende Sommerfest und die jeden Sonntagabend im Schöfischen Hof veranstalteten Kinderspiele aufmerksam gemacht. Mit dem Liebes Tod Foleson erreichte die Versammlung ihr Ende.

### Der Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf

hielt am 14. d. M. eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Mitgliedes Robert Müller in Sommerfeld. Die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Genosse Hysel hielt den ersten Teil seines Vortrages: Deutschland vor hundert Jahren. Daraus folgten die Gemeinderatsberichte. Es sind unter andern Beschwerden im Gemeinderat darüber eingegangen, daß die Krankenpflegerin Freundel ihren Posten nicht in der gewöhnlichen Weise ausfüllt. Die Mitglieder wurden gebeten, etwaige Beschwerden bei den Gemeinderatsmitgliedern vorzubringen. Das Resultat von der Herannah zeigt eine ziemlich laze Beteiligung. Es wurde schon jetzt auf die nächste Wahl zum Parteitag hingewiesen und eine größere Beteiligung gewünscht. Voraussichtlich findet das diesjährige Sommer- und Kinderfest am 10. August in Sommerfeld statt. Der Vorstand wurde beauftragt, der nächsten Versammlung einen Plan vorzulegen. Es wurde noch der Wunsch ausgesprochen, zwei Versammlungen im Monat abzuhalten. Die Versammlungen mit Vortrag sollen öffentlich sein.

### Ortsverein Großschäfer-Indorf.

In der Mitgliederversammlung am 31. Mai hielt Genosse Graj einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Volksfürsorge. Unter Gemeindegangelegenheiten berichtete Genosse Arnold von der letzten Gemeinderatsitzung. Unter Vereinsangelegenheiten wird Genosse Thyrol als Redaktor gewählt. Das von der Kommission vorgelegte Programm zur 35-jährigen Jubiläumfeier der Arbeiterbewegung im Orte wurde genehmigt. Ferner sollen zwei Ferienausflüge gemacht werden. Beim Vorsitzenden liegen Einzugslisten aus für die Jubiläumsspenden anlässlich der 35-jährigen Gründungsfeier der deutschen Sozialdemokratie.

### Die Kirschners Leipzig

hielten am 8. Juni ihre Mitgliederversammlung im Volkshaus ab. Zunächst gab der Vorsitzende die Zu- und Abgänge der Mitglieder seit der letzten Versammlung bekannt. Danach sind neueingetreten 16 männliche und 6 weibliche, von anderen Plätzen zugewandert 19 männlich, abgetreten 9 männliche und abgetreten 1 männliches und 2 weibliche Mitglieder. Den Kassenbericht vom 1. Quartals 1913 gab Kollege Ehrlich. Die Einnahme beträgt 1848,60 M., die Ausgabe für die Hauptkasse 858,94 M., die Ausgabe für die Filiale 991,66 M., der verbleibende Kassenbestand 811,66 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Dehagere erteilt. Mitglieder waren am Schluß des 1. Quartals 1913 103 männliche und 36 weibliche vorhanden. Wegen rückstehender Beiträge wurden 9 männliche und 4 weibliche Mitglieder gefeuert. Unter Gewerkschaftlichem machte der Vorsitzende Mitteilung über die Volksfürsorge und forderte die Mitglieder auf, sich bei abzuschließenden Versicherungen an dieselbe zu wenden. Auch soll in der nächsten Versammlung ein Vortrag darüber gehalten werden. Unter Verschiedenem wurden die Kollegen ersucht, die Agitationskommission zu unterstützen.

### Die Gemeindearbeiter

ließen sich in ihrer Mitgliederversammlung am 6. Juni vom Genossen Wittig einen Vortrag über: Wirtschaftliche Umwälzungen vor 100 Jahren halten, der mit großem Beifall beantwortet wurde. Zur Einführung eines Extrabeitrages auf Antrag des Filialvorstandes setzte eine lebhaft Diskussion ein, die mit dem Ergebnis endete, daß mit 110 gegen 80 Stimmen in geheimer Abstimmung beschlossen wurde, ab 1. Juli 1913 einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Monat und Mitglied zu erheben. Unter Gewerkschaftlichem wurde über die eigenartige Handhabung der Urlaubsgewährung in den verschiedenen Ressorts Klage geführt. Arbeiter, die z. B. im vorigen Jahr krank waren, wenn auch nur wenige Tage, sollen in diesem Jahr keinen Urlaub deswegen erhalten, wie es kürzlich im Kohrweg angedeutet und auch gehandhabt worden sein soll. In einem Fall hat ein Arbeiter durch einen Betriebsunfall im vorigen Jahr 4 Tage der Arbeit fernbleiben müssen und nun soll er in diesem Jahr deswegen keinen Urlaub erhalten, obwohl er 8 Tage zu beanspruchen hat. Wenn in dieser Weise in Zukunft fortgeföhrt wird, steht diese vielgerühmte Einrichtung für die meisten Arbeiter nur noch auf dem Papier. Die Forderungen wurden deshalb beauftragt, diesen Maßnahmen entgegenzutreten. Der Geschäftsführer teilte noch mit, daß das diesjährige Kinder- und Sommerfest am 20. Juli im Schöflicher Park stattfindet und ein Festzug zum Lokal für die Kinder mit Musik und Dekoration vorgelesen ist.

## Briefkasten der Redaktion.

die Expedition der Leipziger Volkszeitung zu richten! Inzertate, Abonnementbestellungen sowie alle anderen geschäftlichen Angelegenheiten sind nicht an die Redaktion, sondern nur an

M. J. Gaußlich. Müßen wir denn nun die Opfer Ihrer Dichtergüsse gerade sein? Sammeln Sie sie lieber, wenn Sie dem Drange nach „poetischem Schaffen“ nicht widerstehen können, und geben Sie sie dann als Band heraus! Der Reim — Dichten Sie nicht wieder, Sie machen sich Rache und vergeßliche Arbeit. M. St., Promenadenstraße. Kein Gedanke, daß wir diese Notiz bringen können. J. M., Leipzig. Es hieße dem monarchisch gestimmten Trottel in den Leipziger Neuesten Nachrichten zu viel Ehre antun, wenn man seinem Geschreibsel nur ein Wort widmete.

## Auskunft in Rechtsfragen.

G. Sch. 10. Ihre Angelegenheit läßt sich schriftlich nicht gut erledigen. Wenden Sie sich zur mündlichen Erörterung an das Arbeitersekretariat im Volkshaus. Mählich. Sie sind in diesem Falle nicht verpflichtet, zum Unterhalte beizutragen.



## Arbeit.

(Schluß.)

[Nachdruck verboten.]

Die Mittagsstunde rückte heran. Wieder eilten Maultier und Pferd in stolperndem Trab über's Feld. Fred sah zusammengeknallt oben und socht einen verzweifelten Kampf mit dem Schlafe aus. Jeden Tag kam der um dieselbe Stunde, er war noch heimlich als der nagende Hunger, sah im Gehirn schwer und übermächtig und lähmte jede Bewegung. Während krampfte sich der Arbeiter die Knie ins Fleisch und rief sich Schweiß und Staub in die brennenden Augen. Wie gern hätte er nur eine Stunde geschlafen, aber es ging ja nicht. Kuschalien! Mit einem Sage sprang er vom Wagen herunter, brüllte die Pferde an und sauste in langen Sprüngen nebenher. Nur ja nicht einschlafen vor all diesen fremden feindlichen Geschöpfen. Wieder lud er seinen Wagen mit blinzelnden Augen schweißtropfend und staubbedeckt, zitternd vor Anstrengung und Schwäche.

Da piff die Maschine. Im Augenblicke stand alles. Er spannte seine Tiere aus und hastete mit ihnen nach der Farm. Die sie laufen und führte sie in den Stall an die vollen Krippen. Dann mußte er sich den Schmutz ab und ging zum Essen in die Wohnstube. Etwa dreißig Mann sahen um die reich gedeckte Tafel. Fred stopfte alles in sich hinein, was er erreichen konnte, und ließ in den Obstgarten. Im Schatten eines alten Apfelbaums legte er sich nieder und schlief augenblicklich ein.

Ihm wars, als könne er nur ein paar Minuten gelegen haben, als ihn jemand wach rüttelte. Er sah verwirrt in das Gesicht des Schotten. „Auf, auf, Fred, du schläfst ja wie tot. Hier sind deine Pferde. Mach zu, sie sind alle schon hinaus.“ Fred stand taumelnd auf. Was war denn los, alle sind hinaus? Wo hinaus? Ach so, auf's Feld, an die Arbeit! Jetzt begriff er erst richtig. Er rief sich die Augen, hastete mit seinen Tieren hinaus aufs Feld und spannte an. Dann lud und entlud er wieder seinen Wagen mit Anspannung der letzten Kräfte, stumpf und mechanisch. Kuschalien, aushalten, hämmerte es monoton wie ein Uhrwerk in seinem Kopfe. Die Stunden verrannen, er wanderte sich fast, als er die Sonnenstrahlen so rot und rund über's Feld gleiten sah und die Maschine feierabend piff. Langsam kletterte er vom Wagen und stolperte mit dumpfem, schwerem Kopf und Gliedern über's Feld. Die Sonne spannt Goldfäden um die fahlgelben Stoppeln, sank dann groß und rot und still im Westen, und die Nacht umflutet die arbeitsmüde Erde mit dunkeln Armen.

Er sah fast nichts beim Abendrot. Ein Eisesgefühl sah ihm in der Kehle, kalte Schauer jagten am Rücken hinab, und vor den Augen war ein Schwirren wie Insekten. Die quälenden Gedanken waren verschwunden, in seinem Kopf wars still und schwer, als läge ein großer blicker Stein darin.

Er brach mit dem Schotten zusammen auf. Auf der Straße machte er die Felle fest und legte sich lang hin. Ein Wellen hörte er noch das Rattern des Wagens, Fieberfröste schüttelten ihn ab, dann schlief er ein. Die Pferde wußten ihren Weg und rannen im scharfen Trab heimwärts. Im Fluße tranken sie und warteten auf den Zuruf; der kam nicht, da zogen sie selbst an. In später Nacht hielt der Wagen auf dem Hofe. Der Reiter schlief noch immer. „Fred, warum spannst du denn nicht aus?“ schrie der Farmer herunter. Da fuhr der Schläfer hoch, spannte mit müden Händen die Tiere aus und ließ sie in den Wald. Die Geschirre warf er auf den Wagen und schickte dann schwankend in seine Kammer. Der Farmer rief ihm auf dem Korridor etwas zu, Fred antwortete nicht. In der dunkelsten Luft der Kammer summierten ganze Schwärme von Moskitos. Er achtete auf nichts, brannte mechanisch die Lampe an und warf sich angeleidet aufs Bett. Nur schlafen, schlafen jetzt. Aber nach der Eröffnung ergriff ihn nun eine nervöse Unruhe. Er wälzte sich ruhelos im Bett, schlug nach den wütenden Moskitos. So vergingen ein paar Stunden. Verzweifelt starrte er mit brennenden Augen an die Decke, die folbare Zeit verrann. Morgen mußte er wieder aufs Feld. Er dachte an die Sonne, den nagenden Hunger und an die Arbeit, die Arbeit. Ein Schauer ergriff ihn. „Aushalten!“ flüsternte seine fiebernden Lippen. Draußen rauschte der Wind in den Zweigen, ein Tier schrie im tiefen wilden Wald. Endlich fielen ihm die schweren Augen zu, der Schlaf gab seinem Körper Ruhe, aber nicht seinen zitternden Nerven. Ein andres Übernahm die Regie, hieß sie ihre Fäden weiter spinnen zum Gewebe des Alltags, der Traum.

Die Stunden wurden zu kurzen Augenblicken, die Uhr schlug zwei hallende tiefe Schläge, er fuhr wieder auf schlafenden Straßen durch den nachts stillen Wald nach dem Felde. Die Arbeit begann. Die Schwarzen waren heute herauf, als wären sie verrückt. Die Garben bildeten eine rauschende dunkle Masse über ihnen, fielen auf ihn in blitzschneller Folge. Er arbeitete mit zusammengeknallten Zähnen in fieberhafter Geschwindigkeit. Der Schweiß schoß ihm in Strömen am Körper herab, die Sachen klitschten an ihm, der Staub schlug ihn nieder, entzündete ein fressendes Feuer auf der Haut und drang in steigenden Schwaden in die Lungen. Er leuchtete erstickend und schnaufend und spie rote Floden. Und immer prasselte das Getreide auf ihn herab, türmte sich zu hohen Wällen und verdunkelte das Licht. Stöhnend schlichtete und schichtete er, wühlte sich stampfend hoch. Verzweifelt schrie er auf, aber die Reger waren weiter, daß die Gabeln blühten, und häßliche Rufe tönten zu ihm herauf. Noch einmal schrie er auf, dann fiel er nieder, und Berge von Getreide stürzten auf ihn. Das Ratten schnitt ihm noch immer ins Ohr.

Da sagte ihm eine Hand und zerrte ihn hoch. Er konnte wieder atmen und schlug die Augen auf. Sein Kopf beugte sich über ihn, er hielt seine noch immer brennende Lampe in der Hand. „Was ist denn mit dir, Fred? Du wilst in den Deden herum und brüllst wie ein Stier. Hast wohl geträumt? — Ist übrigens Zeit zum Aufstehen!“

Ja, er hatte geträumt. Die Arbeit, die verfluchte Arbeit verfolgte ihn bis in seine Träume. Stöhnend preßte er die Hand vors Gesicht, alles an ihm war tropfend naß, seine Glieder schlugen und zitterten wie im Fieber.

Er stand auf und setzte sich wieder. Im Stigen zog er die Jacke an und ging schwankend hinunter. Aller paar Schritte lehnte er sich an und ruhte aus. Die Frau goß ihm Kaffee ein. „Du fühlst dich nicht gut, Fred? Komm, trink. Mein Mann hat schon angefangen, wir haben dich heute ein bißchen länger schlafen lassen.“ Er murmelte etwas Unverständliches und trank eine Tasse Kaffee. Dann ging er hinaus. Die Frau rief ihm nach, ob er nichts essen wollte. Er vernahm und kletterte auf den Wagen. „Aushalten oder sterben!“, murmelte er. Der Boh betrachtete ihn prüfend. „Siehst schlecht aus, Fred. Na, die paar Tage wirst wohl noch gehen, mußt dich ein bißchen zusammenehmen.“ Zusammenhmen? Als ob die letzten Tage etwas anders als ein mißliches Zusammenhmen gewesen wären. „Kannst du mir nicht mein verdientes Geld auszahlen und mich gehen lassen? Ich kann ja nicht mehr.“ sagte der Arbeiter mit leiser Stimme. „Fred, es geht nicht, du mußt aushalten.“ sagte Colton ruhig. „Nach keine Geschichten.“ setzte er schnell hinzu, als er den drohend aufzukundenden Blick des Arbeiters sah. „Du weißt, ich bin im Recht! Du befinnst dich doch noch auf unferm Kontrakt, nicht? Wenn fünfundsamzigsten hast du von mir keinen Cent zu verlangen, und willst das erzwingen durch Drohungen, so kann ich dir mit dem Revolver antworten. Du kennst doch unfre amerikanischen Gesetze?“ Fred starrte ihn einen Moment an, Blut und Verzweiflung im Blick, dann wandte er sich wortlos um und fuhr los.

Er kam heute zu spät aufs Feld, alle Wagen luden schon. Mit zitternden Beinen stand er auf und machte die Felle fest. Mechanisch die Hände bewegend, lud er; wenn es ihm zu viel Garben waren, warf er einige wieder herunter. Die Reger schrien herauf, er solle sich vorsehen. Mühsig antwortete er, daß er das mit Absicht täte, es ginge nach ihm, wie geladen würde. Sie schimpften, und einer lief fort und beschwerte sich bei dem Dicken. Unterdessen hatte der Deutsche den Wagen voll, fuhr nach der Maschine und lud ab. Dann kleg er herunter und trant einen Topf voll aus dem Trinkwasserfass. Alles tat er wie geistesabwesend, gelassen und langsam. Er sihlte heute keinen Hunger und schwitste nicht. Aber in seinem Kopfe glühte und flammte etwas, und wenn er sich blinnte, wars ihm, als ob geschmolzenes Blei darin schwappte.

An seiner Reihe hielt der Farmer auf dem Pferde und fragte ihn, ob er nicht etwas schneller arbeiten wolle, die Reger beschwerten sich, sie könnten nichts verdienen. Fred erklärte ihm ruhig, daß er krank sei und nur darauf warte, vollständig zusammenzubrechen. „Well, man sieht Ihnen an. Aber da hätte doch Colton kommen können.“ drumpte der Mann und ritt fort. Noch einen halben Wagen lud er voll, da fing plötzlich der Wagen und das ganze Feld an, sich zu drehen, selbst die Sonne am Himmel beschrieb flammende Kreise. Fred ließ die Garben los, eine unendliche Angst preßte ihm das Herz zusammen, kalter Schweiß trat ihm auf die Stirn. Mit leiser, qualvollen Stöhnen sank er in die Knie und schlug die Hände vors Gesicht. Die Schwarzen hielten ihm noch ein paar Garben aus den Kopf geworfen und starrten ihn jetzt mit offenen Mäulern an. Pöhllich rief der eine zum andern Wagen hinüber: „Gentlemen, haben Sie schon mal so was gesehen, der Deutsche ist eingeschlossen!“ Fred vernahm die Worte wie von weit her; erst allmählich wurde ihm ihr Sinn klar. Was war das, er wäre eingeschlossen? Diese Kunde wußte, daß er schon wochenlang täglich nur vier Stunden schlief, daß ihm das Fieber in den Knochen lag, und der Reger schimpfte ihn Dutzman! Da erwachte etwas in ihm. Jetzt mißte er anhalten oder niemals mehr. Er richtete sich auf und sah den Reger mit funkelndem Blick an. Verschwunden war plötzlich die Schwäche seines Körpers, eine fürchterliche Wut stieg in ihm auf. Jetzt wollte er ein Ende machen so oder so. Er nahm die Peitsche und sprang vom Wagen. Der eine rannte davon, der andre schwang ähnelnd seine Gabel. „Da hast du den schlafenden Dutzman, bloody Nigger!“ Der lange Riemen piffte durch die Luft und zog einen roten Streifen über das schwarze Gesicht, der Reger warf die Gabel nach ihm, er wich aus, sie fuhr in den Boden und blieb zitternd stecken. Der Reger schloß, Fred hinterdrein und zog ihn noch ein über. Vom Feld kamen einige Leute auf ihn zu, er fuhr wütend auf sie los, da stoben alle vor dem Verferker davon. Er sagte sie über's Feld, wie der Wind das dürre Laub. Der Farmer schrie ihm zu, was für ein Teufel ihn plage, die Leute zu schlagen. Fred blieb stehen, er wollte keinen Streit mit ihm. Dem Reger hatte er geantwortet, hier war er fertig. Er sprang auf seinen Wagen und fuhr ab, noch im Fahren stieß er die letzten Garben mit den Fellen herunter.

Die Pferde griffen aus, der Wagen sauste über das sonnenbeschienene glühende Feld, eine wallende Staubwolke hinter sich. Der Deutsche schwang die Peitsche, das Knallen knatterte wie Gewehrfreier in der heißen trocknen Luft. Jetzt ging's heim und fort. Aber auf sein Feld wollte er nicht verzichten, er wollte alles wagen. Wings schief, dann blieb ihm nur noch eins — er griff an die Hilfenstange und sihlte die harte Kandung seines Revolvers. Seine Rippen schlossen sich fest, auf den Backenknochen glühten zwei rote Flecken, zwei einzelne Schweißtropfen rannen über sein staubig graues Gesicht. Der Wagen raste die Straße entlang, die Pferde ranneten mit flatternden Mähnen und schnaubten tief und freudig, daß es so früh schon heim ging in den kühlen Wald. „Ihr habt heute einen Feiertag, ich vielleicht für immer — na, never mind! Gett up!“ Da hörte er ein Rufen hinter sich, ein Reiter kam angaloppiert. „Wenn ihr vielleicht noch etwas wollt, ich bin bereit, aber ich mache Ernst.“ sihlte er, und nahm den Revolver in die Hand. Da erkannte er den Reiter, es war Mac Hallan, sein Freund. Er winkte ihm heran. „Geht du fort, Fred?“ „Ja, es geht nicht mehr, adieu!“ „Fare well, Fred! Vielleicht kauft du noch was herausquetschen aus Colton. Schreib mal von drüben aus deiner Heimat.“ „Da, fare well, Mac!“ Der Reiter winkte grüßend mit der Hand und ritt zurück.

Der Wagen rollte dröhnend in den Wald hinein, und eine Stunde später hielten die Pferde schweigend auf dem Hofe. Sie wollten zum Wasser, er drängte sie zurück, brachte sie in den Stall und legte ihnen Decken aus. Dann ging er ins Haus.

In der Küche stand die Frau und blinnte ihn bleich und besorgt an. „Mrs. Colton, ich höre auf, bin zu krank. Bitte, geben Sie mir mein verdientes Geld.“ sagte er ruhig. Die Frau erschrak. „Ich habe gar nicht so viel im Hause. Mein Mann ist fort!“ „Dann geben Sie mir, was Sie haben, ich bin ohne Geld verloren, ich habe das Fieber.“ Die Frau machte eine Bewegung nach der Türe. „Bitte, laufen Sie nicht fort, sonst — es läte mir leid.“ sagte er drohend. Sie nahm Geld aus dem Wandbrieh. „Hier sind achtzehn Dollar und vierzig Cent; es ist alles, was ich habe, Sie können es mir glauben!“

Fred nahm es dankend, sagte kurz Adieu und ging hinaus. Er ging dem Strome zu, wollte mit dem Dampfboot fahren. Da hörte er das Knarren eines Wagens im Walde. Es war Colton mit einer Fuhrer Dachzettel. Fred trat ins Bewußt und ließ ihn vorüber. Seine letzte Unterredung mit ihm fiel ihm ein. Er hatte doch Geld bekommen, dabei gedroht, einer Frau sogar, eine unzersehbliche Tat bei einem Amerikaner. Wenn der Boh hörte, was geschehen war, sagte er ihm sicher nach. Er beschleunigte seinen Schritt, und sah bald den Strom vor sich glitzern. Er überholte einen alten Mann auf einer Döfenkarre. Der Alte grüßte freundlich, Fred fragte, wann das nächste Dampfboot käme, fuhr aufwärts. Der Jesus, junger Mann, da liegt's ja an der Brücke. Sift der Manitou, gleich fährt er ab.“ schrie der Alte eifrig. „Ja.“ sagte Fred schnell schon im Laufem. „wenn etwa Colton kommt, sagt nicht, daß ihr mich gesehen habt. Er will mir zu Leibe.“ „O Gott nein! Colton ist ein harter Mann. Macht schnell! Ihr kommt noch mit!“

Fred sah den schwarzen schlanken Schornstein über dem Güter-schuppen. Er schoß im Galopp darauf zu, das Laufen fiel ihm furchtbar schwer. Eben zogen die Matrosen das Laufbrett ein, sie sahen ihn nicht. Eben wendete der große weiße Dampfer schwerfällig den Bug vom Lande. Da hörte er einen Piff hinter sich. Er sah sich um. „Colton!“ schrie der Alte, und zeigte die Straße aufwärts. Er biß die Zähne zusammen und rannte mit drehenden Knien weiter. Da slug wieder alles an sich zu drehen. Ein Spalt klaffte vor ihm, er sah ihn unendlich wie im Nebel, aber er wagte den Sprung. Mit lechter gewaltiger Kraftanstrengung setzte er hinüber auf die breite Scherleiste des Schiffs. Da sihlte er einen brennenden Schmerz am Schenkel. Er sah sich um; am Meer hielt Colton auf dem Pferde, er nahm eben das Gewehr von der Wade. Also mit Augen bezahlte er den Rest des Lohns für seine harte Arbeit! Er sihlte schmerzhaft auf, die Sinne vergingen ihm. Da tauchte ein häßliches Gesicht vor ihm auf. „Was ist's mit euch, Mann, daß der da auf euch sihlte? Was habt ihr ausgekreßen?“ „Nichts, nichts, ich —“ stöhnte der Deutsche. Der Kapitän warf noch einen prüfenden Blick auf das Schmerzverzerrte, leichenblaue Gesicht vor ihm, dann zerrte er ihn über die Reeling. Fred hörte noch ein Summen von Stimmen wie aus weiter, weiter Ferne, in seinen Ohren dröhnte es, dann wurde es dunkel vor den Augen.

Auf der Brücke stand Colton und verlangte dorthin die Auslieferung des Mannes. Ein Matrose machte ihm lächelnd eine lange Nase. Die mächtigen Schaufelräder griffen in das Wasser, und der Manitou schoß in den sonnenbeschienenen Strom hinaus.

KURT SCHNE.

## Leuchtplanzen.

In älteren Naturgeschichte und Reisebeschreibungen liest man oft recht Abenteuerliches von leuchtenden, flammenden oder brennenden Pflanzen. Wenn wir dergleichen vorurteillos prüfen, so fällt ohne weiteres auf, daß es sich hierbei meist um arge Uebersreibungen handelt. Allein die häufige Wiederkehr von gleichartigen Beobachtungen, wie auch der Umstand, daß wir bei Schriftstellern, die nicht als phantastische Naturen, sondern als nüchtern denkende Forscher bekannt sind, auf Angaben über dergleichen Erscheinungen stoßen, bringt uns wohl ohne weiteres zu dem Schluß, daß irgend etwas Wahres an all diesen Schilderungen sein muß. Und so ist es in der Tat. Wir haben nur nötig, den phantastischen Inhalt der Erzählungen und Berichte auszumergen, der verbleibende nüchternere Kern führt uns in eins der interessantesten Gebiete aus dem Leben der Pflanzenwelt, zu den Leuchtplanzen, einer Pflanzengruppe, die neuerdings die Forscher stark beschäftigt.

Schriftsteller des Altertums wissen schon von Leuchten *Janetia* oder *Naumstium* zu berichten, ohne aber eine Erklärung für das Wesen der Erscheinung geben zu können. Als man den Phosphor und seine leuchtende Eigenschaft kennen gelernt hatte, wurde dieser für das Aufleuchten faulenden Holzes haltbar gemacht. Es ist kaum ein halbes Jahrhundert her, daß dieser Glaube abgetan wurde, und man weiß, daß als Erreger der Lichterscheinung Pilze in Frage kommen. Nicht um einen gemischten Vorgang, sondern um eine Leuchterscheinung handelt es sich hier. Auf die Anwesenheit von Pilzen sind fast alle Erscheinungen zurückzuführen, die uns von leuchtenden Gestalten aus moorigen und sumpfigen Gebieten überliefert werden.

Auch jenes Meerleuchten benannte Phänomen, von dem alle Seefahrer in mehr oder minder glühender Sprache zu reden wissen, kommt häufig durch Vegetabilien zustande, zum mindesten sind solche an dem Meerleuchten beteiligt. Das Meerleuchten ist nicht nur in allen Meeren beobachtet worden, sondern selbst in Winterzeiten. Am schönsten zeigt sich diese Erscheinung jedoch in der heißen Zone und in schwülen Sommernächten. Alexander v. Humboldt schilderte dies Meerleuchten nach einer Fahrt nach dem neuen Erdteil: „Der das Phänomen nicht unter den Wendekreisen gesehen, hat nur eine unvollkommene Vorstellung von der Majestät dieses großen Schauspieles. Wenn ein Kriegsschiff bei frischem Winde die schäumende Flut durchschneidet, so kann man sich, auf einer Seitengalerie stehend, an dem Anblick nicht satttügen, welchen der nahe Wellenschlag gewährt. So oft die entblößte Seite des Schiffes sich umlegt, scheinen bläuliche und rötliche Flammen blühähnlich aufwärts zu stiehn. Unbeschreiblich prachtvoll ist auch das Schauspiel in den Meeren der Tropenwelt, das bei jüngerer Nacht eine Schaar von sich wälzenden Delfinen darbietet. Wo sie in langen Reihen treibend die schäumende Flut durchsurden, sieht man durch Funken und intensives Licht ihren Weg bezeichnen.“

Nicht nur niedrigorganisierte Pflanzen verstehen sich auf das Leuchten, sondern auch bei Blütenpflanzen sind Lichterscheinungen nachgewiesen worden, wie hier in den Kreis unserer Betrachtung zu ziehen haben. Die Tochter des Botanikers Rumb beobachtete an einem schwülen Juliabend, wie auf einem mit der Kapuzinerkresse besetzten Gartenbeete aus den Blumen bald hier, bald dort ein kleiner Feuerfleck aufblühte. Die gleiche Erscheinung konnte in der Folge auch an einigen anderen bekannten Gartenblumen festgestellt werden, so an der Ringelblume, der Feuerkille und der Studenten- oder Samtblume. Immer handelte es sich um Blumen von ausgesprochenen feurigen Farben und um Beobachtungen, die an warmen, schwülen, aber doch nicht feuchten Sommerabenden gemacht wurden. Das Aufleuchten war mit kleinen elektrischen Funken vergleichbar. Goethe berichtet in seiner Gartenlehre von einem Leuchten der Rohnblume. Später wurde das Aufleuchten noch beobachtet bei Sonnenrosen, bei der meisten Kamille und bei der Nachtkerze. Weitere Forscher haben für solche Blumenblühe elektrische Energie verantwortlich gemacht, ohne aber einen bestimmten Nachweis dafür zu erbringen.

Sehen wir nun einmal, was uns die heutige Wissenschaft über das Wesen der Leuchtplanzen zu melden weiß. Ein gewisses Aufsehen erregte die Leuchtplanzen, die auf einer Wiener Blumen-ausstellung im Herbst 1910 ausgestellt waren. Hat man doch selbst von einer industriellen Ausbeutung der Entdeckung geredet. Aber so geht es nun einmal, irgendetwas, oft noch nicht einmal sehr wesentliche Entdeckungen und Entdeckungen werden dem Publikum mit einer übertriebenen Wichtigkeit präsentiert, die hinter der Wahrheit weit zurückbleibt. Daran braucht nicht der Forscher Schuld zu tragen; meist befragen das die Leute, die nur „in Entzation machen“ und die irgend etwas geföhrt haben. Die Wahrheit über die Leuchtplanzen ist dieses: Professor Dr. Wollich beschäftigt sich seit Jahren mit der Anzucht von Leuchtplanzen. Die am häufigsten leuchtenden Bakterienart heißt *Pseudomonas lucifera*, und diese war auf der Wiener Ausstellung dem Publikum zur Schau gestellt. Zu diesem Zwecke waren bei glodenartigen Glasgefäßen die inneren Wände mit einer Mischung von 100 Teilen Gelatine und einem Teil Pepton bestrichen. In diese Nährsubstanzen wurden dann Leuchtplanzen eingepflanzt. Nach zwei bis drei Tagen hatten sich die Kulturen so weit entwickelt, daß ihr Leuchten wahrnehmbar wurde. Das Leuchten verstärkte sich bald derart, daß bei dem blaugrünen Lichtschein sehr wohl eine Zeitung gelesen werden konnte. Die Leuchtplanze hielt etwa 14 Tage an. Mancherlei Experimente zeigten, daß nur bei Anwesenheit von Sauerstoff ein Leuchten möglich war, in einer geschlossenen Glasröhre waren Leuchtplanzen auf flüssiger Gelatine vorhanden. Da die Röhre nicht vollständig gefüllt war, entstand eine kleine Luftblase. Stand die Röhre senkrecht, so leuchteten nur die oberen Bakterien, lehnte man die Röhre um, so daß die Luftblase langsam durch die Gelatine sick, leuchteten nach und nach die Bakterien auf, bis endlich die ganze Röhre für eine Weile ihr Licht erstrahlen ließ. Es ist auch gelungen, mit dem Licht solcher Bakterienkulturen photographische Aufnahmen zu machen. So wurde eine Schillerlampe bei künstlicher Beleuchtung mit dem Lichte einer Leuchtplanze aufgenommen.

Diese Lichterscheinung ist ein Lebensvorgang, der auf das engste mit der Atmung in Zusammenhang steht. Daher kommt es auch, daß bei außerordentlich starker Sauerstoffzufuhr das Leuchten sich verliert. Mit Verwesungserscheinungen vergebender organischer Stoffe hat dies Leuchten nichts zu tun.

Leuchtende Pilze lassen sich übrigens ohne viele Mühe auch im Zimmer „kultivieren“. Wir brauchen dazu keine Leuchtplanzen, sondern nehmen einen andern Pilz, der in unsern Wäldern weit verbreitet ist. Es ist der *Hallimaia*, der mit seinem dicken Rindengewebe von brauner Farbe das Holz und die Rinde vieler Waldbäume, namentlich Eichen, Buchen, Nichten und Kiefern durchzieht. Wenn wir diesen Pilz an modernen Baumstämmen der genannten Bäume finden, so lösen wir die Rinde mit den Wurzelsträngen ab, tun gleich feuchtes Moos darum und heben es zu Hause an feuchter Stelle auf. Nach ein paar Tagen wird sich beim Durchmustern, das natürlich in völliger Dunkelheit zu erfolgen hat, ein mildes Licht zeigen, das von frisch treibenden Myzelsträngen herfließt.



Eben dieser Vollmacht ist es auch, der die Baumstämme der Moore und Sümpfe aufleuchten läßt. Da diese Lichterscheinungen am auffälligsten an schwülen Tagen bemerkt werden, läßt sich annehmen, daß Wärme und Feuchtigkeit das Vegetieren des Pilzes ganz besonders begünstigen. Neben diesem Pilze kommen noch etliche andre Arten von gleicher Lebensweise für das Aufleuchten des Holzes in Betracht. Die bei uns heimischen Pilze dieser Art vermögen aber lange nicht mit ihren Schwestern der Tropen in Wettbewerb zu treten, denn dort brauchen die Leuchtorgane die Konkurrenz stark leuchtender Leuchtinsekten nicht zu fürchten. Sogar kommt noch, daß in den Tropen auch viele Pilze mit ihren Fruktifikationsorganen — das sind jene Gebilde, die der Laie eigentlich als Pilze bezeichnet — leuchten. Auch den in den Tropen lebenden, Pilzblumen genannten, eigentümlichen Pilzengestalten ist oft ein Leuchten ihrer Fruktifikationsorgane eigenartig.

Auch bei jenen Lebewesen, die das Meerleuchten hervorbringen — in dem Westafrika verstreuten Guineastrich ist es vorwiegend eine kleine, einzellige, kugelige Art, *Pyrocystis noctiluca*, die hier in ungeheuren Mengen austritt und dank ihrem starken Leuchtvermögen lebhaften Anteil an dem Meerleuchten hat — wird die Erscheinung auf Atmungsvorgänge zurückgeführt.

Dabei wird es bei dem Leuchten der Bakterien, Pilze und Algen mit einer biologischen, im Wesen der Individuen selbst begründeten Erscheinung zu tun, so zeigt sich das Leuchten bei den weiter oben genannten Kapuziner-, Mohr- und andern Algen als ein physikalischer Vorgang, der mit dem eigentlichen Leben der Pflanzen nichts zu schaffen hat und der sich im Laboratorium leicht nachahmen läßt. Es ist eine Art St. Elmsfeuer, also ein Ausstrahlen elektrischer Spannungen. Ein Forscher hat diese Lichterscheinungen künstlich hervorgerufen an Eichen, Eichen und Nichten und sie durch die photographische Platte festgehalten. Die Pflanzen wurden mit einer Influenzmaschine elektrisch geladen. Sobald ein an den andern Konduktor der Maschine befestigter Draht in die Nähe der Pflanzen gebracht wurde, entstanden die elektrischen Funken aus den Zweigspitzen der Pflanzen. Bei positiver Ladung der Pflanzen traten die Funken in Form eines Lichtbogens aus, im andern Falle zeigten sie sich als kleine Funken.

Ob aber die Elektrizität in allen Fällen für das hier in Frage kommende Leuchten der Pflanzen verantwortlich zu machen ist, muß doch noch dahingestellt bleiben. Es ist nicht unmöglich, daß die Blumenleuchten eine rein optische Täuschung ist. Professor Thomas weist nämlich auf ein Experiment hin, durch das das Blumenleuchten eine einfache Erklärung findet. Man besetze ein Quadratblatt Papier von sattblauer Farbe mit 4 oder 5 Quadratcentimeter großen Stücken eines feuerroten Papiers bis 5 bis 10 Zentimeter Entfernung. Das Rot erscheint nun im Tageslicht viel leuchtender als das Blau; in der Dämmerung ist es umgekehrt, schließlich sieht man schwarz auf hellgrauem Grunde. Fixiert man zu einer Zeit, da Druckstrich noch eben lesbar ist, eine der roten Papierstücke, so nimmt dieses sofort eine unerwartete Leuchtfarbe an, es blüht förmlich auf. So kann man durch aufeinanderfolgendes Fixieren der roten Flecke alle Stadien aufhellen lassen. Wählt man aber auf Blau, so erscheinen alle roten Punkte dunkel. Für diese Erscheinung gibt der genannte Forscher folgende Erklärung: Bei der Dämmerung überwiegt bereits der Einbruch, den wir durch die Tätigkeit des Dunkelapparates unserer Netzhaut, nämlich der farbigen Netzhaut, erfahren. Die Lichtstärke aber reicht eben noch aus, um den roten Gegenstand durch den farbenempfindlichen Hellapparat, nämlich durch die Zapfen der Netzhautgrube und ihrer nächsten Umgebung, als rot wahrnehmen zu lassen, vorausgesetzt, daß das Bild des roten Objektes auf diesen Teil des Augenhintergrundes fällt, was beim Fixieren eintritt. Bei völliger Nacht ist das Licht zu schwach, um die Zapfen noch zu erregen; deshalb wird die ausfallende Lichterscheinung auch nur in der Dämmerung wahrgenommen.

Wenn wir uns mit den Leuchtorganen beschäftigen, so dürfen wir eine kleine Gruppe von Pflanzen nicht übergehen, die zwar nicht selbst Licht abstrahlen, die aber dennoch infolge eigenartiger biochemischer Verhältnisse einen Lichtschein, und zwar auf rein physikalischen Wege erzeugen. Ein typisches Beispiel dieser Gruppe ist das Leuchtmoos, ein kleines, wenige Millimeter großes Pflänzchen, das in den Klüften und Spalten der Schiefer- und Granitgebirge Mitteleuropas heimisch ist. Im Fichtelgebirge, im Thüringer Wald, in der Pfalz und im Wuppertal liegen die hauptsächlichsten deutschen Fundstätten. Viele hundertmal hat dies Pflänzchen Anlaß gegeben zu Sagen von vergabenen Schätzen, und mancher goldgierige Schatzheber ist durch das Leuchtmoos geirrt worden. Der einmal diesen smaragdgrünen Schimmer, der von dem Standort des Leuchtmooses ausgeht, mit eigenen Augen aufgenommen hat, der versteht ohne weiteres, wie die Märchen von den vergabenen Schätzen entstehen konnten. Es ist hier ebenso wie bei dem Leuchten moderner Holzess im Moor — die menschliche Phantasie macht gar zu leicht die absonderlichsten Seitenprünge.

Das Leuchten des Leuchtmooses kann nur am Standort der Pflanze beobachtet werden. Neben wir einiges von dem leuchtenden Geräusch auf, um es näher in Augenschein nehmen zu wollen, muß die Lichterscheinung verschwinden, unser Blick fällt nur auf schmierige Gesteinstrümmel. Um das Leuchten dieses Pflänzchens verstehen zu können, müssen wir uns seinen Bau näher betrachten. Die Pflanze besteht aus einem Vorkeim, der aus Sporen hervorgegangen ist, den die Moospflanze erzeugt. Die Lichterscheinung geht von dem Vorkeim aus. Dieser besteht aus einem Gewirre festerer Zellen, die aus schlauchförmigen, aneinandergereihten Zellen gebildet werden und über den Boden des Standortes hinstrecken. Von den Zellen erheben sich zahlreiche kleine Leuchtorgane nach oben, die, in Flächen angeordnet, eine Anzahl runder Zellen tragen. Diese Zellen sehen aus wie bereit, daß das in die Luft einfallende Licht senkrecht auf sie strahlt. An der dem einfallenden Licht abgewandten Seite der runden Zellen sind ein paar Chlorophyllkörper zu bemerken. Der vordere Raum der Zelle ist leer, er wirkt als Hohlkugel und bricht das einfallende Lichtbündel parallel zur Zellenachse. Ein Teil der Lichtstrahlen wird von den Chlorophyllkörpern aufgefangen, das übrige wird zurückgestrahlt und kommt so jenen Hohlkugeln zufließen — das sind die Chlorophyllkörper — zurückgeworfene Licht ist es auch, das von unsern Augen wahrgenommen wird. Da die Lichtstrahlen flächenförmig so hintereinander stehen, daß sie sich in der Lichtaufnahme möglichst wenig behindern, so wird dadurch auch die Menge des zurückgestrahlten Lichts vergrößert. Die Pflanze genießt von der eigenartigen Anordnung der Zellen den Vorteil, daß ihr an dem an und für sich dunkleren Standort dennoch eine für ihre Lebenszwecke genügend große Menge Sonnenlicht zur Verfügung steht.

Dr. M. Kraft.

## Kleines Feuilleton.

### Große Kunstausstellung Stuttgart 1913.

Das neue Kunstgebäude, das Theodor Fischer auf dem Terrain des früheren Stuttgarter Hoftheaters errichtet hat, ist mit einer großen Ausstellung von Gemälden, Skulpturen und graphischen Arbeiten eröffnet worden. Gar zu lange hatte es in Stuttgart für solche Zwecke an geeigneten Räumlichkeiten gefehlt, die keine auf ernsthafte Kunstpflege bedachte Stadt dauernd entbehren kann; und in richtiger Erkenntnis der Bedeutung, die dem neuen Haus für das Kunstleben des Landes und der Hauptstadt zukommt, hat man nun bei dieser ersten Ausstellung besondere Anstrengungen gemacht: auswärtige Künstler von Ruf sind persönlich zur Beteiligung eingeladen worden, und Stadt und Bürgerschaft haben zum Ankauf von Kunstwerken für die Galerie die respektable Summe von 300 000 M. aufgebracht — eine Opferwilligkeit, an der man sich in Leipzig ein Beispiel nehmen könnte.

Den Umständen, daß in Stuttgart regelmäßige größere Jahresausstellungen nicht üblich waren, darf auch der von auswärts kommende Besucher nicht vergessen. Er findet dann leicht eine Erklärung dafür, daß die letzte Ausstellung weder einen ultra modernen Charakter trägt, noch den heimischen Künstlern besondere Vorrechte einräumt. An sich wäre es gewiß ein schöner Gedanke gewesen, die württembergische Kunst, die an seinen Individualitäten reich ist,

bei dieser Gelegenheit zusammenfassend zu repräsentieren, und dabei auch die beiden Frühwerkstätten, deren Wert man jetzt immer höher schätzen lernt, Pleuer und Otto Reisinger, nochmals zu ehren. Um dem lokalen Kunstleben stärkere Anregungen zu geben und allerlei notwendige Vermittlungen nachzuholen, hat man eine allgemeine Ausstellung vorgezogen. Die Gesamtleistung, die dabei aufgefunden worden ist, steht etwa auf dem Niveau einer guten Sommerausstellung der Münchner Sezession. Nicht nur, daß das gefällige Arrangement und die behagliche Inneneinrichtung auf diese Schule weist, auch in der Auswahl hat man sich vor allem an die bodenständige und reife deutsche, speziell süddeutsche Kunst gehalten (abgesehen von einer Kollektion bereits klassisch gewordener Franzosen, die einen Saal für sich füllt) und die sehr unstrittigen Experimente der jungen Generation vermieden. Und so sehr immer wieder dagegen Einspruch zu erheben ist, daß, wie bei uns in Leipzig, blind und wahllos alles, was aus München kommt, hingenommen wird, so gern wird man zustimmen, wenn die gute künstlerische Tradition, die dort zu Hause ist, sich auch anderwärts hin verpflanzt.

In der großen Ruppelhalle, die zugleich für repräsentative Zwecke, Kongresse, musikalische Aufführungen und ähnliches gedacht ist, hat man diesmal die Raumwirkung leider durch einen niedrigen Einbau zerstört; sonst hätten sich hier die monumentalen und großen dekorativen Gemälde zu einem imposanten Gesamtbild vereinigen lassen. Neben bekannten Arbeiten von Hodler und Egger-Lienz findet man als stärkste individuelle Leistung der modernen Monumentalmalerei die Ausmalung des Heiligen Geistes von Max Beckmann. Diese Versuche Beckmanns verdienen darum besondere Aufmerksamkeit, weil sie eine Fortsetzung der Linie Rubens-Desacroy bedeuten; d. h. er sieht die Aufgabe nicht, wie die meisten heute, vor allem in einer rhythmischen Gliederung der Wandfläche, sondern sieht das Monumentalbild als eine große dramatische Komposition. Er gibt das Pfingstwunder etwa in der Art einer bunten und erregten orientalischen Marktscene, und weiß die Gebärden so zu heigern, die Farben so zum Glänzen zu bringen, daß das innere Pathos dem großen Maßstab der Darstellung durchaus entspricht. Auch in Ludwig Herters Kreuzabnahme spürt man eine an den slawischen Barockmalern geknüpfte Kraft; in der braunroten Modellierung, der Wucht der Pinselzüge und dem festen Zusammenfließen zur plastischen Gruppe; doch ist gerade dies letztgenannte Moment nicht glücklich mit der großen Fläche zusammengearbeitet und bringt daher in das Bild etwas Akademisches. Der Schweizer W. R. M. Berger zeigt eine gewaltvolle Totenfeier, in der er sich ein solches Komposition und Charakteristik anschließt; Karl Caspar eine Pietà von ergreifendem Ernst, aber zu trüb in der Farbe, und das leuchtendere, leise an Greco mahnende Gethemane; C. S. S. ein großes dekoratives Bild: Die Wächter, dessen Format doch wohl der natürlichen Verfassung des Künstlers nicht ganz folgt. Der bisher in Karlsruhe tätige, jetzt nach Stuttgart berufene Altlerer sucht zwischen dramatischer Komposition und dem auf wenige gedämpfte Töne gestellten Planchéstil zu vermitteln, ohne in dem Dyrheus und dem Christus im Sturm schon zu einer völlig befriedigenden Lösung zu gelangen. Den Tendenzen der jüngsten Generation nahe verwandt ist das, was S. J. und seine Schüler anstreben: eine aus kleinen Farbflecken wie aus bunten Glascherben zusammengesetzte Malerei, deren dunkles Glänzen an alte Kirchenfenster erinnert; besonders der junge G. B. G., der gleichmäßig in der Mannheimer Künstlerbund-Ausstellung hervortritt, scheint mir hier ein vielversprechendes Talent zu sein.

Nicht alle Arbeiten freilich, die durch ein bedeutendes Thema und großen Umfang die Aufmerksamkeit auf sich lenken, vermögen sich auf die Dauer zu behaupten. An V. G. und A. H. S. Dreifaltigkeit; Kreuzigung führt ein zu penibler Realismus und das Gassen am Modell, Illge, die hier um so peinlicher berühren, als das Mittelstück eine Reminiszenz an Brinths Taplauer Kirchenbild wachruft. Laugmann hat in seiner Bauernhochzeit auf der Art ein höchstes Genremotiv unnötig aufgebauscht. F. G. und S. P. erzielen in ihren Reiterbildern wenigstens gute dekorative Wirkung. In den beiden neuen Arbeiten von R. A. und B. G. G., dem Kircheninterieur und dem Karfreitag, fehlt es nicht an Stimmung und feiner, malerischer Einzelheiten, aber das Malerische hält sich nicht auf der Höhe früherer Werke. A. M. A. hat den Schauspielerszenen als Maler gemalt (in der berühmten Dreifaltigkeit von B. G. G. ist doch das er sich rühmte dürfte, dem geläufigen und delikaten Bild gleichzukommen, das einst Ulbe aus demselben Motiv gemacht hat. Karl G. G. gibt seinen letzten Darstellungen aus dem Schifferleben eine stärkere, allerdings auch etwas kalte Farbigkeit.

Von den Stuttgartern fallen besonders ein paar gute Porträts auf: ein Herrenbildnis von P. A. K., nicht so frappant lebendig wie die beiden jetzt in der Berliner Sezession gezeigten, dafür weicher und voller im Ton; ein sehr nobles Stimmungsbild von S. G. W. (Die Witwe) und das Bildnis einer jungen Dame von A. H. G. Dazu kommen ein treffliches Still Stillmalerei von W. I. N. und ein feines Interieur von S. M. V. von Eisenberg; keine Genrefiguren von Berger und M. L. G., deren kräftiges Selbstbild auf die Schule faures deutet; Stimmungsvolle Landschaften von D. G. und S. G., die Reminiszenzen an die selbstständigeren Stammbach, Schleimer und Vogelberger; auch die feinsinnige Malerin der schwabischen Art, Maria Caspar-Filser, ist mit einer schönen Vorstellungslandschaft vertreten.

Eine geschmackvoll gewählte Münchner Kollektion steht, wie gesagt, unter den übrigen deutschen Beiträgen oben: Grob, Damberger, Panek, Hummel, Joseph, Kühn, N. H. B., Piepho, Koloff, Pittner, Lichtenberger, Unold sind mit charakteristischen Proben ihrer bekannten Kunst zu finden. Der Berliner Impressionismus tritt im Verhältnis zu der Bedeutung, die ihm zukommt, in der Ausstellung etwas zurück. Dagegen ist Karlsruhe durch Thoma und Trübner, Hill und Sellawig und jüngere Kräfte angemessen repräsentiert. Dresden vor allem durch K. H. S., S. G., G. G. und A. G. L. Des letzteren Landschaft mit Pferdgespann, die wir auch einmal hier in Leipzig hatten, hat sich die Staatgalerie Künzleweise gekümmert.

Was dann die Stuttgarter Veranstaltung weit über das Niveau einer Jahresausstellung hinaushebt, ist der Saal der großen französischen Meister. Die Jubiläumsgestaltung der Münchner Maler, die ja noch nicht allgemein zugänglich ist, und mehrere Schweizer und Pariser Privatammler haben das Material hergegeben, etwa drei Dutzend Bilder, an denen sich der Verlauf der impressionistischen Malerei in Frankreich ausgezeichnet demonstrieren ließe. D. A. M., mit dem grandiosen Drama, und M. A. G., mit dem Frühstück im Atelier, beginnen die Reihe. Ein paar frühe Arbeiten von Monet und dem feinen S. G. (Pissarro) ist mit späteren Stücken vertreten) zeigen die Anfänge der impressionistischen Landschaft, die nicht nur zeitlich sich mit der letzten Phase Corvats berühren. D. G. A. M. K. bedeutet für die Eindrucksmalerei einen Höhepunkt. Neben dieser charakteristischen Interpretation der Wirklichkeit steht Renoir, mit seiner Landschaft von Margemont, bereits in den sechziger Jahren als ein eigenwilliger Dichter der Farbe, der das Sichtbare in ein buntes Meer verwandelt. C. G. A. M. verrät in dem Bildnis des Antonin Balabreque, in der stillbaren Tonigkeit formstiftender Valeurs, die Herkunft von Delaunay und die Verwandtschaft mit unserm Reich. Und der einflussreichste Teil von Cézannes Spätzeit verbindet sich schließlich bei Gauguin mit einer exotischen Romantik, um die Seele durch die geheimnisvolle Einheit primitiver Formen und verhaltener Güten zu faszinieren.

Auch das verdient Anerkennung, daß die Plastik nicht wie sonst in großen Ausstellungen als Stiefkind behandelt worden ist, sondern nach Zahl und Qualität der Werke stattdessen zur Geltung kommt. Neben Kolbe, Altkirch, Dörger und manchen andern, deren Eigenart bekannt ist, findet man den bei uns so selten erscheinenden Niedlitzer, der ähnlich wie Hilberand einem plastischen Ideal nachstrebt; dann Janas Tschirner mit einer Schillerstatuette und einem ausdrucksvollen Kreuzifix in Silber, den kürzlich verstorbenen Niederhauer mit Blüten von Welt und God-

ter, gute Arbeiten von dem Berliner Freese, dem Münchner Necht, dem Karlsruher Gerstel, und von Stuttgartern: S. B. G., Ufert, Janssen, Pauschinger, Böres, Dana, und Regner repräsentieren Wien; Minne und Regide Rombeaux (mit einem sehr arten Mädchenkopf) Belgien; und unter den Franzosen steht diesmal P. A. G. mit einer Jugoslawie und einem bogenpannenen Perles, Arbeiten von außerordentlichem Temperament, an erster Stelle.

Die graphische Abteilung enthält viele Blätter guter Qualität, ohne wesentlich neue Eindrücke zu vermitteln.  
Dr. W. Baer.

Operettentheater (Der ledige Hof). — Angenruber hat seine Stücke nicht für Dilettanten geschrieben. Er hielt sich zwar im allgemeinen an die Formen des Volksstücks, die schließlich auch von Dilettanten bewundert werden können, aber verfolgte, indem er sich dieser Formen bediente, aufklärerische und künstlerische Ziele, denen nur reife Künstler gewachsen sind. Auch der ledige Hof, der gestern im Operettentheater zu sehen war, verlangt für die beiden Hauptrollen starke, fertige Darsteller, wenn er zur Geltung kommen soll. Werden die beiden Hauptrollen nicht erschöpfend dargestellt, dann erleben wir im Theater nur eine Bauerngeschichte, deren Geschehen uns hier und wieder erregt, nicht aber als zwingende Notwendigkeit erscheint. Es kommt und vor wie eine der üblichen erdablichen Kalendergeschichten, wenn die reiche Bäuerin sich in den strammen Großknecht verliebt und schließlich, nachdem sie erfahren, daß er ein Mädchen hat, sich lassen, nach allerhand Seelenkämpfen auf ihn verzichtet und sich damit beschließt, sein Kind zu betreuen. Aber ganz anders wird das Bild, wenn die jungfräuliche Bäuerin die härteste Prüfung besteht, nachdem es die Leidenschaft zu dem haltlosen Burthen erfaßt hat. Dann erleben wir ein folgerichtig durchgeführtes Charaktergemälde: und erleben eine Handlung, die sich notwendig aus dem Charakter ergibt. Keimlich ist mit dem haltlosen Burthen, dessen Wesensbedingungen der Dichter so aufzeigt, daß wir seine Wandlung begreifen.

In der gestrigen Aufführung blieb alles Wesentliche unerledigt. Die Darsteller der beiden Hauptrollen erwiesen sich als völlig unfähig, eigentümliche Charaktere zu gestalten, und was um sie herumkam, war kaum besser. Das Ensemble war, wenn man von einer Nebenfigur absieht, den besonderen Aufgaben, die Angenruber stellt, durchaus nicht gewachsen. Es unterscheidet sich sehr zu seinem Nachteil von andern oberbairischen Gesellschaften, die früher hier gastiert haben, und steht durchaus im Dilettantismus.

Um so dringender muß nun, da die Regensfeier ebenso minderwertige Angenruberstücke boten wie früher die Innsbrucker, an die Intendanz die Forderung gestellt werden, sich endlich dessen zu erinnern, was früher vom Leipziger Stadttheater für Angenruber geleistet worden ist, nachdem der Leipziger Arbeiterverein Stagemann aufgestellt hat. Es ist unverständlich, daß die Intendanz gute Tradition, die reichlich Anerkennung gefunden hat, vernachlässigt. Wir haben in Frau Reitz eine Angenruberdarstellerin ersten Ranges, und es ist bekannt, daß Herr Paas einigen Gestalten Angenrubers mit besonderer Liebe anhängt. Es ist weiterhin kein Zweifel, daß Frau Reitz in Angenruberrollen vortrefflich zu verwenden wäre. Warum in aller Welt dann diese Gesellschaft? Warum läßt man in Regensfeier geraten, was in Leipzig mit eigenen Kräften ausgeführt geleistet werden kann? Die Intendanz weiß doch oben, daß das Arbeiterbildungsinstitut nicht zehntausend wünscht, als wieder Angenruberrollen vortragen zu können, und daß somit von vornherein eine Reihe von Aufführungen parat ist; es bedeutete doch also nicht einmal ein geschäftliches Risiko, wenn die Intendanz endlich erfüllen wollte, was immer und immer wieder gewünscht worden ist. Vielleicht nehmen die Herren des Theaterausschusses einmal Gelegenheit, dem Intendanten einen freundschaftlichen Stroh zu geben.

Neues Theater. Mittwoch, 7 Uhr: La Traviata. Donnerstag, 7 Uhr: Belshazzar. Freitag, 7 Uhr: Carmen. Sonnabend, 7 Uhr: Goethes Faust, 1. Teil. Sonntag, 7 Uhr: Zankhäuser. Montag, 7 Uhr: Der Weber. Dienstag, 7 Uhr: Die drei Mägde. Mittwoch, 8 Uhr: Gogge und sein Ring. Donnerstag, 8 Uhr: Der Schwanenritter. Freitag, 8 Uhr: Judith (Judith; Abels Dora). Sonnabend, 8 Uhr: Der Prozeßhändler (Gastspiel der Regensfeier). Sonntag, 8 Uhr: Der Goldbauer. (Gastspiel der Regensfeier). Montag, 8 Uhr: Professor Bernhardt. Dienstag, 8 Uhr: Der Widervogel (Gastspiel der Regensfeier). Operettentheater. Mittwoch, 8 Uhr: Aus der Art geschlagen (Gastspiel der Regensfeier). Donnerstag, 8 Uhr: Almenrausch und Edelweiß (Gastspiel der Regensfeier). Freitag, 8 Uhr: Der Lehrer von Seesip (Gastspiel der Regensfeier). Sonnabend, Sonntag, Montag geschlossen.

Im Neuen Theater wird heute abend Mignon gegeben, da Herr von Jawilowsky, der als Polakier gastieren sollte, erkrankt ist. Leipziger Schauspielhaus. Täglich: Die spanische Fliege.

Die Mineralische der Vereinigten Staaten. Auf keinem Gebiet der Produktion hat sich die Überlegenheit der Vereinigten Staaten über andre Länder mit solcher Entschiedenheit entwickelt wie in der Gewinnung nützlicher Mineralien. Es gibt jetzt nur noch wenige solcher von hervorragender Wichtigkeit, in deren Erzeugung die Union nicht den ersten Rang einnimmt. In der Erzeugung von Gold und Silber ist sie allerdings längst hinter andre Staaten zurückgetreten, aber gerade in der Ausbeutung der Bodenschätze, die dem Menschen Arbeitskraft vermitteln, stehen sie weitaus an erster Stelle. Ebenso wie an Kohle und Erdöl sind die Erträge an Eisen, Kupfer und vielen andern Metallen zu unerreichter Höhe angewachsen. Die Landesunternehmung der Vereinigten Staaten gibt jährlich einen Bericht über die Mineralgewinnung des Landes, heraus, und dieser umfaßt nunmehr jedes Jahr bereits zwei hunderttausend Bände, deren Studium jedem Fachmann unentbehrlich ist. Der Gesamtwert der Mineralproduktion hat seit 1910 die Höhe von acht Milliarden Mark überschritten. Allerdings wird von Sachverständigen die Genauigkeit dieser Angabe bezweifelt und überhaupt die Zuverlässigkeit der amerikanischen Statistik gegenüber den Zusammenstellungen anderer Länder als mangelhaft bezeichnet. Auf einen Punkt macht ein Mitarbeiter der Nature besonders aufmerksam. Der Wert des in den Vereinigten Staaten hergestellten Kobs mit rund 400 Millionen Mark müßte insgesamt in Abzug gebracht werden, da dieser Brennstoff völlig zur Gewinnung von Metallen, wie Kupfer, Kupfer, Blei usw., verbraucht wird. Da nun diese metallurgische Produktion nach dem Wert der fertigen Metalle und nicht der Erze abgerechnet wird, so ist in ihrer Berechnung der Wert des Brennstoffs bereits enthalten. Auch ein sehr großer Teil der in den Vereinigten Staaten geförderten Kohle wird zu ähnlichen Zwecken und auch für das Brennen von Ton, Kalk, Zement und dergleichen ausgenutzt. Deshalb müssen diese Abzüge noch viel größer ausfallen, und es wird vermutet, daß sich alljährlich der Gesamtwert der Mineralproduktion, wie er von der amerikanischen Statistik gebucht wird, um ein rundes Zehntel verringern würde. Höchst lehrreich sind die Ausführungen über die Ausbeutung, die in den Vereinigten Staaten die Ausnutzung von Alkalien, Nebenprodukten und Abfällen, erreicht hat. An Zink beispielsweise werden aus einheimischen Erzen rund 250 000, aus eingeführten, vorzugsweise mexikanischen Erzen 17 000 Tonnen hergestellt, aus Abfällen verschiedener Art dazu noch fast 70 000 Tonnen, also etwa ein Viertel der gesamten Produktion. Noch viel auffälliger ist die Sparbarkeit beim Zinn. In diesem Metall werden aus Erzen nur etwa 14 Tonnen, aus Abfällen 14 000 Tonnen gewonnen. Diese Entwicklung ist echt amerikanisch. In der ganzen Welt werden jetzt jährlich etwa 116 000 Tonnen Zinn aus Erzen bereit, aber alle übrigen in Betracht kommenden Länder der Erde zusammen genommen haben die Zinnabfälle noch nicht in gleichem Grade aus wie die Vereinigten Staaten ausgenutzt. Im übrigen weist die Statistik nach, daß in den letzten Jahren fast der ganze Verbrauch der Union in unanständigem Fortschritt begriffen gewesen ist. Nur das Eisen hat im letzten Jahre einen vielbeschäftigten Markt erfahren.



36hnter ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Dresden, den 16. Juni.

Kurz nach 6 Uhr abends wurde in dem geschmackvoll beforierten grohen Saale des Städtischen Ausstellungspalastes der 36hnte ordentliche Genossenschaftstag von Barth-München eröffnet. Auf diesem ist auch das Sächsische Ministerium durch den Regierungsrat Kupfert vertreten. Auch der Stadtrat hat zwei Vertreter entsandt. Außerdem sind Delegationen von den Genossenschaftsformationen Dänemarks, Oesterreichs, Schwedens, Russlands, Frankreichs, Englands, der Schweiz und Belgiens erschienen. Gewerkschaftsvertreter als Gäste sind anwesend von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: Bauer und Schumann, Berlin; vom Zentralverband der Handlungsgehilfen Urban und Döhnel, Berlin; vom Verband der Bäcker: Kahl, Hamburg; vom Transportarbeiterverband Dreher und Dimpel, Berlin; vom Fleischerverband Penzel, Berlin und vom Verband der Tabakarbeiter Wendorf, Bremen. Außerdem sind noch Vertreter der Verband der Vorstandsmittelglieder genossenschaftlicher Unternehmungen durch Wiener, Chemnitz und der Bund technisch-industrieller Beamter durch Bothe, Berlin.

Früh 0 rj-Dresden begrühte die Delegierten und Gäste im Auftrage des Dresdener Konsumvereins Vorwärts. In seiner Begrüßungsrede begrühte er die Kreuznacher Vorfälle, die zur Gründung eines eignen Konsumvereins führten. Dann geht er über auf die Ausbreitung und Entwicklung des Konsumvereins Vorwärts-Dresden, der zugleich die Feier seines 25jährigen Bestehens begeht und der sich in einer gewissen Rivalität mit dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz befindet. Diese Rivalität ist eine friedliche, durchaus brüderliche, aber in diesem Sinne müsse den Leipziguern gesagt werden, daß sie sich auf die Hosen setzen müssen, da die „Dresdner“ den ernstlichen Willen haben, die „Leipziger“ unterzukriegen. Haben doch die Dresdner, aber auch die Leipziger Genossenschaften einen Reservefonds, der sich nicht zahlenmäßig ausdrücken läßt, mehr wert als ein altes Geld. Dieser Reservefonds ist das Vertrauen der Mitglieder, die sich zum größten Teil aus der Arbeiterschaft rekrutieren. Deshalb sei auch keine Lust vorhanden, jene bekannte Hyperventralität zu pflegen. Wir haben keine Veranlassung, von den Aufmachungen derer abzuweichen, die die Träger der Bewegung sind. (Lebhafter Beifall.) Zum Schluß weist der Redner auf den parlamentarischen Erfolg, die Beteiligung der hohen Umfahner im sächsischen Landtag hin, aus dem hervorgeht, daß die Konsumgenossenschaften den Wert der parlamentarischen Tätigkeit nicht unterschätzen sollen.

Ehe den übrigen Gästen das Wort zur Begrüßung erteilt wird, widmet Barth-München dem verstorbenen 1. Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Madefod und auch dem verstorbenen Geschäftsführer des Dresdener Vereins, Kallosen, einen tief empfundenen Nachruf. Zum ehrenvollen Gedenken der Verstorbenen erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Darauf ergreift Oberpostsekretär Lind das Wort, um die Erleichterungen im Auftrage des Stadtverordnetenkollegiums zu begrüßen. Er erhebt sich für diese Aufgabe sehr gern, da er mit den Bestrebungen der Konsumgenossenschaftsbewegung völlig einverstanden sei. Alle Gehaltsaufbesserung und jede Lohnverhöhung würde wieder weit gemacht durch das Steigen der Mieten und der Lebensmittelpreise. Deshalb sei das Bestreben, die Kaufkraft des Geldes zu heben, gerade für die wertvolle Bevölkerung eine dringende Notwendigkeit, dringender notwendig, als die Tätigkeit des Bundes der Landwirte, der Kolonialwarenhändler, der Drogeristen usw., die ebenfalls alle Einkaufsgenossenschaften gegründet haben. Der Redner schließt mit dem Hinweis, daß Dresden den Delegierten auch in ihren freien Stunden des Selbsterwertes genug bietet und daß sich die Delegierten in Dresdenen Manern wohl fühlen mögen.

Die ausländischen Gäste schildern die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung in ihren Ländern. Der Vertreter Belgiens, Sermy, kreist dabei auch den erfolgreichen Massenstreik der belgischen Arbeiter. Der Erfolg ist nicht zum geringen Teil auf die Unterstützung der deutschen Genossen mit zurückzuführen, er erfüllte nur eine Ehrenpflicht, wenn er die Gelegenheit beugte, hierfür seinen Dank auszusprechen.

Um freit-Berlin übermitteln dem Genossenschaftstag die besten Wünsche der Generalkommission der Gewerkschaften, zugleich aber auch die der anwesenden Gewerkschaftsvertreter. Die Gewerkschaften legen großen Wert auf die freundschaftlichen Beziehungen zu den Genossenschaften. Das gemeinsame Zusammenarbeiten habe schon große Erfolge auf den verschiedensten Gebieten. Bekämpfung der Heimarbeit, der Zuchtfausarbeit usw. Die Volkshilfe sei der jüngste Sprößling des gemeinsamen Zusammenarbeitens, möge sie gute Früchte tragen. Den Verhandlungen wünsche er besten Erfolg.

Ueber den internationalen Genossenschaftstag, der vom 26. bis zum 27. August d. J. in Glasgow abgehalten wird, referiert Heinrich Kaulmann. Den deutschen Delegierten würde u. a. auch etwas geboten, was in Deutschland bisher nicht eingeführt sei: ein großer Umlauf der englischen Genossenschaften mit Pferden, Waagen usw. Es sei dies eine Form der Melkame für die Genossenschaften, und die deutschen Delegierten hätten Gelegenheit, zu prüfen, ob diese Form der Melkame auch in Deutschland einführbar ist. Im allgemeinen handle es sich auch mit darum, die Bange n o s s e n s c h a f t e n nicht für den Bund zu interessieren, da ja auch diese Genossenschafts Konsumvereinsorganisationen sind. Der internationale Bund sei ein Mittel zur Förderung des Friedens. Hier und eine Viertelmillion gehörten dem Bund an, das sind 4% Millionen Familien, die alle den Frieden wollen.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Internationalen Genossenschaftsbund wurden die Verhandlungen geschlossen.

11. Generalversammlung der Deutschen Metallarbeiter.

k. Breslau, 16. Juni.

Das offizielle Breslau steht im Zeichen der patriotischen Jahrhundertausstellung. Die Metallarbeiter aber kommen nach Breslau, um ernsthafte Aufgaben zu lösen. Der große Saal des Breslauer Arbeiterheims ist festlich geschmückt. Der Stadtverordnete und Vorsitzende der Breslauer Metallarbeiter, Philipp, begrüßt

die Generalversammlung mit dem Hinweis, daß die Tagung in einer Stadt erfolge, wo Laffalle, der ungestüme Organisator geboren wurde. In Breslau wird noch heute die Arbeiterbewegung von Polizei und Gericht mit unverminderter „Liebenswürdigkeit“ behandelt. Das ist ja, seitdem die Polizei mit dem Säbel in der Faust den Breslauer Metallarbeitern folgsamkeit einzubläuen versuchte, weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt geworden. In Breslau ist die Brüderlichkeit der organisierten Arbeiter wirklich kein leeres Wort! (Bravo!)

Darauf begrüßt Alexander Schlicke, der Vorsitzende der deutschen Metallarbeiter, den Kongress. Wir sind nicht wegen des Festes der Stadt Breslau nach hier gekommen, ernste Verhandlungsarbeit führt uns zusammen. Es gilt auch, dem östlichen Vorposten unserer Macht die Dankbarkeit zu zeigen, die er verdient. Hier ist in erster Linie noch gegen den alten Unverstand der Massen anzukämpfen. Die Scharen der Arbeiter, die aus den nahen kulturrückständigen Ländern herüberfluten, sind durch die zugleich undankbare und dankbare Arbeit der ersten Aufklärung für die Arbeiterbewegung reif zu machen. Schlicke führt weiter aus, daß die Beschlüsse des vorigen Verbandstags, die Beiträge zu erhöhen und trotzdem bei den alten Leistungen zu bleiben, durch eine starke Minderheit nicht geklärt worden seien. Die Tatsachen haben bewiesen, daß unsere Beschlüsse von damals doch die richtigen waren. Der Mitgliederzuwachs hat sich verlangsamt, ein energisches Tempo in der inneren Durchbildung muß folgen. (Allgemeine Zustimmung.) Unser Bestreben, zu einem allgemeinen Industrieverband zu kommen, wird heute auch dort gestützt, wo wir früher nur Gegner hatten. Im vergangenen Jahre hat sich die Berufsgruppe der Schmiede uns angeschlossen. Wir begrüßen das. (Bravo!) Die belgischen Metallarbeiter konnten diesmal keinen Vertreter entsenden, der damalige Delegierte und mit ihm neun Zehntel seiner organisierten Kollegen, wurden ins Feld geschickt. Aber auch die Arbeiterbewegung hat dort unten deutsche Instruktoren, sie wird Verlorenes wieder einzuholen wissen. Der Verbandstag wird zu prüfen haben, ob unsere Organisation noch den Forderungen gerecht wird, die man billigerweise an sie stellen kann. Wir wollen, daß sie immer zu jedem Kampfe fähig ist.

Die Reihe der ausländischen Begrüßungsreden eröffnet Hansen. Er spricht für die dänischen und zugleich für die schwedischen Metallarbeiter. Beer, der Vertreter der Oesterreicher, betont, daß die Erfahrungen der deutschen Metallarbeiter auch die Oesterreicher zu guten Erfolgen geführt haben. Heute sind wir eine anerkannte Macht, die mit den organisierten Unternehmern Verträge abzuschließen in der Lage ist. Barabos, der Vertreter der ungarischen Metallarbeiter, kann mitteilen, daß seine Organisation heute auf 27000 Mitglieder angewachsen ist. Daggson, der Vertreter der Engländer, betont, daß die englischen bürgerlichen Führer den Deutschen als Englandpreller schildern, er habe in dem bürgerlichen Sündenbündnis der deutschen Metallarbeiter nur Freundschaft gefunden. Die Arbeiter in England wollen keinen Krieg! (Leb. Beifall.) Daggson schließt mit dem Dichtervers: Die Welt geht vorwärts, der schreiende Sklave ist tot, Gebete und Träume der Besten aller Zeiten erfüllen sich — eine neue, eine bessere Zeit bricht an! Nach dem Vertreter der Schweizer Metallarbeiter Dürr sprechen noch Sauppe für die deutschen Kupferschmiede und Schöffel für den Zentralverband der Maschinen- und Feiler. Beide betonen gleicherweise, daß sie den Weg zum Industrieverband als den richtigen betrachten, die Föhlung dieser Frage komme aber nur mit Zeit und Entwicklung und könne nicht diktiert werden.

Schlicke faßt alle Begrüßungsreden in der Antwort zusammen, daß die deutschen Metallarbeiter sich mit den Metallarbeitern der andern Länder immer als eine brüderliche internationale Familie fühlen werden. Auch der deutsche Metallarbeiterverband sei dafür, daß der Industrieverband aus normaler Entwicklung heraus entstehen und herauswachsen muß.

Nach der Mittagspause wird durch Seemann-Rüdigberg ein vorläufiger Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet. Es liegen eine ganze Reihe Proteste vor. Für den zum baltischen Landespartei gehörenden Parteiführer Sahn-Mannheim wird ein Erlaßmann telegraphisch berufen werden. Sahn's Disposition wird als ein Unrecht an der Metallarbeitertagung gekennzeichnet. Gegen den Delegierten Müller-Mühlheim mußte pldtlich eine Untersuchungskommission eingesetzt werden; Müller hat geradezu ungläublich gegen die Verbandsinteressen gehandelt, es bestehen Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit. Es wurde beschloffen, einen Erlaßmann zu berufen. In Hamburg mußte auf Anordnung des Verbandsvorstands wegen der Aufstellung einer besonderen Kandidatenliste durch einzelne kleine Berufsgruppen die Wahl der Delegierten nochmals vorgenommen werden. Gegen diese Maßnahme des Hauptvorstands ist ein Protest eingelaufen; die Anordnungen des Vorstands werden von der Generalversammlung gebilligt. In Bremen haben bei der Wahl Unregelmäßigkeiten stattgefunden, aber auch ohne diese Vorkommnisse wären die anwesenden Bremer Delegierten glatt gewählt worden. Deswegen werden die Mandate für gültig erklärt.

Die Wahl der Leitung der Generalversammlung ergibt als die drei Vorsitzenden Schlicke-Stuttgart, Philipp-Breslau und Cohen-Berlin. Als Schriftführer werden Stricker-Berlin, Krüger-Meriburg, Kurth-München und Müller-Frankfurt gewählt. Nach der Einsetzung einer Reihe anderer Kommissionen — für Beschwerden, Rechnungsmission usw. — wird die Tagesordnung festgelegt. Die Anträge auf Verhandlung der Arbeitsverhältnisse in der Schwerindustrie, Stellung zur ungeteilten Arbeitszeit und der Ferienfrage in der Metallindustrie werden abgelehnt. Ein neuer Tagesordnungspunkt wird eingefügt, er lautet: Das Koalitionsrecht, die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes und deren Wirkung auf die Arbeiter. Dieses Thema wird in geschlossener Sitzung verhandelt werden.

Die Beratung einer neuen Geschäftsordnung schließt sich der Festsetzung der Tagesordnung sofort an. Es sprechen im besonderen: Seering-Bielefeld, nach dessen Vorschlag der Vorstand eine neue Geschäftsordnung ausgearbeitet hat, Schlicke und noch einige andre Delegierte.

Dem Vorstand wird das Recht zugestimmt, in der Diskussion der Berichte zu sachlichen Berichtigungen jederzeit das Wort zu nehmen.

Die Sitzung wurde abgebrochen.

Achte Generalversammlung des Verbands der deutschen Buchdrucker.

k. Danzig, 15. Juni.

Die morgen beginnenden Verhandlungen der 8. Generalversammlung des Verbands der deutschen Buchdrucker wurden heute abend in üblicher Weise mit einem Begrüßungskommers eingeleitet, der insofern von den sonst üblichen Empfangsfeierlichkeiten abwich, als daran auch ein offizieller Vertreter der Stadtverwaltung teilnahm und die Musik von einer Militärkapelle, der des westpreussischen Infanterieregiments Nr. 17, gestellt war. Der Vertreter des Magistrats, Stadtrat Zoop, nahm auch, nachdem der Ortsvorsitzende und Vertreter des Hauses Westpreußen, Magroißki, in einer Ansprache die Delegierten begrüßt hatte, das Wort, um dem Verbandstage den Willkommensgruß der Stadtverwaltung zu überbringen und das Interesse der Stadtverwaltung an den Verhandlungen zu bekunden. Herr Zoop feierte die Buchdruckerkunst als bedeutendsten Faktor für die Kulturentwicklung und betonte im Laufe seiner Ausführungen unter andern, daß der Buchdruckerverband sich dadurch besonders auszeichne, daß er nicht als Kampfsorganisation aufträte, sondern versuche, die wirtschaftlichen Interessen der Buchdrucker auf dem Wege des friedlichen Einvernehmens zu fördern. Dadurch wirke er vorbildlich und erwecke das Allgemeininteresse. Ferner ging Herr Zoop auf die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes mit einigen Worten ein und lobte sie als ein Zeichen der praktischen Tätigkeit der Buchdruckerorganisation.

Verbandsvorsitzender Döblin wies demgegenüber darauf hin, daß es eine Arbeiterorganisation sonst nicht gemöhnt sei, von den Stadtverwaltungen ihrer Tagungsorte begrüßt zu werden, da man sie, sowie auch die Staatsbehörden wohl auf den Kongressen der Unternehmer, nicht aber auf denen der Arbeiter anzutreffen gewöhnt sei. Dem Wunsch des Herrn Stadtrats, daß der Buchdruckerverband vorbildlich wirken möge, fügte er den gleichen Wunsch hinzu, daß das Beispiel der Stadtverwaltung von Danzig bahnbrechend wirken möge in jenen Kreisen, die sonst in den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen nichts weiter sehen als eine „Reise“. Die Unterstützungseinrichtungen seien dem Verbaude nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Die Hauptaufgabe des Verbandes bleibe, Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Was die Buchdrucker erlangen, sei lediglich auf ihre Solidarität zurückzuführen, die zurzeit von einer gewissen Schamachergruppe, die sich in Unternehmerkreisen bemerkbar mache, zu zerstreuen versucht werde, obwohl man eine Zeitung das, was die Buchdrucker geschaffen, als Kulturarbeit bezeichnet habe. Der Redner hofft, daß die Kollegen den Ernst der Situation, der sich ergebe aus der nie rastenden Tätigkeit der Technik, begriffen haben und auch ferner in Einigkeit verharren. Mit einem Hoch auf den Verband und die Solidarität der deutschen Buchdrucker schließt Döblin seine Ausführungen.

Die eigentlichen Verhandlungen beginnen morgen.

12. Verbandstag der Buchbinder.

k. Stuttgart, 16. Juni.

Am hiesigen Gewerkschaftshaus wurde heute vormittag der 12. Verbandstag des Deutschen Buchbinderverbandes vom Verbandsvorsitzenden Roth eröffnet. Die Tagung ist von 92 Delegierten, 3 Vorstandsmitgliedern, dem Redakteur Michaelis (Berlin) und dem Ausschussvorsitzenden Bergmann (Leipzig) besucht. Als Gäste nehmen an ihr teil Vertreter der Verbände Buchdruckerhilfsarbeiter und der Lithographen und Steinbruder sowie der Bruderorganisationen in England, Oesterreich und Ungarn. Die Generalkommission vertritt Knoll (Berlin). Als Vorsitzende des Verbandstags werden Brüdner (Berlin) und Dürr (Stuttgart) bestimmt, denen zwei Schriftführer zur Seite stehen. Die vorgesehene Tagesordnung wurde bestätigt. Sie steht neben den Geschäftsberichten folgende Punkte vor: Unire Lohnbewegungen, die Finanzlage des Verbandes, Beratung der sonst vorliegenden Anträge und ein Referat über Gewerkschaften, Genossenschaften und Volkshilfe.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen — Dürr für die Stuttgarter Kollegenschaft, Baarer für das Stuttgarter Gewerkschaftsblatt und die ausländischen Delegierten namens ihrer Organisation — gab Roth (Berlin) den Geschäftsbericht. Er verwies auf den schriftlichen Bericht und gab nur eine kurze Ergänzung.

Der Bericht des Kassierers Hauelsen (Berlin) war ebenso kurz wie der des Vorsitzenden. Auch er verwies lediglich auf den gedruckten Bericht.

Für die Redaktion berichtete Michaelis (Berlin). Die Auflage der Buchbinderzeitung ist stark gestiegen. Bei Beginn der Geschäftsperiode betrug die Auflage 27 650 Exemplare, gegenwärtig jedoch 38 400. Die Buchbinderzeitung sei auch in der Berichtsperiode bemüht gewesen, ruhig und sachlich die Interessen der Mitglieder zu vertreten, Aufklärung über die Bestrebungen des Verbandes zu verbreiten, zur regen Mitarbeit an den Organisationsarbeiten anzuspornen und agitatorisch unter den Berufsgenossen zu wirken.

Bergmann (Leipzig) gab den Ausschussbericht. Der Ausschuss hatte 16 Beschwerden gegen den Vorstand zu erledigen. Das Verhältnis zwischen dem Vorstand und dem Ausschuss war ein gutes.

An die Berichte schloß sich eine verhältnismäßig kurze Aussprache, in der sich die Delegierten im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden erklärten. Die vorgebrachten Beschwerden waren nur geringer Natur. Kritisiert wurde, daß die Jahresberichte sehr spät erscheinen. Auch hätte, betonte Witzberger (Berlin), das Ergebnis der statistischen Aufnahme über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Buchbindergewerbe früher herauskommen müssen, um rechtzeitig agitatorisch verwendet werden zu können. Man solle den größeren Zahlstellen die Bearbeitung des Materials selbst überlassen. Mehrere Redner verlangten vom Vorstand größere Unterstützung der Verwaltungsstellen bei der Agitation. Das Agitationsmaterial sei unzulänglich, sagt Brund (Breslau). Der Vorstand wäre zu engherzig bei Ausgaben für die

Die erfahrene Hausfrau spart an Fleisch und verbessert

die Suppen, Saucen und Gemüse beim Anrichten



mit MAGGI'S Würze!



Agitation. Er verlangt immer Vorausschläge, lehne diese aber regelmäßig ab und verweise auf die Hausagitation. Von allen abgeschlossenen Tarifverträgen sollten den Verwaltungsstellen einige Exemplare überhandt werden, man könne diese bei der Agitation gut verwenden.

Dr. Schwald (Stuttgart) hielt in den langfristigen Tarifverträgen ein Hemmnis in der Agitation. Der Düsseldorf Delegierte Ernst hält die vom Vorstand herausgegebenen Fragebogen für zu kompliziert, sie müssten vereinfacht werden. Derzog (Berlin) kritisierte den Artikel der Wochenzeitung gegen die Stellungnahme des Vorwärts zur Genossenschaftsfrage. Es habe keine berechnete Veranlassung vorgelegen, in dieser Weise gegen den Vorwärts loszugehen.

In den Schlussworten gingen die Referenten auf die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen ein und legten ihren Standpunkt dar. Klotz betonte, der Vorstand könne nicht versprechen, das Ergebnis einer so reichhaltigen Statistik, bei der 28 000 Fragebogen zu bearbeiten gewesen seien, künftig früher herauszugeben zu können. Der Vorstand behaupte auch, daß der Jahresbericht so spät erscheine, aber dazu würden verschiedene Umstände beitragen. Es werde kaum möglich sein, den Jahresbericht vor Mitte Mai fertigzustellen. Bezüglich des vom Vorstand herausgegebenen Agitationsmaterials könne man zweierlei Meinung sein. Verschiedene Bevollmächtigte hätten ihre Zustimmung mit dem Material erklärt.

Redakteur Michaelis bemerkte gegenüber der Kritik seines Artikels gegen den Vorwärts, er würde einen bezüglichen Artikel heute genau so schreiben, wenn die Verhältnisse wieder so lägen. Der Artikel habe sich nur gegen die Form der Kritik des Vorwärts am Zentralverband deutscher Konsumvereine gewandt. Andre Gewerkschaften hätten das Verhalten des Vorwärts noch schärfer kritisiert. Wir haben als Gewerkschafter ein großes Interesse daran, die Genossenschaften zu fördern.

Ueber: Unsere Lohnbewegungen referierte nun Verbandsvorstand Klotz (Berlin). Er betonte eingangs: In der letzten Geschäftsperiode habe der Verband außerordentlich erfolgreich auf diesem Gebiet gearbeitet. Dann besprach der Redner einzelne der gehabten Lohnkämpfe. Als in Berlin, Stuttgart und Helldronn die Tarifverträge für die Geschäftsbuchbranche zum Ablauf gekommen seien, hätten die Unternehmer den Schwerpunkt darauf gelegt, den Ablauftermin zu ändern. Die Taktik der Unternehmer gehe dahin, überall den gleichen Ablauftermin festzulegen. Da sei Vorsicht am Platze. Im Jahre 1918 würde eine sehr große Anzahl der Tarife ablaufen, nämlich insgesamt 31 Tarife für 752 Betriebe mit 18 217 Beschäftigten. Es stehe ein schwerer Kampf bevor, für den man sich rechtzeitig zu rüsten habe. Dabei müsse man auch berücksichtigen, daß die Zahl der weiblichen Berufstätigen immer größer werde, was zur Folge habe, daß für die niedrigsten Unternehmungsklassen die höchsten Unterstellungen in Frage kämen. Bei der Beratung der Beitragssätze müsse der Verbandstag entsprechende Beschlüsse fassen. Die Arbeitgeber würden sich immer mehr zusammenschließen, der Verband habe daher alle Ursache, Maßnahmen zu treffen, um mit Ehre die Kämpfe bestehen zu können.

Die Verhandlungen wurden dann auf Dienstag vertagt.

### Soziale Rundschau.

#### Heringesessene Scharfmacher.

In Königsberg i. Pr. beschloßen die freien Gewerkschaften, sich bei der Gewerbeverordnungsabwahl auch an den Arbeitgeberwahlen zu beteiligen. Sie stellten eine Liste auf und sandten sie dem Gewerbeamt ein. Darauf setzten die Innungen, Scharfmacher und sonstigen Unternehmerrgruppen alles in Szene, um ihre Wähler auf die Beine zu bringen, damit ihre Liste — es wird nach dem System der gebundenen Listen und nach dem Proportionalwahl-

system gewählt — vollständig gewählt wird. In Zeitungsartikeln wurden die Kapitalisten gegen die sozialdemokratische Liste scharf gemacht. Nicht macht der Vorsitzende des Gewerbeamtes amtlich bekannt, daß zur Wahl nur die Liste der freien Gewerkschaften zugelassen und daß die von den Innungen und sonstigen Unternehmern eingereichte Liste ungültig ist. Alle Stimmzettel, die bei der Wahl nicht mit der Vorkandidatliste der freien Gewerkschaften übereinstimmen, sind ungültig. Die Herren Scharfmacher haben nämlich in der Ecke des Gesichts einige Bestimmungen des Statuts, das seinerzeit gegen die freien Gewerkschaften erlassen wurde, nicht beachtet und daher hat der Vorsitzende des Gewerbeamtes diese Liste für ungültig erklären müssen. Man kann sich denken, daß in den Kreisen der Unternehmer große Aufregung herrscht, zumal an den Vorbereitungen der Wahl noch recht gelehrte Herren, wie der Syndikus des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft und der Syndikus des Hansabundes mitgearbeitet haben.

#### An die Arbeiterbeisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte!

Vom Ausschuß des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wird die Verbandsversammlung nach Leipzig am 18., 19. und 20. September 1918 im Theateraal des Kristallpalastes, Wintergartenstraße 17, einberufen.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Geschäftsbericht. 2. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag. Referent: Dr. Brenner-München. 3. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag. Referent: Baum-Schöneberg. 4. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag. Referent: Dr. Walbmüller-Stuttgart. 5. Grundgedanken und Möglichkeiten eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland. Referent: Dr. Singelmer, Frankfurt a. M. 6. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Pfandnahme des Arbeitslohnes. Referent: D. Hiller-Frankfurt a. M. 7. Die zivilprozessuale Bedeutung der Schiedsprüche, der Eingangsämter und tariflichen Schiedsgerichte. Referent: v. Schulz-Berlin. 8. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebäude vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Referenten: Fritz Mantel-Leipzig und Gronewaldt-Berlin. 9. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Referenten: Dr. Wagner-München und Rechtsanwalt Busch-Blabach.

Für die Arbeiterbeisitzer, die an der Verbandsversammlung teilnehmen, beruft die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften für den 18. und 17. September in Leipzig im Volkshaus, Zeiher Straße 52, eine Konferenz ein mit folgender Tagesordnung:

1. Die Rechtsprechung der Gewerbegerichte seit der letzten Konferenz. Referent: Arbeitersekretär Wütlich-Leipzig.
2. Die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte. Referent: Paul Starke-Dresden.
3. Die Verhältniswahl zu den Gewerbegerichten. Referent: A. Kürsten-Berlin.
4. Die Tagesordnung des Verbandstags der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Die Konferenz wird am 18. September, vormittags 10 Uhr, eröffnet.

Den Beisitzern der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte empfehlen wir, zu beantragen, daß die Gemeinde, für die das Gewerbegericht zuständig ist, die Kosten für die Delegation zum Verbandstag übernimmt. Bisher haben die Gemeindeverwaltungen vielfach solchen Wünschen Rechnung getragen. Wo solche Ansprüche abgelehnt werden, müssen die Gewerkschaftskartelle prüfen, ob nicht aus ihren Mitteln eine Delegation entsandt werden kann. Auch da, wo die Gemeinden nur eine mäßige Entschädigung für den Besuch des Verbandstages gewähren, werden die Beisitzer für die Anteilnahme an der von uns einberufenen Beisitzerkonferenz einen Zuschuß vom Gewerkschaftskartell erhalten müssen.

In welchem Umfang die Delegation von den Gemeinden oder Gewerkschaftskartellen zum letzten Verbandstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1918 erfolgte, ergibt der Anhang zu dem Protokoll dieser Konferenz. Das Protokoll ist im Druck erschienen und seinerzeit den Gewerkschaftskartellen zur Verfügung gestellt.

Die Delegierten bitten um Angabe der Adresse und die Mitteilung, ob resp. in welchem Umfang die Gemeinde, das Gewerkschaftskartell oder die Gewerkschaft zu den Kosten der Delegation beiträgt.

Wegen Beschaffung von Papir wollen sich die Delegierten an Karl Franke, Leipzig-Schleußig, Rönnerstr. 72, wenden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Sozialpolitische Abteilung), Berlin SO. 18, Engelauer 15, IV.

#### Die Statistik der Bergarbeiterlöhne.

Die Arbeitsmarkt-Korrespondenz schreibt: Die preussische Statistik der Bergarbeiterlöhne wird infolge des Erlasses vom 16. Januar 1918 nach neuen Grundrissen aufgestellt. Näheres über die Änderungen der Methode soll erst noch bekanntgegeben werden. Vorläufig muß man sich also mit der Tatsache abfinden, daß durch diese „Neuerung“, die jedenfalls auch eine Verbesserung darstellen soll, die Vergleichbarkeit der statistischen Materials für das erste Quartal 1918 mit den entsprechenden Zahlen der Vorjahre unterbrochen ist. Man muß sich in Deutschland allmählich daran gewöhnen, daß die Methoden der amtlichen Wirtschaftstatistik — soweit man überhaupt von einer solchen sprechen kann — ab und zu revidiert und durcheinander geworfen werden, so daß das in den Vorjahren gesammelte Material größtenteils entwertet wird. Wir werden auch nicht zu besseren Zuständen kommen, solange nicht ausschließlich wissenschaftliche Grundsätze, sondern der wechselläufige Einfluss der Interessenten die statistischen Methoden und ihre Weiterentwicklung bestimmen. Die für das erste Quartal 1918 vorliegenden Nachweisungen über die Bergarbeiterlöhne lassen sich lediglich mit den Zahlen des vierten Quartals 1912 vergleichen. Für die einzelnen Zweige des preussischen Bergbaues ergaben sich im letzten Vierteljahr 1912 und im ersten Quartal 1918 folgende Resultate:

	Zahl der verfahrenen Schichten		Schichtverdienst in Mark pro Arbeiter		Quartalsverdienst in Mark	
	1912	1918	1912	1918	1912	1918
Steinkohlenbergbau	70	70	4.71	4.70	872	877
Braunkohlenbergbau	78	78	8.82	8.77	298	288
Salzbergbau	77	77	4.80	4.26	888	881
Erzbergbau	78	78	8.79	8.80	295	292
Gesamtdurchschnitt	79	78	4.58	4.80	881	884

Nach der alten Berechnungsmethode belief sich die Zahl der verfahrenen Schichten im preussischen Bergbau im vierten Quartal 1912 durchschnittlich auf 76,8, der Schichtverdienst betrug 4.81 Mk. und der Quartalsverdienst stellte sich auf 854 Mk. Die durch die Aenderung der Methode bedingten Abweichungen sind also recht bedeutend.

## Arbeiter-Sekretariat.

Bureau: Volkshaus, Leipzig, Zeiher Strasse 52.  
Auskunftsstelle für Rechtsfragen etc. — Sprechzeit nur an Wochentagen von 1/11 bis 1 Uhr und von 1/8 bis 1/8 Uhr. Sonntags ununterbrochen von vorm. 1/11 bis 7 Uhr abends. — Teleph. 5607.

# Die Bürde des Amtes!



versüsst eine Eckstein-Cigarette.

Eckstein's **DA CAPO**-Cigaretten  
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden. (Trustfrei!)

Stück 3 bis 10 Pfg. 2200 Arbeiter.  
Fabriklager: Leipzig-Sellerhausen, Bautzmannstr. 17

## Internat. Baufach-Ausstellung mit Sonder-Ausstellungen :: Leipzig 1913

### Mittwoch, den 18. Juni

Gewöhnliche Eintrittspreise. Von 8—10 Uhr Mk. 2.10, von 10 Uhr vormittags an Mk. 1.10, von 7 Uhr abends an 60 Pfg.  
Schluss der Hallen 7 Uhr abends, Schluss des Vergnügungsparkes und der Wirtschaftsbetriebe 1 Uhr nachts.

Von 4—7 Uhr nachmittags **KONZERTE**  
und von 8—11 Uhr abends  
**vom Offiziellen Ausstellungs-Orchester**  
Willy-Wolf-Orchester. Leitung: Herr Kapellmstr. Willy Wolf.

Beim Eintritt der Dunkelheit **Festbeleuchtung** der Ausstellungs-Bauten  
von 9—10 Uhr abends **Leuchtspringbrunnen.**

Leipzig um 1800, daran angrenzend **Lustige Ecke Dörfchen** mit anschließender landwirtschaftlicher Sonder-Ausstellung  
**50000 Quadratmeter grosser Vergnügungs-Park.**

Von 4 bis 9 Uhr abends: **Alt-Leipziger Strassen-Sänger.**  
Von 4 bis 10 Uhr abends abwechselnd im Dörfchen, Vergnügungs-Park und der Lustigen Ecke: **Unterhaltungsmusik der Bauernkapelle.**

Täglich ununterbrochen nachmittags von 4 bis 9 Uhr  
**Lichtbildervorträge und Film-Vorführungen im Wissenschaftl. Theater**  
am Eingang A vom Windmühlweg.

Programm: 1. Die Fürst-Schwarzenberg-Brücke (Empferger). Lichtbilder und Erläuterungen: Dipl.-Ing. Rauer. 2. Bauarbeiten an der Untergrundbahn in Berlin (Lichtbilder u. Film-Erläuterungen: Rgbaumstr. Philipp). 3. Die Talspitze bei Klingenberg (Filmbild, Erläuterung: Dipl.-Ing. Rauer). 4. Sprengung unt. Wasser a. Kaiser-Wilhelm-Kanal (Filmbild, Erläuterung Rgbaumstr. Philipp).

## Reichshallen Leipzig - Ost

Elisabethstrasse 5-7. Strb.-Verb. KVS, 4u.5  
Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr  
**Solree der Krystall-Palast-Sänger**  
verbunden mit 1. **grossem Rosenfest.**  
Nachdem der **Brillante Mittwochs-Ball.**  
Empfehle mein modern eingerichtetes Restaurant. Speisen und Getränke in bekannter Güte.

**Skatspieler**  
stets Anstich im Restaurant Columbus, Körnerstrasse 30.

**Fertige neue Betten**  
à Gebett 10.50, 14.50, 17.00  
20-25-30-45 bis 95 Bkt. 1.  
Engel, Brühl 4, pt. u. i. Et.

## Das Leben der Naturvölker.

Statt 6 Mark nur 3 Mark  
elegant gebunden mit 227 Illustrationen.  
**Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.**  
Die Filialen und Ausdräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen an.







